

Reboot

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#28 65. Jahrgang 13. Juli 2018



5 453000 174663



4,00€

Umsonst fahren soll sexy sein

Nach déi Lénk verspricht auch die DP den Nulltarif im öffentlichen Transport. Lässt auch die LSAP sich dazu hinreißen?

Phantomparteien

Die austauschbaren Namen, die hohlen Phrasen, die vielen Schreibfehler der Parteineugründungen drücken die Sprachlosigkeit gegenüber undurchschaubaren Verhältnissen aus

Reboot

En densifiant le bâti, en chassant la voiture et en fixant des prix de vente maxima pour des logements sociaux, le Fonds Kirchberg veut radicalement changer le quartier

Photo: Sven Becker

Umsonst fahren soll sexy sein

Nach déi Lénk verspricht auch die DP den Nulltarif im öffentlichen Transport. Lässt auch die LSAP sich dazu hinreißen?



Peter Feist

Wenn in der Hauptstadt in zwei Wochen die Straßenbahn bis zur Stäreplaz rollt, soll das Mitfahren bis zum Ende der Schulferien kostenlos sein. So war es schon, als im Dezember auf dem Kirchberg der erste Abschnitt in Betrieb ging. Das Gratisangebot bis Ende Januar sollte die Leute für die Tram „sensibilisieren“, hatte Transportminister François Bausch (Grüne) erklärt.

Warum aber darf das Gratis-Glück nur zwei Monate dauern, und warum nicht überall im öffentlichen Transport? Man stiege ohne Sorge in Bus, Tram oder Zug und führe so lange und so oft man will. Im Auto-Land Luxemburg könnte eine „Sensibilisierung“ durch Freifahrt für alle dem öffentlichen Transport womöglich neue Nutzer zuführen und die Staus im Berufsverkehr mindern helfen. Beispiele aus dem Ausland haben immerhin gezeigt, wie das gehen kann: Nachdem im belgischen Hasselt 1997 der Gratistransport eingeführt worden war, schnellte in der 68 000-Einwohnerstadt die Busbenutzung schon nach den ersten zwölf Monaten von jährlich 340 000 Passagieren auf 2,7 Millionen nach oben. Eine Studie des flämischen Verkehrsministeriums ergab Ende 1997, dass jeder sechste Buspassagier seine Fahrt früher im Auto getätigt hatte.

Hinzu kommt: Hierzulande wird der öffentliche Transport stark subventioniert. Im Staatshaushalt ist dafür dieses Jahr fast eine halbe Milliarde Euro eingeplant. Vier Fünftel davon gehen allein an die CFL (218,7 Millionen für Zug und Bus) und die Busfirmen im RGTR-Überlanddienst (169,4 Millionen). Aber auch das Süd-Transportsyndikat Tice (40 Millionen) und der Hauptstadt-Busbetrieb AVL (15,7 Millionen) erhalten Unterstützung, und für Tram-Betreiber Luxtram sind sechs Millionen vorgesehen. In die Rechnung gehen außerdem 48 Millionen Euro für den Transport von Behinderten und 5,6 Millionen für den von Sekundarschülern ein.

Weil das viele Geld vom Staat die Ticketpreise niedrig hält, sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrkarten und Abonnements mit jährlich an die 30 Millionen Euro vergleichsweise klein. Da liegt der Gedanke nicht fern, man könne auf sie verzichten. Doch bis Samstag vergangener Woche fand nur déi Lénk das in ihrem Wahlprogramm „vernünftig“ und dass der Gratistransport „kleinere Einkommen entlasten, sowie für eine bessere Auslastung des Angebots außerhalb der Stoßzeiten sorgen“ würde, „vor allem im Hinblick auf eine gelegentliche Benutzung des öffentlichen Transports“.

Dann aber traf sich am Sonntag die DP zu ihrem Wahlkongress, und Leser des *Luxemburger Wort*



Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen auch weiterhin hoch bleiben. Für die DP steht der Nulltarif dazu nicht im Widerspruch



Ob die Ticketautomaten demnächst demontiert werden? Die Informationstafeln werden natürlich bleiben

konnten sogar schon am Tag zuvor einer ganzseitigen Anzeige der Liberalen entnehmen, dass das Gratis-Glück ein Stück politikfähiger geworden ist: „Die DP hat den Gratistransport für Schüler eingeführt. Wir werden einen Schritt weiter gehen und den kostenlosen öffentlichen Transport für alle einführen.“ Zuletzt hatte das vor acht Jahren CSV-Premier Jean-Claude Juncker in der Tripartite in Aussicht gestellt. Als Gegenleistung wollte er aber den Index gedeckelt und die Preisentwicklung der Petrolprodukte aus dem Index-Warenkorb entfernt wissen. Die steuerlich absetzbare „Kilometerpauschale“ abschaffen wollte er obendrein. Die DP will all das nicht. Zumindest nicht laut den „Schwerpunkten“ ihres Wahlprogramms, die sie bisher publik gemacht hat.

Wer wollte sich über das Gratis-Versprechen nicht freuen? Der grüne Transportminister zum Beispiel. Er nannte es am Montag im *RTL Radio* „Populismus“. Ein schrecklicher Vorwurf für DP-Vizepräsident Max Hahn, der für die liberale Fraktion im parlamentarischen Nachhaltigkeitsausschuss sitzt: „Wenn diese Idee schon nicht von den Grünen kommt, könnten sie sich wenigstens mit ihr auseinandersetzen, statt sie runterzumachen“, sagt Hahn dem *Land*. „Der Personenkreis, der schon jetzt gratis fährt, wurde immer weiter ausgeweitet, da bleiben nicht mehr viele.“ Die letzte Konsequenz zu ziehen und Bus, Zug und Tram kostenlos zu machen, werde „einen Anreiz für den öffentlichen Transport“ schaffen, ist Hahn sich sicher.

Für Bausch dagegen ist die Preisfrage „nicht das Wichtigste“. Für vier Euro einen Tag durchs ganze Land fahren zu können, sei so gut wie konkurrenzlos günstig im EU-Vergleich. „Nur das 365-Euro-Ticket in Wien, wo man für ein Jahresabonnement einen Euro pro Tag zahlt, ist viel besser.“ Gratistransport könnten auch die Grünen sich vorstellen, „aber vielleicht mittelfristig“. Viel wichtiger sei, „dass weiter investiert wird, in die Infrastruktur, ins Rollmaterial, in die Pünktlichkeit und die Informationen an die Leute“. Erst wenn das erreicht sei, könne man an den Nulltarif denken. Bausch bezieht sich auch auf das neue Instrument zur Kosten-Nutzen-Rechnung, das er vergangene Woche vorgestellt hat. „Demnach beträgt der Kostendeckungsgrad des öffentlichen Transports bei uns nur sechs Prozent.“ Senkte man ihn auf Null und das würde wirklich zum Anreiz, „wo sollen die Leute dann mitfahren? Etwa auf den Dächern der heute überfüllten Züge?“

Max Hahn hält das für „grüne Pseudo-Argumente“. Natürlich müsse weiter investiert werden. Die DP werde sogar dafür sorgen, dass „die bisher angekündigten Mobilitätskonzepte noch

schneller umgesetzt werden, damit der öffentliche Transport richtig sexy wird“. Aber Max Hahn besteht darauf, dass Nulltarif und Ausbau des Angebots „zwei Paar Schuhe“ seien. Wenn gleich er nicht sagen kann, wann die DP, erhalte sie die Gelegenheit dazu, den Gratistransport einführen würde. Zum 1. Januar 2019 „sicherlich noch nicht“. Realistischer wäre vielleicht 2021, wenn die ersten neuen Züge für die CFL geliefert werden sollen, die Teil einer 400-Millionen-Euro-Ausschreibung sind. Allerdings sehen die CFL vor, diese Züge vor allem auf jenen Strecken einzusetzen, die bis dahin ausgebaut sein und mehr Zugverkehr erlauben sollen, in Richtung Wasserbillig etwa. Für die DP folge daraus aber nicht, den Nulltarif in Phasen einzuführen. „Der hat nichts mit dem Infrastrukturausbau zu tun“, insistiert ihr Vizepräsident.

Ob man daraus schließen darf, dass das Gratis-Versprechen der DP von viel Sachkenntnis geprägt ist, fragt sich. Junckers Idee von 2010 war es nicht: Eine Untersuchung, welches Angebot im öffentlichen Transport nötig wäre, damit die Leute vom Auto auf Zug und Bus umsteigen könnten, weil sie dafür genug Kapazität vorfänden, wurde im Nachhaltigkeitsministerium damals nicht gemacht. CSV-Minister Claude Wiseler hatte einige Mühe zu erklären, würde Junckers Idee angenommen, werde man schon ermitteln, was gebraucht wird; man sei ja ohnehin dabei, an Verbesserungen zu arbeiten (*d'Land*, 13.05.2010).

d'Land hatte sich damals mit dem Schweizer Verkehrsplaner Willy Hüslar unterhalten, der europäische Gratis-Projekte beriet, etwa in Lemgo in Nordrhein-Westfalen. Hüslar meinte, den Nulltarif einzuführen, ehe das Angebot nicht weit genug ausgebaut ist, sei politisch töricht: Ließen nicht genug Leute ihr Auto stehen, werde der Nulltarif angreifbar. Angreifbar sei er außerdem immer, wenn neue, teure Investitionen zu tätigen sind und das Geld dafür knapp ist. „Dann heißt es, muss es diesen Fahrplan-takt geben, brauchen wir wirklich so viele Busse? Brauchen wir das Gratisprinzip?“

Konflikte dieser Art besiegelten 2013 den allgemeinen Gratisverkehr in Hasselt: Der Gemeinde waren die Kosten zu hoch geworden. Seitdem fahren in der Hauptstadt der Provinz Limburg nur noch unter 19- und über 65-Jährige gratis, alle anderen zahlen 60 Cent.

In der estnischen Hauptstadt Tallinn, die 2013 für ihre Einwohner zum Nulltarif überging, wurde ein Kniff ersonnen, um die Kosten von Anfang an zu mindern: Pendler von außerhalb müssen sich als Tallinner Bürger registrieren lassen, um Busse und Straßenbahnen gratis nutzen zu können. Das

führt der Gemeindekasse Jahr für Jahr automatisch 1 000 Euro Einkommensteuer dieser Leute zu, wie der Chef des Tallinner EU-Büros, Allan Alaküla, vor drei Monaten auf der *EU Green Week* erklärte, einer jedes Jahr von der EU-Kommission ausgerichteten Veranstaltung, auf der „innovative Konzepte“ vorgestellt werden. Seit 1. Juli führt Estland den Gratistransport landesweit ein, als erstes Land der Welt. Doch für die Gemeinden gibt es eine Opt-out-Möglichkeit, und wie Medienberichten zu entnehmen ist, wird sie auch genutzt.

Aber vielleicht sollte man gar nicht zu genau nachfragen, wie die DP sich ihre Innovation praktisch vorstellt, weil die Partei in erster Linie ein wenig grüner aussehen will und dabei originell und tatkräftig. So wie Parteipräsidentin Corinne Cahen auf dem Kongress am Sonntag erklärte: „Schon in dieser Legislaturperiode hat die DP die ersten Schritte für den Gratistransport eingeleitet, zum Beispiel, indem die Jungen nun kostenlos fahren: das auf Druck der DP!“ Die Anfrage des *Land*, ob „Druck“ so zu verstehen sei, dass es innerhalb der Koalition keine Einigkeit gegeben habe, gibt Cahen an ihren Vizepräsident weiter, weil der mit dem *Land* schon in Kontakt steht, und Max Hahn will lieber davon sprechen, dass „die Initiative“ von Bildungsminister Claude Meisch und seinem delegierten Hochschulminister Marc Hansen ausgegangen sei. Auch François Bausch erinnert sich, mit Meisch und Hansen „schnell einig“ gewesen zu sein. „Wenn einer Druck gemacht hat, dann waren das die Studentenverbände.“

Andererseits kann es der DP nicht schaden, das Image einer Partei zu pflegen, die den öffentlichen Transport „sexy“ macht. Es ist zwar schon 20 Jahre her, dass sie das BTB-Projekt torpedierte und Innovationen im öffentlichen Transport um Jahre zurückwarf. So dass Premier und Spitzenkandidat Xavier Bettel sich am Sonntag nicht zu schade sein musste, zu klagen, „wären vor 15 Jahren die richtigen Entscheidungen getroffen worden“, wären heute die Staus nicht so schlimm. Aber vielleicht erinnert der eine oder andere Wähler sich doch, dass vor 15 Jahren die DP den Transportminister stellte und Henri Grethen zu beweisen versuchte, eine „Null-plus-Lösung“ ohne „Zuch durch d'Nei Avenue“ sei sogar „volkswirtschaftlich“ die bessere Idee.

Dass der Zuspruch für den öffentlichen Transport nicht allein vom Preis abhängt, zeigt das Beispiel Schweiz: „Der öffentliche Transport ist dort bei weitem nicht gratis“, sagt Alain Groff, Chef des Bereichs Mobilität im Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt. Er hält „das Vertrauen ins Verkehrssystem“ für entscheidend. „In der Schweiz wissen die Leute, dass sie praktisch

„Der öffentliche Transport ist in Luxemburg schon jetzt sehr billig. Wichtiger wäre, seine Qualität zu steigern.“ Alain Groff, Mobilitätsdirektor in Basel und bis 1999 Berater von LSAP-Transportministerin Mady Delavux-Stehres

überall hin kommen. Die Busse und Züge sind fast immer pünktlich, die Anschlüsse stimmen, und die allermeisten Linien verkehren in einem guten Takt, auch sonntags und spätabends.“ Als Luxemburger und Berater von LSAP-Transportministerin Mady Delvaux-Stehres bis 1999 hält Groff das Angebot in Luxemburg „schon jetzt für sehr billig“ und kann sich „kaum vorstellen, dass viel mehr Leute es nutzen würden, falls der Preis auf Null sinkt“. Wichtiger sei, das Angebot übersichtlicher zu gestalten, „weniger Quantität, mehr Qualität“. Einen „großen Schritt nach vorn“ werde der öffentliche Transport in Luxemburg machen, „wenn auch Bürgermeister, Bankdirektoren und Verwaltungschefs ihn nutzen“.

Dass einen Kostenpunkt soll haben dürfen, was einen Wert hat, findet die Präsidentin der Transportgewerkschaft Syprolux, Mylène Bianchy. „Das gilt auch, wenn es sich um eine öffentliche Dienstleistung handelt.“ Und sie erklärt unumwunden, „der Syprolux ist gegen den Gratistransport“. Andernfalls käme „hundertprozentig“ eines Tages die Frage auf, „ob man tatsächlich so viel investieren müsse oder so hohe Subventionen angebracht sind“. Nicht zuletzt sähe die Syprolux-Vorsitzende

dann das parastaatlische Eisenbahnerstatut in Gefahr. „Wir haben ja gesehen, wie das in Frankreich ging.“ Der Luxemburger Konsens um den öffentlichen Transport und seine Akteure sei fein austariert, und man sollte die Finger davon lassen.

So entschieden wie die christliche Transportgewerkschaft sieht der FNCTTFEL-Landesverband die Sache interessanterweise nicht. Oder noch nicht: Dem *Land* wird auf Anfrage mitgeteilt, man habe allen Parteien „Wahlprüfsteine“ zugestellt, und „auch gefragt, wie sie zum Gratistransport stehen“. Bisher habe aber nur eine Partei geantwortet, und erst wenn alle das getan haben, wolle die Gewerkschaft sich äußern. Für den traditionell sehr linken Landesverband ist das durchaus erstaunlich – aber vielleicht auch nicht: Er steht der LSAP nicht fern, und wie das *Land* am Mittwoch aus LSAP-Kreisen erfuhr, sollte beim Wahlkongress gestern Abend der Nulltarif vielleicht auch ins Wahlprogramm der Sozialisten eingehen. Allerdings sollen Partei und Fraktion sich zumindest am Mittwoch noch nicht einig gewesen sein und Letztere eher dagegen. Eine Anfrage in der Parteizentrale brachte keine Klärung.

Wie die CSV die Sache wohl sieht? Sie will sich dazu nächsten Mittwoch äußern. Dass auch sie den Nulltarif versprechen könnte, ist nicht gesagt: Nicht nur könnte Claude Wiseler aus Ministererfahrung die Dinge ähnlich sehen wie François Bausch. Jean-Claude Junckers Idee zum Index-Nulltarif-Deal fand 2010 CSV-intern nicht übermäßig viel Anklang. Luc Frieden wollte lieber unrentable Buslinien abschaffen, statt auf Ticket-Einnahmen verzichten, und der Abgeordnete Laurent Mosar hielt schon 2004 als Staatsbudget-berichterstatte die Subventionen für den öffentlichen Transport für „eine versteckte Sozialpolitik, die wir uns nicht ewig leisten können“. Wobei damals der Kostendeckungsgrad mit zwölf Prozent noch doppelt so hoch war wie heute.

Andererseits macht François Bausch gegenüber dem *Land* das überraschende Eingeständnis, während der koalitionsinternen Diskussionen vor der Steuerreform habe auch er für den Nulltarif plädiert. Vorausgesetzt, die Kilometerpauschale wäre so weit gekürzt worden, dass die Mehreinnahmen für die Staatskasse aus der Einkommensteuer den Verlust aus nicht mehr verkauften Tickets ausgleichen hätten. „Das hätte einen Anreiz zum Umsteigen für die Autofahrer ergeben.“ Der Frage, ob er diese Leute auf den Dächern überfüllter Züge hätte sehen wollen, entgegnet der Transportminister, „so sehr stand ich hinter dieser Idee nun auch wieder nicht“. So dass François Bausch wohl am Ende Recht hat mit einer anderen Bemerkung: Der Gratistransport sei „wie das Monster von Loch Ness“. Irgendwann kann er jedem erscheinen.

Leitartikel

Anschnallen, bitte!

Ines Kurschat

Er wünsche sich keinen ungeordneten Brexit, sagte Xavier Bettel diese Woche. Das sei in niemandens Interesse, weder Europas noch der Briten: „Ich glaube, ein Brexit ohne vorherige Einigung wäre schlecht für jeden.“ Für einen Moment ließ der besorgte Ton des Staatsministers das Taktieren um den Brexit-Kuchen vergessen, von dem Luxemburgs Regierung hofft, ein großes Stück abzubekommen: Wenn mit dem EU-Austritt britische Banken den Finanzpass und also den ungehinderten Zugang zum Finanzmarkt der EU verlören, könnten diese nach Luxemburg abwandern.

Mittlerweile wird ein anderes Szenario immer wahrscheinlicher: dass ein geordneter „softer“ Brexit nicht kommen wird. Zwar hatte Theresa May ihr Brexit-Weißbuch vergangene Woche vom Kabinett absegnen lassen, doch danach ging es Schlag auf Schlag: Der Mann, der den EU-Austritt mit Brüssel verhandeln sollte und mitverantwortlich für das Weißbuch zeichnete, Brexit-Minister David Davis, trat zurück. Weniger als zwölf Stunden später folgte Außenminister Boris Johnson. Aus beider Rücktrittsschreiben wird deutlich: Der 102-seitige Plan der Premierministerin, der am Donnerstag veröffentlicht wurde, wonach die Insel eng an den europäischen Binnenmarkt gebunden bleiben und ein gemeinsames „Regelbuch“ die Übernahme von EU-Produktstandards

garantieren soll, schmeckt den Brexit-Hardlinern in ihrer Partei nicht. Die Rücktritte überraschen indes nicht: Von Anfang an war Brexit ein Machtkampf zwischen kategorischen EU-Gegnern bei den Tories und EU-Befürwortern. Als der damalige britische Premierminister David Cameron das Referendum versprochen hatte, hatte er es in der Hoffnung getan, sich von dem lähmenden Dauerzweit befreien zu können – wie heute die Welt weiß: vergebens. Denn der interne Machtkampf geht weiter, er spitzt sich sogar zu, nachdem Mitte der Woche zwei weitere Tories ihren Rücktritt erklärten.

Seitdem gucken die andere EU-Mitgliedstaaten, auch Luxemburg, zunehmend entgeistert nach London. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel versuchte diese Woche demonstrativ, May den Rücken zu stärken, doch die Soli-Geste ging im Wirbel um Johnsons Rücktrittserklärung unter. Viel spricht dafür, dass ein harter Brexit nicht nur die Briten kosten wird, sondern die Wirtschaft Kontinentaleuropas stärker in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, als bisher gedacht. Ende Juni hatte die Europäische Bankenaufsicht gewarnt, die Banken seien nicht genügend auf das Szenario eines harten Brexits vorbereitet. Laut Weißbuch sollen an die Stelle des Finanzpasses neue, noch zu verhandelnde Zugangsregeln für finanzielle Dienstleistungen treten,

die „preserve the mutual benefits of integrated markets and protect financial stability“. Der Geschäftsführer von Luxembourg for Finance, Nicolas Mackel, warnte ebenfalls am Donnerstag, der Brexit drohe zur *lose-lose*-Situation zu werden. In der Zwischenzeit mehren sich die Gerüchte, die Brexit-Gegner könnten zum letzten großen Schlag gegen May ausholen – und genügend Stimmen sammeln für ein Misstrauensvotum. Sollte das passieren, müssten die Hardliner liefern, nur ist bis dato kein Plan für einen harten Brexit bekannt. Dann würde Großbritannien am 29. März, wenn die gesetzte Frist abläuft, ohne Übergangszeit aus der EU herausfallen. US-Präsident Donald Trump, auf dem Sprung nach London, schüttete Öl aufs Feuer, als er den Slogan der Hardliner „Brexit is Brexit“ aufgriff und seinerseits meinte, er glaube nicht, Mays Zukunftsvision sei, wofür „die Leute gestimmt“ hätten.

Keine Rolle spielt in dem Irrsinn indes, dass es berechtigte Zweifel daran gibt, ob das Brexit-Votum überhaupt auf faire Weise zustande gekommen ist: Die britische Wahlausicht war am 4. Juli zum Schluss gekommen, dass die Brexit-Befürworter 2016 bei ihrer Kampagne für den EU-Austritt gegen Kostenvorgaben verstoßen haben. An „Vote Leave“ waren Brexit-Hardliner wie Boris Johnson beteiligt.

Seit Dienstag sollen die Armen laufen wie die unermüdlichen Hasen der Duracell-Werbung: Statt RMG schmeißen Arbeits- oder Sozialamt Revis-Batterien ein und schon sind sie für den Arbeitsmarkt „aktiviert“. Wer nicht trommelt, wird therapiert. Im Parlament rechneten CSV und déi Lénk bei der Verabschiedung der liberalen Reform durch DP, LSAP, Grüne und ADR vergebens vor, dass neun von zehn RMG-Bezieher erwerbstätig oder in Rente seien. Aber so verliert die Armut ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen und die Armen werden selbst schuld an ihrem Schicksal. Aus dem 1986 geschaffenen gesetzlich garantierten Schutz vor der Verelendung wird ein Arbeitsmarktsinstrument. rh.



blog

Personalien

Personalien

Politik

Politik

Politik

Gesellschaft

Jean-Claude Hollerich,



Erzbischof, bekam vor dem Bezirksgericht in erster Instanz Recht, dass er mit der im Januar 2015 unterzeichneten Konventionen die Kirchenfabriken nicht an die liberale Regierung verraten und verkauft habe. In einem schismatischen Anflug hatte der Verein Syfel ihn und die Regierung ausgerechnet zu Weihnachten 2016 verklagt. Die Richter wiesen die Klage diese Woche ab, weil die widerspenstigen Kirchenfabriken sich zwar für die Eigentümer der Sakralbauten hielten, aber bloß ihre Verwalter seien. rh.

Viviane Reding,

Europaabgeordnete (CSV), gehört nach Berechnungen des die passive Korruption anklagenden Vereins Transparency International zu den 30 bestverdienenden unter den 751 Abgeordneten in Straßburg. Laut dem diese Woche veröffentlichten Bericht *Moonlighting in Brussels* über die Nebeneinkünfte der Volksvertreter riskiere sie jedoch Interessenskonflikte, weil sie nach eigenen Angaben 113 089 Euro als Verwaltungsrätin von Agfa und Bertelsmann-Stiftung bezieht. rh.

Donald Trump,

US-Präsident, überraschte seine Partner auf dem Nato-Gipfel am Mittwoch mit der Forderung, sie müssten ihre Rüstungsausgaben auf vier Prozent des Brutto sozialprodukts erhöhen. Die Luxemburger Regierung will diese Ausgaben bis 2020 auf 0,6 Prozent steigern. Um aber die nationale Wehrrbereitschaft zu bekunden und den Oger mit süßen Tönen zu besänftigen, war die großherzogliche Militärkapelle in Brüssel ausgerückt und hatte ihm eine von André Reichling komponierte Nato-Hymne vorgespielt (Foto: ME). rh.



Emmanuel Macron,

französischer Staatspräsident, warf seinem Vorgänger François Hollande während einer Grundsatzzerklärung vor dem Senat in Versailles vor, mit einer 75-prozentigen Steuer auf sehr hohen Einkommen keine Arbeitsplätze geschaffen zu haben, „sauf peut-être parmi les gestionnaires de fortune au Luxembourg, en Suisse ou aux Caïmans“. rh.

Gegenseitig belauern

„Das, was seit einigen Jahren als Krise bezeichnet wird, ist in der Zwischenzeit die neue Wirklichkeit“, hatte Premier Xavier Bettel (DP) in seiner Erklärung zur Lage der Nation im April 2014 vorausgesagt, als er das Land auf neue Sparmaßnahmen vorbereiten wollte. „Haben sie noch nicht mitbekommen, dass die Krise vorüber ist?“, fragte Parteipräsidentin Corinne Cahen am Sonntag an die Adresse der CSV, als sie während des DP-Kongresses das Land auf die Wahlen vorbereiten wollte. Vom kostenlosen Musikunterricht über ungenannte Steuersenkungen bis zum kostenlosen Personentransport stellten die Liberalen eine erste Ladung Wahlgeschenke in Aussicht. Aus Angst, CSV oder LSAP könnten sie überbieten, hielten sie aber ihr am 25. Juni vom Nationalrat verabschiedetes Wahlprogramm noch bis nach dem LSAP-Kongress am gestrigen Donnerstag und ersten Erklärungen der CSV unter Verschluss. Aus demselben Grund will auch die CSV am nächsten Mittwoch nur einige „große Akzente“ bekanntgeben, so Fraktionssprecher Claude Wiseler am Montag. Die Parteien belauern sich gegenseitig und warten ab, was die Konkurrenz noch zu bieten hat, um bei Bedarf schnell noch etwas gratis hier und etwas gratis da in den eigenen Text kopieren zu können. Bei fünf Prozent Wirtschaftswachstum wird der Wahlkampf um die Rückkehr der CSV an die Macht zu einer öffentlichen Versteigerung unter Meistbietenden. rh.

Restauration

Während der Sommerpause soll der für seinen Nostalgiekitsch berüchtigte Plenarsaal des Parlaments renoviert werden: Bis zu den Wahlen sollen die Bänke der künftigen Abgeordneten umgebaut, die Rednertribüne soll behindertengerecht, die Fernsehkameras sowie die in entscheidenden Augenblicken versagenden Bild- und Tonleitungen sollen ersetzt werden. rh.



Ein Jahr später

Die Reform der Berufsausbildung bleibt eine ewige Baustelle. Einen Monat vor den Wahlen sollte das jüngste Reformgesetz in Kraft treten und das Durchsetzungsvermögen des liberalen Unterrichtsministers unter Beweis stellen. Doch am Mittwoch musste Claude Meisch dem zuständigen Parlamentsausschuss erklären, dass es besser sei, das Inkrafttreten der Reform auf den Herbst 2019 aufzuschieben. Denn der Staatsrat verlangte in seinem Gutachten, dass eine Reihe Bestimmungen über die Bewertung und Beförderung von Lehrlingen, die über großherzogliche Reglemente festgelegt werden sollten, mittels Änderungsanträgen ins Gesetz geschrieben werden sollen. rh.

Keine Gesamt-Vision

Grundsatzkritik übt der Mouvement écologique an der Neuauflage der vier *Plans sectoriels*. Es sei schwer, die überarbeiteten Pläne, die Ende Mai in die Konsultationsprozedur gegangen waren, „in einen landesplanerischen Gesamtrahmen einzuordnen“. Hätten die Entwürfe von 2014 noch Entwicklungsszenarien enthalten, zum Beispiel die Ansiedlung von 142 000 bis 192 000 Arbeitsplätzen auf neu auszuweisenden Gewerbeflächen bis zum Jahr 2030, fehlten solche Überlegungen in den neuen Plänen. Mit Ausnahme des *Plan sectoriel* für schützenswerte Landschaften stellen die drei anderen – über Wohnungsbau, Gewerbebezonen und Transportwege – nach Ansicht des Méco nur „eine Ansammlung von mehr oder weniger förderungswerten Projekten dar“. Für „sehr erstaunlich“ hält es die Umweltorganisation in ihrer Stellungnahme, dass nach der laut Gesetz vorgeschriebenen Strategischen Umweltprüfung (SUP) aus dem Wohnungsbau- und aus dem Gewerbebezonen-Plan „etliche“ potenzielle Vorhaben wieder gestrichen wurden, dagegen „kaum ein Straßenbauprojekt“ aus dem Transportwege-Plan. Dabei merke die SUP sogar „mehrfach“ an, was im Transportwege-Plan vorgesehen sei, trage „nicht wesentlich“ zur Reduzierung des Autoverkehrs bei. pf

Messe Kalchesbrück?



Land-Informationen zufolge ist als ein potenzieller Standort für die Luxexpo das Gelände des ehemaligen Centre douanier in Kalchesbrück im Gespräch. Verbunden damit seien auch die Überlegungen, die Tram bis nach Kalchesbrück zu verlängern. Allerdings dauerten die Studien zu dieser Option noch an. Unter anderem sei es der Stadt Luxemburg wichtig zu wissen, ob mit diesem Messe-Standort mehr Verkehr durch den Stadtteil Neudorf verbunden wäre, was möglichst vermieden werden soll. Die Pressesprecherin des Nachhaltigkeits- und Infrastrukturministeriums bestätigte, dass Kalchesbrück als „einer von mehreren“ Standorten geprüft werde. „Entschieden ist aber noch nichts.“ Dennoch habe der Regierungsrat vor diesem Hintergrund vor einer Woche die Tram-Verlängerung nach Kalchesbrück auf die Liste der „großen Infrastrukturvorhaben“ gesetzt. pf



Kirchberg, ville nouvelle

Reboot

josée hansen

D'eux, on ne sait rien. Strictement rien. Qui ils sont, quel est leur profil socio-économique, ce qu'ils travaillent et où ? Pourquoi viennent-ils s'installer au Kirchberg et pour combien de temps ? Ont-ils le droit de vote – aux communales, aux européennes, aux législatives ? – et si oui, comment y vote-t-on ? Selon les informations du Centre de technologies de l'État publiées par *Wort.lu* après les élections communales de 2017, on y serait majoritairement libéral, avant les électeurs du CSV, des Verts et du LSAP (dans l'ordre), soit plus ou moins dans la moyenne de la capitale. Mais on ne sait rien sur le nombre d'électeurs inscrits et leur proportion par rapport au nombre d'habitants. Sur le site de la Ville de Luxembourg, le quartier du Kirchberg comptait 5 673 habitants au 31 décembre 2017, soit 4,87 pour cent des habitants de la capitale, alors que le chiffre officiel invoqué par le Fonds Kirchberg, établissement public

en charge de la viabilisation et de la commercialisation de la Ville nouvelle créé en 1961 suite aux expropriations et en vue de l'installation des infrastructures européennes, n'est que de 3 600 – pour 41 000 emplois. « Il faut d'urgence rattraper ce déséquilibre et améliorer la mixité des fonctions habiter, travailler et loisirs », affirme le ministre du Développement durable et des Infrastructures, François Bausch (Déi Gréng), qui assure la tutelle du Fonds, lors de la présentation du bilan 2017 ce lundi. Où Patrick Gillen, président du Fonds Kirchberg, dut avouer qu'ils ne disposent d'aucune statistique sur le profil des habitants du Kirchberg. Tout en avouant qu'il y a vingt ou trente ans, ça ne se battit pas au portillon pour habiter au Kiem ou à Avalon. Et le ministre d'ajouter que le bureau d'architecture danois Gehl, chargé de l'amélioration des espaces publics au Kirchberg, avait interrogé spontanément les passants devant les

portes des bureaux, à la sortie des commerces ou sur les trottoirs ou places sur leurs motivations d'être au Kirchberg. « et la plupart des réponses étaient simplement utilitaires », rapporta-t-il. Le constat est aussi brutal qu'évident : on ne va toujours pas au Kirchberg par plaisir. À part peut-être les joueurs estivaux de pétanque au Parc central, les clients de l'hypermarché, quelques affamés mangeant aux restaurant ou les cinéphiles aimant les *blockbusters* américains. Mais ça doit changer. « Ça va changer ! » promettent Gillen et Bausch unisson.

Adieu la voiture ! Ce changement voulu (et entamé) est fondamental : en 1961, le quartier commença par un pont, la Rout Bréck (qui sera prochainement repeinte en rouge feu), puis un axe routier central, le boulevard Kennedy, qui, plus tard, allait être connecté à son extrémité Est à l'autoroute menant vers Trèves. Donc cette route, avec quatre voies, deux dans chaque direction, était pensée pour le confort des automobilistes, promouvant la nouvelle mobilité moderne : celle de l'individu. À gauche et à droite de cet axe, les salles plénières et de conférences ainsi que des centaines de bureaux des institutions européennes avaient toute aise à s'implanter comme des monolithes sur des terrains disponibles en abondance, que le Luxembourg leur mit généreusement à disposition afin de leur prouver que le pays fondateur de la Communauté européenne du charbon et de l'acier d'abord, de la Communauté européenne ensuite était un siège idéal pour ces institutions. Dans les années 1980 suivirent les banques, également alléchées par des prix fonciers imbattables – puis le pouvoir politique regarda et ne put que constater le désastre : une ville nouvelle invivable et pas vraiment accueillante était née. Depuis vingt ans maintenant, sous la présidence de Fernand Pesch d'abord, de Patrick Gillen ensuite, le Fonds Kirchberg tente de changer le paradigme du Kirchberg, de repenser son urbanisme – et donc la vie sur le plateau.

Après le ralentissement du trafic par l'introduction de feux rouges aux croisements – pour rappeler aux automobilistes que l'autoroute ne commence pas au Pont rouge –, et la plantation d'arbres pour aussi réduire optiquement la largeur du boulevard, un saut quantique a été réalisé par l'arrivée du tram sur l'axe central, en décembre 2017. « Nous avons supprimé tous les mouvements de bus le long du boulevard Kennedy », s'enorgueillit François Bausch lundi. Si les bus régionaux empruntent encore le boulevard Adenauer pour traverser le quartier d'Est en Ouest actuellement, ils seront graduellement supprimés, les passagers étant forcés de changer pour le tram à la gare multimodale du rond-point Serra. En parallèle, de nombreuses places de stationnement (qui furent souvent utilisées pour se garer sur une longue durée par des gens venant travailler au Kirchberg) ont été

En densifiant le bâti, en chassant l'usage quotidien de la voiture au profit de la mobilité douce et en fixant des prix de vente maxima pour des logements sociaux, le Fonds Kirchberg veut radicalement changer le quartier

supprimées le long du boulevard Kennedy, un *park & ride* de 4 000 places à construire au lieu-dit *Hielenhaff* doit encourager les automobilistes à laisser leur voiture à l'extérieur du quartier. De nouvelles formes d'habitat, par exemple un quartier de vivre sans voiture, sont envisagés au Grünewald-ouest, où il n'y aura qu'un ratio d'une demie place de stationnement par logement – et en plus ces parkings seront centralisés dans des silos devant le quartier –, doivent contribuer à encourager un rapprochement des fonctions vivre et travailler, voire consommer, en empruntant la mobilité douce ou les transports en commun.

Interventionnisme Les prix du marché donnent le tournis. Sur Internet, les agences immobilières offrent, au hasard des recherches avec le mot-clé « Kirchberg », un appartement neuf de 96 mètres carrés à 735 000 euros, un autre de 92 mètres carrés à 800 000 euros, un penthouse de 125 mètres carrés, en construction, à 1,536 million, ou un appartement dans la résidence Les hauts du Kirchberg de 106 mètres carrés à 1,093 million... Les prix courants, qui répondent visiblement à la pression de la demande, font que cette mixité sociale tant prônée par les politiques ne se fait pas. Au moins, personne ne pourra reprocher au Kirchberg sa gentrification : il a commencé en haut de l'échelle des prix en ce qui concerne le logement. Alors, pour ne plus laisser faire la main invisible du marché, le Fonds Kirchberg, de concert avec le gouvernement, a foncièrement changé son approche : alors que pour les premiers quartiers résidentiels, il attribuait les lots aux duos architectes/entrepreneurs qui offraient le prix le plus élevé (en respectant un cahier des charges), il fixe désormais un prix de vente maximum pour les logements,

puis négocie avec les entrepreneurs sur le prix qu'ils sont prêts à payer pour le terrain. C'est donc la même logique que pour dégoupiller un grand groupe de rock, où l'organisateur doit estimer le nombre de spectateurs qu'il pourra attirer avec ce groupe et le prix du billet avant de faire une offre de cachet. Pour les logements au Kirchberg, le prix de vente d'un logement sur le marché libre a ainsi été fixé à 4 200 euros par mètre carré – contre des prix avoisinant les 6 000 euros actuellement. La moitié des dizaines de milliers de logements à construire – le Fonds projette de passer des 3 600 habitants actuels à 22 100 résidents à terme – seront des logements sociaux, réalisés par la Société nationale d'habitations à bon marché (SNHBM) : le prix de vente par mètre carré y est plafonné à 3 250 euros (sommes indexées). À ce stade, 3 970 nouveaux logements sont planifiés ou en cours de réalisation, le long du boulevard Kennedy ou aux lieux dits *Kuebebiert* ou *Langfuur*, au nord du quartier. Presque 5 000 autres appartements sont déjà projetés le long de la forêt, là où les paysans labourent encore les champs actuellement. Sur le site de la SNHBM, tous les logements des trois complexes achevés dans le nouveau quartier *Reimerwee* sont déjà soit vendus, soit réservés. Les acheteurs profitant d'une prime de logement mettent quand même plus de 336 000 euros pour 85 mètres carrés et deux chambres, jusqu'à presque 600 000 euros pour 117 mètres carrés et trois chambres – équivalant à un remboursement de 2 180 euros mensuels sur trente ans à un taux nominal excessivement bas de 1,85 pour cent actuellement. On pourrait considérer que ce n'est pas si social que cela.

Une balafre géante s'ouvre actuellement dans le si caractéristique bâtiment en verre miroitant du Jean Monnet 1, le bâtiment historique de la Commission européenne. Après désamiantage sur place, il sera démolé, impossible de trouver un repreneur pour ses dizaines de milliers de mètres carrés en si mauvais état. Le 4 juin dernier, des représentants du gouvernement et de la Ville ont porté, avec le commissaire européen Günther Oettinger, le premier coup de pelle pour son successeur, le Jean Monnet 2, qui fera 120 000 mètres carrés et abritera, d'ici 2024, autant d'agents de la Commission européenne que le Kirchberg compte actuellement d'habitants : 3 600. Car les institutions européennes restent importantes sur le plateau et s'agrandissent : le Cour de justice construit une nouvelle tour, en voie d'achèvement, et la Banque européenne d'investissement s'étendra elle aussi. Si le Kirchberg compte actuellement 40 600 emplois et si ce chiffre doit augmenter, il le fera toutefois moins rapidement que le logement : à terme, le Fonds projette d'y accueillir 64 000 employés. Soit un ratio d'un habitant sur trois employés. Ce serait une avancée énorme. Peut-être que d'ici-là, on en saura plus sur qui sont les uns et les autres.



Le chantier devant RTL City, où l'ancien bâtiment a déjà été démol



Le bâtiment de luxe Infinity en construction à l'entrée du quartier (en haut à gauche) ; difficiles à trouver : de banals piétons ; le lotissement *Reimerwee* de la SNHBM, en construction en face de RTL

Die Rechtslage für LGBTI-Minderheiten hat sich unter Blau-Rot-Grün verbessert. Rosig ist ihre Situation dennoch nicht



Politiker bekennen Farbe: die Podiumsdiskussion zur Situation von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuellen in der Escher Kulturfabrik diese Woche

Etappensieg

Ines Kurschat

„Zähneknirschend akzeptieren sie es“, so die Einschätzung von Marc Angel. Da hatte der LSAP-Abgeordnete just den Avis des Staatsrats zum geplanten Transsexuellengesetz gelesen, das am Dienstag veröffentlicht wurde. Fünf formelle Einwände hat das Gremium gegen die Vorlage von Justizminister Félix Braz (Grüne) erhoben, die es Transsexuellen leichter machen soll, den Namen zu ändern.

Ohne ärztliches Attest oder psychiatrisches Gutachten und auch ohne Sterilisation oder andere medizinische Behandlungen als Vorbedingung sollen sie dies tun können, mit der Pathologisierung soll Schluss sein. Und auch ohne das Gericht einzuschalten. Ein Antrag beim Justizministerium soll künftig genügen, der ein weiteres Mal bestätigt werden muss. Der Staatsrat hatte eine Gerichtsentscheidung befürwortet, obgleich er zugibt, dass die Namensänderung auch in Belgien per Verwaltungsakt möglich ist. Fieberhaft und über Nacht wurde im Justizministerium deshalb noch am Text gefeilt, am Mittwoch wurden die 15 Seiten Änderungen im zuständigen parlamentarischen Justizausschuss diskutiert und, mit den Stimmen der CSV, gutgeheißen. „Ich bin zuversichtlich, dass das Parlament den Text noch vor der Sommerpause verabschiedet kann“, so ein sichtlich zufriedener Justizminister am Mittwochabend in Esch. Im Rahmen der diesjährigen Gaymat-Aktionstage diskutierten Politiker von déi Lénk, Déi Gréng, DP, LSAP, CSV und den Piraten in der Escher Kulturfabrik über die Lage und Rechte sexueller Minderheiten in Luxemburg.

Alle dafür, außer ADR

Sollte Braz recht behalten, dürfte dieser Punkt nicht auf der To-Do-Liste des LGBTI-Aktionsplans auftauchen, den Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen (DP) vor rund zwei Jahren initiiert hat und den eine von ihrem Ministerium geleitete Arbeitsgruppe aus Interessengruppen, Nichtregierungsorganisationen und Ministerialbeamten koordiniert. Eine andere Hausaufgabe zu erledigen, hat Braz indes versäumt: Cahen hatte im Juni 2017 die sogenannte Idahot-Erklärung (Internationaler Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie) unterschrieben und ihre Unterstützung für ein Verbot der Persönlichkeitsrechte verletzenden geschlechtszuweisenden Operationen ohne Einwilligung der Betroffenen zugesagt, eine Forderung,

die der Verein Intersex und Transgender Luxemburg (ITL) ebenfalls unterstützt.

Intersexuelle Kinder, das sind Kinder, die nicht eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen sind, müssten ihr Geschlecht selbst wählen können – und so lange sollte auf medizinische Eingriffe verzichtet werden. Mit der Geschlechtsangleichung ist es nämlich nicht getan, es folgen hormonelle Therapien und weitere Operationen, die, zumal wenn gegen den Willen, schwerwiegende psychische Folgen für die Betroffenen haben können. Wie viele intersexuelle Kinder und Erwachsene hierzulande leben, ist unklar: Hochrechnungen der Vereinten Nationen und der Internationalen Dachverbände gehen von 1,7 Prozent der Weltbevölkerung aus, die intersexuell sind. Das wären auf Luxemburg umgerechnet über 10 200 Personen.

Regenbogen-Aktionsplan kommt

Um trans- oder intersexuelle Kinder (und ihre Angehörigen und FreundInnen) besser erkennen und beraten zu können, fordert ITL mehr geschultes Lehr- und Erziehungspersonal und er bietet auch selbst Weiterbildungen in den Schulen des Landes und beim Lehrerweiterbildungsinstitut Ifen in Walferdingen an. Das schwullesbische Informationszentrum Cigale hat im vergangenen Jahr 866 Schüler, vornehmlich auf der Sekundarstufe, über Homo-, Trans- und Intersexualität aufgeklärt. Das Unterrichtsministerium hält Aufklärungsliteratur bereit; auch der schulmedizinische Dienst soll im Rahmen des Aktionsplans stärker für das Tabuthema sensibilisiert werden, eine Forderung, die sämtliche Parteien, außer die ADR, unterstützen.

Rechtliche Verbesserungen für Trans- und Intersexuelle sind aber nur zwei Punkte im LGBTI-Aktionsplan, den der Regierungsrat am Freitag verabschiedet hat – den die blau-rot-grüne Dreierkoalition selbst nicht mehr umsetzen kann. Anders als manch einer angesichts der Öffnung der Ehe für Homosexuelle und dem Lebenspartnerschaftsgesetz meinen könnte, ist die Diskriminierung von sexuellen Minderheiten in Luxemburg weiterhin ein Thema. Auf der Rangliste der Dachorganisation International Lesbian, Gay, Bi-, Trans- und Intersexual Association (Ilga) von insgesamt 49 europäischen Ländern befindet sich Luxemburg auf dem 17. Platz.

Schwule und Lesben können hierzulande seit 1. Januar 2015 zwar heiraten und Kinder adoptieren, wie heterosexuelle Paare auch. Sie genießen alle mit der Ehe verbundenen Rechte und Pflichten. Adoptionsstellen, etwa des Roten Kreuzes, haben sich inzwischen auf Anfragen von homosexuellen Paaren eingestellt, die wie heterosexuelle Paare sich bei Adoptionen einem Eignungstest unterziehen müssen. Die Reform des Abstammungsrechts lässt auf sich warten, der entsprechende Gesetzentwurf ist im Justizausschuss und wird noch diskutiert. Verabschiedet wird diese Regierungskoalition den Text wohl nicht mehr. Die Bummellei, die nicht geregelte Anerkennung von Trans- und Intersex-Personen und zu geringe Anstrengungen bei der Bekämpfung von sozialer Diskriminierung und Hass im Internet tragen dazu bei, dass Luxemburg bei der Ilga mittelmäßig abschneidet.

So stehen im Wahlprogramm der Grünen ebenso wie bei der DP die Regelung der Situation der Intersexuellen erneut als Forderung, dabei hatten sie es in der Hand, das Thema voranzubringen. Auch die Frage der Kostenübernahme bei geschlechtsaneignenden Operationen beziehungsweise vor allem der Folgeeingriffe, eine langjährige Forderung von ITL, steht im Aktionsplan. Das Cigale erhält Anrufe, um Informationen über die Rückerstattung der Kosten von Hormontherapien und Geschlechtsumwandlungen. „Wir können nur bedingt Auskunft geben und vermitteln sie an die Krankenkasse“, erklärt deren Mitarbeiterin Enrica Pianaro. Verlässlich zu erfahren, welche Kosten von der Krankenkasse übernommen werden und welche nicht, ist nicht einfach: Eine diesbezügliche Informationsbroschüre von der CNS gibt es nicht. Allerdings verschickt die CNS auf Anfrage eine Übersicht zur Kostenübernahme.

Das Cigale hatte gemeinsam mit Rosa Lëtzebuerg im Januar einen Katalog an die Arbeitsgruppe LGBTI beim Familienministerium eingereicht. Darin fordert die Organisation neben der Klärung rechtlicher Fragen vor allem mehr Sensibilisierung im Umgang mit LGBTI-Menschen sowie konkrete Aktionen für und mehr Schutz gegen Diskriminierung: Beim Ilga-Ranking steht Luxemburg nicht so gut da, im Bericht der Ecri vom Europarat besser: Der hatte nur wenig rassistische Gewalt und Homophobie gemessen. „Wir wissen nicht genau, wie sich Hassrede zu diskriminierenden Äußerungen abgrenzen. Das ist mitunter eine Grauzone“, so Enrica Pianaro vom

Ein interministerieller Aktionsplan soll dafür sorgen, dass sich die Situation von LGBTI-Personen weiter verbessert

Cigale. Der vermeintliche Witz von CSV-Parteichef Marc Spautz zu den rosa Polizeiformen, die der – offen schwul lebende – Wirtschafts- und Polizeiminister Etienne Schneider angeblich einführen wollte, sorgte für Empörung nicht nur bei Homosexuellen. Spautz, ehemaliger CSV-Familienminister, hatte sich später für den Spruch entschuldigt und wiederholte die Entschuldigung am Mittwochabend in Esch.

Diskriminierungen bleiben

Meistens verläuft die Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen, die anders sind, subtiler: „Wir leiten Menschen, die sich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung an die Antidiskriminierungsstelle weiter. Nur habe ich bisher von keinem Fall gehört, der anschließend vor dem Gericht gelandet ist“, sagt Enrica Pianaro vom Cigale. Das liegt nicht nur daran, dass es in einem so kleinen Land besonderen Mut erfordert gegen den Arbeitgeber zu klagen, sondern auch weil der Nachweis der Diskriminierung schwierig ist. Das Cigale und Menschenrechtsorganisationen fordern deshalb, das CET mit dem Verbandsklagerecht auszustatten, damit es stellvertretend für andere vor Gericht ziehen kann, noch ein Punkt, den die Dreierkoalition umzusetzen, versäumt hat.

Zu weiteren Forderungen zählen aber vor allem eine umfassende Analyse der Situation von LGBTI-Menschen: Wie in so vielen Bereichen fehlen hierzulande Statistiken etwa zu den Lebensbedingungen von Schwulen, Lesben und anderen, zum Armutsrisiko, zur Bildung... Etwas besser dokumentiert, aber nicht besser, ist die Situation von Flüchtlingen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität nach Luxemburg fliehen. So ist es laut Cigale vorgekommen, dass sich homosexuelle Asylbewerber in

der Asylprozedur zu absurden Fragen wie vermeintliche Szenenbars oder der Regenbogenflagge äußern sollten; auch müssen sie, sollten ihre sexuelle Orientierung zu erkennen geben, homophobe Anfeindungen in den Unterkünften fürchten, weshalb Cigale sich für ihre getrennte Unterbringung ausspricht.

Und trotzdem fällt die Bilanz der blau-rot-grünen Koalition in Sachen LGBTI recht gut aus: Bei der rechtlichen Absicherung ist diese Regierung einen großen Schritt weitergekommen. Interessanterweise ist die Kontroverse, die beispielsweise in Deutschland oder England die Einführung der Ehe in homosexuellen begleitet hatte, in Luxemburg so gut wie ausgeblieben. Während die rechtliche Gleichstellung hierzulande allgemein als positiv bewertet wird, diskutierten auf dem diesjährigen so genannten Lesbenfrühlingstreffen in Göttingen Teilnehmerinnen, inwieweit die Homoehe insbesondere feministische Forderungen aushebelt und die Szene nicht befriedet habe. Lesbische Frauen würden sich zunehmend ins gemütliche Heim zurückziehen, obwohl gesellschaftliche Diskriminierungen fortbestünden, ja sogar wieder zunähmen.

Dass die Ehe patriarchalische Vorrechte gewährt und nach wie vor schützt, zeigt sich etwa daran, dass Frauen, die ihr Kind alleine erziehen, sozial und ökonomisch bestraft werden: Eine unverheiratete Mutter mit einem steuerpflichtigen Einkommen von 80 000 Euro im Jahr zahlt laut Berechnungen des Luxemburger Instituts für sozio-ökonomische Forschung (Liser) 21 088 im Jahr gegenüber einem verheirateten Paar, das 8 309 Euro Steuern abführt, also 2,5 Mal mehr.

„Mit der wiedererstarkten Rechten geraten gerade erkämpften Rechte von Minderheiten unter Druck“, sagt Enrica Pianaro. Unvergessen, wie die katholische Rechte in Frankreich monatelang gegen den *Mariage pour tous* mobilisiert hatte und tausende Franzosen mit homophoben Transparenten durch die Straßen gezogen war. Der Luxemburger Erzbischof Jean-Claude Hollerich hatte sich mit öffentlichen Kommentaren zur gleichgeschlechtlichen Ehe zurückgehalten, den Schritt aber in einem RTL-Interview im Februar 2014 als etwas „Großes“ bezeichnet, über das man „gut nachdenken“ müsse. Das Gesetz war am 18. Juni 2014 verabschiedet und vom Großherzog Henri rund einen Monat später unterzeichnet worden.

Seit fünf Jahren bereiten sich Splitterparteien von Rechtsliberal bis Rechtsextrem auf die Kammerwahlen vor – die meisten vergebens

Phantomparteien

Romain Hilgert

Außerhalb winziger Zirkel Unbekannte tun sich seit dem Antritt der DP/LSAP/Grünen-Koalition zusammen, um neue Parteien zu gründen und am 14. Oktober bei den Landeswahlen zu kandidieren. Ihre Beweggründe sind oft dieselben: ein Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, der europaweit grassierende Nationalismus und Protektionismus, Unmut über die zu liberale oder ungenügend liberale Regierungskoalition, mangelnde Anerkennung in bisherigen Parteien, ein nächtelang über *Facebook* aufgeblähtes Geltungsbedürfnis. Die austauschbaren Namen ihrer Vereinigungen, die aus den ewigen hohlen Phrasen rechter Parteien zusammengeklauten politischen Bekenntnisse, die oft fehlerstrotzenden Grundsatzserklärungen drücken vor allem eine Sprachlosigkeit gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen, undurchschaubaren politischen Bewegungen aus.

Sämtliche dieser Parteigründungen kommen von rechtsliberal bis rechtsradikal, keine neue Splitterpartei will links sein. Einzelne Protagonisten kommen aus anderen Parteien, von ADR über CSV und DP bis KPL, manche fühlen sich nicht von einer Weltanschauung, sondern von Extremen angezogen. Was sich Partei nennt, ist meist ein Parteivorstand ohne Partei, ein Stammtisch von Häuptlingen ohne Indianer. Und so bleiben sie meist Phantomparteien, die nach einer Web-Seite und einigen Pressemitteilungen als Höhepunkt ihrer Existenz erleben, wie *RTL* über eine Pressekonferenz von ihnen berichtet. Kaum eine dieser Phantomparteien schafft es, die Hürden des Wahlgesetzes zu überwinden und zu kandidieren.

Déi Liberal Nach der Koalition der DP mit der LSAP und den Grünen spalteten sich im Juni 2015 einige neolibérale Mitglieder ab und gründeten déi Liberal. „Déi Liberal setzen sich „laut ihrer Grundsatzserklärung „für die absolute Freiheit und Würde jedes Individuums ein.“ Sie „wollen einen freiheitlichen Rahmen schaffen, in dem die Wirtschaft sich frei entwickeln kann, ohne permanent von Krisen erschüttert zu werden“, und befürworten, ähnlich wie die Gründer der Alternative für Deutschland, „ein System des freien Geldes, denn nur freies Geld kann größere Wirtschaftskrisen langfristig vermeiden“. Dazu gehört auch ein „Minimalstaat, welcher sich auf einige Kernaufgaben (Diplomatie, Sicherheit, Justiz) beschränkt“, um „den Menschen aus der staatlichen Knechtschaft zu führen“.

Geistiger Vater der Liberal ist der ehemalige DP-Staatsrat, Regierungsrat und DP-Schatzmeister Claude A. Hemmer. Er hatte nach der Wahlniederlage der DP 2009 auf einem Parteitag vorgeschlagen, dass die DP gegen die Konkurrenz der als Kaufhäuser auftretenden Volksparteien „nicht als kleiner Supermarkt, sondern nur als Feinkostladen“, als radikalliberale Sekte überleben könne. Aber die Parteimitglieder wollten ihm nicht folgen. Deshalb kündigte als Sprecher der Liberal der Rechtsanwalt und ehemalige Vizepräsident der Jungdemokraten, Laurent Heisten, im Mai 2016 im *Luxemburger Wort* an: „Falls wir uns aber so positiv weiterentwickeln wie in den vergangenen

Monaten, ist die Parteigründung natürlich auch ein Ziel. Um an Wahlen teilzunehmen, und 2018 ist da durchaus realistisch, müssen wir zunächst aber genügend Kandidaten aufstellen.“ Allerdings zeigte sich binnen weniger Monate, dass der platte Dogmatismus von déi Liberal nicht einmal der DP Angst einjagte. Déi Liberal seien „keine Partei, sondern ein Think Tank“, erklärte Laurent Heisten diese Woche gegenüber dem *Lëtzebuurger Land*, deshalb würden sie „nicht bei den nächsten Parlamentswahlen kandidieren“. Allerdings planten sie, die Wahlprogramme der einzelnen Parteien zu analysieren und „sie aus liberaler Sicht zu beleuchten und kurz zu kommentieren“.

En marche Mit einer anonymen Anzeige im *Luxemburger Wort* hatte der Hausarzt und Präsident der Jägerföderation, Georges Jacobs, Mitte Mai dieses Jahres dazu aufgerufen, eine „überparteiliche Bewegung“ nach dem Vorbild von La République en marche des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zu gründen; fünf Monate vor den Parlamentswahlen sei ein exzellenter Zeitpunkt dafür. Die Bewegung wollte unter Berufung auf die Wertecharta der französischen En marche freudig und selbstbewusst für die Gemeinschaft, für Europa sowie für die Werte eintreten, die die Gesellschaft ausmachten. Ihr Ziel hieß: „Ofsëcheren vun eisem Wuelstand duerch e progressiv Iwwerwonne vun der Wuesstëmsspiral.“

Doch in einer ebenfalls anonym im *Luxemburger Wort* inserierten Replik eines Jagdkollegen musste sich Georges Jacobs vorwerfen lassen, sein heimliches Vorbild sei eher die rechtsradikale „Chasse, pêche, nature et traditions de Jean Saint-Josse“. Schließlich habe er im Jägerverband dazu aufgerufen, „de s'engager dans le parti di Gréng ou, à défaut, de voter pour eux, vous avez ensuite démissionné du comité de l'ADR et été refusé par le CSV de figurer sur leur liste“. Kurz darauf erklärte Georges Jacobs in einer Anzeige, die abzdrukken das *Luxemburger Wort* ablehnte, dass „net genuch Leit sech gemellt“ hätten, um „bei de Parlamentwale vum 14. Oktober matmaachen ze kënnen“.

Déi Konservativ Schweren Herzens hatte die ADR im März vergangenen Jahres ihren von dem Abgeordneten Fernand Kartheiser protegierten und 2011 in den Pétinger Gemeinderat gewählten Hoffnungsträger Joe Thein ausgeschlossen. Seine allzu rechten Positionen und zuletzt seine Zustimmung zu einem *Facebook*-Kommentar, der zu einem Mordanschlag auf Außenminister Jean Asselborn (LSAP) ermunterte, drohten der Partei zu schaden. Daraufhin gründete der Geschichtsstudent wenige Tage später mit Unterstützung von Familienangehörigen seine eigene Partei, déi Konservativ.

Vor zwei Wochen stellte er ein 40-seitiges Manifest für die Kammerwahlen vor, das unter der Losung „Méi Demokratie a Fräiheet fir Lëtzebuerg“ die „chrëschtlech-kathoulesch Prägung“ des Landes gegen Multikulturalismus und Asylsuchende verteidigen, Wanderzirkusse verbieten, eine *Monorail*-Bahn und Hundeführerscheine einführen soll. Bei dieser Gelegenheit stellte Joe

Thein, der vergangenes Jahr die Rückkehr in den Pétinger Gemeinderat verfehlt hatte, erst einmal zwei von 23 Kandidaten im Südbezirk vor.

PID Nach seinem Austritt aus der ADR hatte der damalige Abgeordnete und Arzt Jean Colombara versucht, sein Parlamentsmandat im Norden zu retten, und nach dem Vorbild der Integralen Politik Schweiz die Partei für integral Demokratie gegründet. Die vor allem für einen holistischen Naturschutz eintretende Partei hatte noch im Frühjahr ein eigenes Wahlprogramm ausgearbeitet, das von der Legalisierung des Cannabis bis zum bedingungslosen Grundeinkommen reichte.

Trotz ihres Hangs zur Esoterik ist die Partei nach einem Fiasko bei den Wahlen 2013 nun realistisch genug, auf eine eigenständige Kandidatur zu verzichten. Sie beschloss, im Oktober mit 15 Mitgliedern eher unauffällig unter der Flagge der Piratenpartei zu kandidieren. Auch die gegen das Referendum 2015 geschaffene nationalistische *Facebook*-Seite „Neeen 2015“ will nun als Wee 2050 weitermachen, der Erdkundelehrer Fred Keup und fünf weitere Protagonisten kandidieren aber nicht selbstständig, sondern auf Listen der ADR.

Biergerpartei Zehn Tage nach dem gescheiterten Referendum von 2015 hatte der Frührentner Daniel Rinck im Namen seiner *Facebook*-Seite „Groupe Neiwahlen“ eine Unterschriftensammlung auf der Internetseite des Parlaments eingereicht, um „d'Demission vun der aktueller Regierung, der sogenannte Gambiakoalition“ zu fordern. Gleichzeitig taufte er zusammen mit Vivi Bononi und Nadia Renkens die Gruppe um in Lëtzebuerg Bierger Partei. Sie sollte laut ihrer ersten Erklärung „fir eng Politik fir den Bierger an mam Bierger zesummen“ stehen und selbstverständlich für „Transparenz, Solidaritéit“ und die Luxemburger Sprache, gegen jede Form von Ungerechtigkeit und für eine sozial gerechte Familien- und Steuerpolitik. Deshalb wollte sie Kandidaten in allen Bezirken suchen, damit nach den Wahlen keine Partei an der Bürgerpartei vorbeikomme, aber „Memberen vun eiser Partei stinn am Virfeld net fir en Ministermandat zur Verfügung“.

Anfang 2017 begleiteten Daniel Rinck und seine Parteikollegin Vivi Bononi dann Lucien Welter ins Parlament, um ihn bei der Vorstellung der Petition zu unterstützen, die Luxemburgisch zur Amtssprache erklären wollte. Nun kandidiert Daniel Rinck als einer der sechs sehr rechten Vertreter von Fred Keups Wee 2050 Neen 2005 auf der Nord-Liste der ADR. Das war das Ende der Biergerpartei.

Biergerlëscht Statt der Biergerpartei will nun eine Biergerlëscht im Oktober kandidieren. Sie begann als Biergerinitiativ Demokratie mit der Losung „Mir wëlle bleiwe wat mir sinn, fräi an onofhängesch“ und forderte Referenden über eine Rücknahme von Steuererhöhungen der letzten Jahre, über Einwanderungsmaßnahmen, über die Ausweisung von Flüchtlingen, die die öffentliche Ordnung gefährden, über die Staatsbürgerschaft, das Eherecht, Bildungsreformen, über das Bevölkerungswachstum und die Europapolitik.

Inzwischen nennen sich die Initiatoren Méi Demokratie fir Lëtzebuerg Biergerlëscht –Demokratie 2018 und wollen Listen für die Parlamentswahlen im Oktober aufstellen. Koordinationsleiter sind die Anlageberaterin einer lokalen Bank, Sonja Holper, und der vorbestrafte Lee Michel Baseggio, der sich nach verschiedenen anderen Berufsbezeichnungen als Psychotherapeut ausgibt und Anhänger eine Unabhängigen Katholischen Kirche ist. Assistent der Koordinationsleitung ist der Barbier Mike Treinen, der auf *Facebook* für die Luxemburger Sprache wirbt. Sekretärin ist die Hausfrau Pauline Raach, die 2009 für die Kommunistische Partei im Osten kandidiert hatte. Ob sie bis Mitte nächsten Monats Listen zustande bekommen, ist nicht abzusehen.

FÖDP, SLP, FSA Die Anfang September 2016 in Esch-Alzette gegründete Fräi ökologesch demokratesch Partei, die sich als „déi gréng Alternativ“



Web-Seite von déi Liberal



Diskussionsstunde bei der FÖDP, bevor sie sich in SLP und FSA spaltete

zu den Regierungsgreenen ausgab, hatte es von allen Phantomparteien am weitesten gebracht: Vor zwei Monaten hatte sie eine halbe Kandidatenliste im Südbezirk fertig und ein fünf Seiten langes Wahlprogramm, das vom Religionsunterricht über den Austritt aus der Nato und den Tierschutz bis zur Radhelmpflicht reichte. Präsident war der Briefträger Ronald Mordiconi, der 2013 im Zentrum auf der Liste der Kommunistischen Partei kandidiert hatte, Vizepräsident der Kampfsporttrainer Steve Melmer, der von der kurzlebigen Sozialdemokratischen Volkspartei des vorbestraften Geschäftsmanns Nico Castiglia (zuvor ADR und Piratenpartei) kam, die sich zum französischen Front national bekannt hatte. Doch über der Frage, wie weit rechts die FÖDP stehen sollte, spaltete sie sich Mitte Juni. Ronald Mordiconi gründete Ende Juni eine Sozialliberal Partei Lëtzebuerg, die „oppen, fair, innovativ“ und für ein modernes Luxemburg sein will. Steve Melmer kündigte die Gründung einer Fräi sozial Alternativ an, die in ihrem Logo die vom Front national bekannte Flamme trägt und sich „wirtschaftspolitisch linksradikal und gesellschaftspolitisch rechtsmoderat“ nennt.

Möglicherweise gelingt es nur einer oder keiner der sich bei der Kandidatensuche um die gleichen verbitterten Rentner, frustrierten Hausfrauen und wütenden Jugendlichen streitenden Phantomparteien, eine Kandidatenliste für den 14. Oktober aufzustellen. Denn mit der Reform des Wahlgesetzes im Jahr 2003 wurde die Zahl der für die Hinterlegung einer Wahlliste vorgeschriebenen Unterschriften vervierfacht. Laut Artikel 135 des Wahlgesetzes muss eine Kandidatenliste nun pro Wahlbezirk 100 Unterschriften von Wahlberechtigten sammeln, um sich zur Wahl stellen zu dürfen. Dadurch sollte, so seinerzeit der Motivenbericht zum Gesetz, „le développement excessif de groupuscules fantaisistes“ verhindert werden. Als Folge der Zersplitterung der Grünen und des Aufkommens rechtsradikaler Listen hatte die Zahl der Listen 1989 mit 16 einen Nachkriegsrekord erreicht, von denen allerdings nur fünf in sämtlichen Bezirken kandidierten. Bei den fol-

Die austauschbaren Namen, die hohlen Phrasen, die vielen Schreibfehler drücken die Sprachlosigkeit gegenüber undurchschaubaren Verhältnissen aus

genden Wahlen war die Zahl der Listen wieder gesunken, weniger wegen der Reform des Wahlgesetzes, als wegen der Vereinigung der Grünen und dem Scheitern der rechtsradikalen Listen. So dass von einer exzessiven Entwicklung keine Rede sein konnte.

Aber der Motivenbericht zum neuen Wahlgesetz hatte auch gefunden, dass „le nombre de signatures actuellement exigé (au nombre de 25) est insuffisant pour garantir le sérieux nécessaire aux listes concernées“. Mit der notwendigen Seriosität war vielleicht gemeint, dass mit einer wachsenden Zahl von Listen die parlamentarischen Mehrheiten von CSV, LSAP und DP kleiner wurden, weil sie lange Zeit weder ADR, noch Grüne als koalitionsfähig ansahen. Etablierte Parteien brauchen allerdings keine Unterschriften zu sammeln, weil ersatzweise auch die Unterstützung durch einen Abgeordneten oder drei Gemeinderäte pro Bezirk ausreicht. Das hatte der Staatsrat kritisiert als Wiedergeburt der „notion de notables que leurs prétendues sagesse ou perspicacité feraient sortir de la masse des citoyens ordinaires“. Eine Vorstellung, gegen die immer wieder wild entschlossene Bürger Phantomparteien gründen.



Feierstunde bei déi Konservativ

Angela Merkels Sorgenkind

Verfallsdatenpolitik



Soll kein Meme sein: Mietwagen-Werbung mit Horst Seehofer

Martin Theobald, Berlin

Rückblende: Man habe sich geeinigt, verkündete Horst Seehofer, deutscher Heimatminister und Vorsitzender der CSU, vergangene Woche. Der Koalitionsausschuss von CDU, CSU und SPD habe im Streit um eine Lösung der Flüchtlingsproblematik einen Konsens gefunden. „Das ist alles von A bis Z so, wie man sich das als zuständiger Minister wünscht“, sagte Seehofer am Donnerstag vergangener Woche. Man sei mit den Sozialdemokraten übereingekommen, dass man von den umstrittenen „Transitzentren“ ablasse und stattdessen in Polizeistationen „Transferzentren“ einrichte. Es kämen ohnehin nur noch zwei bis fünf Flüchtlinge pro Tag über die Grenze. Dann erfolge eine fixe Prüfung und nach spätestens 48 Stunden seien sie wieder frei und würden in andere EU-Länder zurückgebracht“, beschrieb der Minister die Aufgabe und den Sinn der Zentren, die an drei ausgewählten Orten an der deutsch-österreichischen

Grenze eingerichtet werden sollten. Damit sei der von Seehofers Ministerium erarbeitete Masterplan, der in 63 Punkten gegen die Flüchtlingskrise angehen wollte, eigentlich obsolet.

Uneigentlich: Großer Bahnhof, großes Tamtam, große Pressekonferenz als Seehofer am Dienstag dieser Woche – also fünf Tage später – seinen viel diskutierten Masterplan dennoch der Öffentlichkeit präsentierte. „Das ist ja kein Masterplan der Koalition“, so der Innenminister, sondern ein Masterplan seines Hauses „unter seiner Verantwortung“. Und fügte hinzu: „Alles, was in der Umsetzung europäisch, mit den Ländern oder national durch den Bund erfolgt, wird hier dann nicht aufgenommen.“ Er lieferte denn auch das Erklärstück, warum ein veralteter Plan dennoch auf die politische Agenda gesetzt wird – oder aber eben nicht: Es sei nämlich

Horst Seehofer will den Bruch mit der Schwesterpartei CDU herbeiführen, um endlich in ganz Deutschland antreten zu können

viel zu kompliziert, den Plan ständig zu aktualisieren. Man werde auch in den nächsten Wochen, wenn es an die Umsetzung gehe, den Masterplan nicht mehr modifizieren. So findet sich noch darin: „Wir richten Transitzentren ein, aus denen die Asylbewerber direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden (Zurückweisung auf Grundlage einer Fiktion der Nichteinreise).“ Dies war der Stand des beschwerlich gefundenen Kompromisses zwischen CDU und CSU, nicht aber desjenigen, den der Koalitionsausschuss ausgehandelt hatte. Seehofers Erklärung: „Hätte ich diesen Punkt reingeschrieben, würde die SPD automatisch in Mithaftung genommen für alle anderen Punkte, die zum Stand 4.7. darin stehen. Und ich kann Ihnen beim besten Willen nicht sagen, ob alle anderen Teile von der SPD getragen werden.“ Und schob nach: „Ich betone ausdrücklich, es ist keine Provokation – aber

wenn Sie wollen, dann können Sie das auch so sehen.“ Karl Lauterbach, SPD, reagierte per *Twitter*: „Der Master of Disaster stellt seinen Masterplan vor. Wir nehmen das nur noch zur Kenntnis.“

Seehofer gibt den harten Mann, den Macker und den Macher. Er glaubt tatsächlich, dass er mit seinen Rücktritten und Rücktritten von Rücktritten Dinge in Bewegung gesetzt hat – und damit zur Lösung der Flüchtlingskrise beiträgt. Während seine Gegner ihm vorwerfen, im Berliner Kabinett Chaos gestiftet zu haben, habe er in der Asylpolitik für Ordnung gesorgt. Erst auf seinen Druck hin habe sich die Europäische Union zu schnellerem Handeln und Entschlüssen – in seinem Sinne – durchgerungen. Nun will Seehofer bis Ende des Monats Klarheit schaffen und bilaterale Verträge erzielen. Mit Italien, Griechenland, Spanien. Österreich hat ihn auflaufen lassen. Seehofer erwartet „schwierige Gespräche“.

„Die CSU könnte auf ihre eigenen Erfolge verweisen, etwa darauf, dass die Asylgesetze auf ihren Druck hin schon massiv verschärft wurden und eben keine Invasion Bayerns bevorsteht, sondern die Flüchtlingszahlen sinken“, kommentiert Lisa Schnell in der *Süddeutschen Zeitung*. „Sie könnte sich dazu entschließen, Zuversicht zu verbreiten.“ Doch bis jetzt steuere die Partei in die entgegengesetzte Richtung, indem sie die Sprache der AfD übernehme und Ängste schüre. „Das ist inhaltlich fatal, weil die CSU sich immer weiter von ihrem christlichen Kern entfernt – aber auch taktisch. Denn wer Angst hat, wählt oft radikal. Und damit die AfD.“

Das ist der persönliche Masterplan des Horst Seehofers. Er möchte die einzige Partei am rechten Rand des politischen Spektrums sein und damit die konservativen Wähler in Bayern, wenn nicht gar in ganz Deutschland in seiner CSU vereinen. Dazu möchte er den Bruch mit der Schwesterpartei CDU herbeiführen, um endlich in ganz Deutschland antreten zu können. Und dazu möchte er den Sturz Angela Merkels auslösen, um der AfD ihr wichtigstes Thema zu nehmen: „Merkel muss weg!“

Dabei übersieht Seehofer jedoch, dass „Merkel“ nur eine Chiffre für dasjenige politische System Deutschland ist, das die AfD gerne als „Altparteiherrschaft“ diskreditiert. Dazu gehören auch Horst Seehofer und die CSU. Denn würde in Berlin auch die Kanzlerin zurücktreten und einer Nachfolgerin, einem Nachfolger Platz machen, wird sich die Parole der Rechtspopulisten lediglich der Name ändern. Denn die AfD hat die Volten Seehofers vor allen Dingen als ihren Erfolg gekauft: „Wir haben Frau Merkel endlich dazu gebracht, was sie niemals tun wollte“, so Alice Weidel, Co-Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag. „Gäbe es die AfD nicht, hätte sich Seehofer in der Asylkrise nie so weit hinausgewagt und Frau Merkel zu diesen Schritten gezwungen.“ Allein weil die Union derart große Angst vor der AfD habe, sehe sie mittlerweile keinen anderen Weg mehr, als deren Forderungen umzusetzen. „Weitere Schritte werden dank der AfD folgen. Dabei ist es trauriger Hohn, dass es die AfD als Rechtsstaatspartei überhaupt braucht, damit geltendes Recht eingehalten wird.“ Wobei Weidel offen lässt, gegen welches Recht die Bundesregierung verstoßen haben soll.

Horst Seehofer glaubt derweil an seinen Masterplan. Demnach sollen Ankerzentren eingerichtet werden, in denen das gesamte Asylverfahren abgewickelt werden soll, wobei alle zuständigen Behörden und Gerichte dort vertreten wären. Sie finden wenig Unterstützung bei den Ländern. Der Heimatminister will auch das Weiterziehen der Migranten innerhalb der EU eindämmen. Dazu soll die Überstellung von Asylbewerber in andere EU-Staaten verstärkt werden. Dazu bedarf es bilateraler Abkommen. Die Außengrenzen der EU sollen besser geschützt werden. Aus dem Mittelmeer gerettete Migranten müssen dann zu sogenannten „Ausschiffungsplattformen“ in Nordafrika gebracht werden. Dort ist bis jetzt kein Land bereit, ein solches Zentrum auf seinem Staatsgebiet zu tolerieren. Wer es dennoch nach Europa schafft, wird dann in „kontrollierte Einrichtungen“ gebracht. Wie diese ausgestaltet werden, lässt Seehofers Masterplan offen.

La campagne anticorruption en Roumanie

L’héroïne préférée s’en va

Mirel Bran, Bucarest

Elle a la taille d’une joueuse de basketball et ne cache pas sa fierté d’avoir gagné le titre de vice-championne européenne à l’âge de 16 ans. Aujourd’hui, à 45 ans, Laura Codruta Kövesi est devenue l’héroïne préférée des Roumains. Mais ce n’est pas le basket qui a fait sa réputation. Elle est considérée par les Roumains championne de la lutte anticorruption. À la tête du Parquet national anticorruption (DNA) de Roumanie depuis 2013 cette femme à l’allure sportive a semé la panique dans la classe politique de son pays. « Le fait que des ministres et autres fonctionnaires publics ont fait l’objet de nos enquêtes et qu’ils ont été condamnés montre bien qu’en Roumanie nous sommes tous égaux devant la loi, peu importe la position sociale ou la richesse qu’on a accumulé », affirme-t-elle.

Mais la campagne anticorruption a subi un coup dur en Roumanie. Le 9 juillet le président de droite Klaus Iohannis a limogé la procureure en chef du DNA suite à un bras de fer avec la majorité parlementaire de gauche. Cette destitution fait suite à un arrêt de la Cour constitutionnelle rendu public le 31 mai. La haute instance juridique avait validé la décision du ministre de la Justice, Tudorel Toader, de destituer Mme Kovesi de la direction du DNA. Elle a été accusée d’abus de pouvoir et d’avoir nui à l’image de la Roumanie à l’étranger. Le chef de l’Etat a tenté de repousser l’arrêt de la Cour mais il a été menacé, lui aussi, d’être destitué de son poste par la majorité parlementaire. Lundi 9 juillet, le jour où sa destitution devait être annoncée publiquement, M. Iohannis a cédé face à l’arrêt de la Cour constitutionnelle et limogé la cerbère de la justice.

La Roumanie et la Bulgarie n’avaient pas pu adhérer à l’Union européenne (UE) en 2004 avec les dix autres pays de l’Europe centrale et orientale en raison de la corruption qui gangrénait les deux pays. En 2006, à l’âge de 33 ans, la jeune Laura Codruta Kovesi était nommée procureur de la République. Sa mission : démanteler les réseaux corrompus qui dévalisaient l’économie roumaine et paralysaient la classe politique. « Ma génération voulait changer les choses, explique la cheffe du DNA. La bataille la plus dure n’a pas concerné le changement des lois et des procédures, mais le changement des mentalités. »

Des milliers d’hommes politiques et hauts fonctionnaires – ministres, députés, sénateurs, maires, secrétaires d’Etat – se retrouvent derrière les barreaux

Aujourd’hui le décompte est impressionnant. Des milliers d’hommes politiques et hauts fonctionnaires – ministres, députés, sénateurs, maires, secrétaires d’Etat – se retrouvent désormais derrière les barreaux. Rien qu’en 2017 les procureurs anticorruption ont renvoyé devant les tribunaux un millier de personnes dont trois ministres, cinq députés et un sénateur. La tension entre les procureurs anticorruption et une partie de la classe politique est montée d’un cran en 2016 depuis la victoire aux élections législatives du Parti social-démocrate (PSD). Le 20 juin le chef de file de la gauche et président de la Chambre des députés, Liviu Dragnea, a été condamné à trois ans et demi de prison ferme pour abus de pouvoir. Il avait déjà été condamné en avril 2016 à deux ans de prison avec sursis pour fraude électorale. « Ce sont des condamnations politiques », déclare-t-il chaque fois qu’on lui rappelle les faits.

Depuis 2017 le PSD dirigé par Liviu Dragnea a essayé à plusieurs reprises de modifier les lois concernant la justice afin de blanchir son casier judiciaire, mais il s’est heurté à une vague de manifestations antigouvernementales. Lundi 18 juin

les sociaux-démocrates ont modifié le code pénal afin de tenter une fois de plus de sauver leur chef. « Des hommes politiques sont en train d’opérer brutalement des changements de la loi pénale, a déclaré Mme Kovesi dans son dernier discours tenu aussitôt après avoir été limogée par le président. Ils veulent protéger leur passé, leur présent et leur futur. Nous défendons la société d’infrauteurs dangereux. La volonté politique actuelle ne défend pas une justice indépendante mais essaie de bloquer nos enquêtes. »

La Commission européenne et l’ambassade américaine à Bucarest se sont aussitôt solidarisées avec les procureurs et appellent les autorités roumaines à respecter l’indépendance de la justice. « La lutte anticorruption et l’indépendance de la justice sont les fondements du mécanisme de coopération et de vérification (MCV), peut-on lire dans le communiqué de la Commission. La capacité du DNA d’avoir des résultats record dans la lutte anticorruption a été clairement soulignée dans les rapports MCV. Si ces résultats sont mis à l’épreuve la Commission pourrait réviser ses conclusions. »



Plus de profondeur

Découvrez le Lëtzebuenger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

.....

1:0

ticker

.....

Trost spenden



Der Mobilfunkanbieter Join Expérience und die Schwestergesellschaft Join Infrastructure, in die vor zwei Jahren die Rechnungsaktivität ausgelagert wurden, haben diesen Monat endlich ihre Bilanzen für die vergangenen zwei Jahre hinterlegt. Join Expérience schließt 2017 mit einem Verlust von 9,4 Millionen ab, Join Infrastructure mit einem Verlust von 2,7 Millionen Euro. Join Expérience schiebt 40,5 Millionen Euro Verluste vergangener Jahre vor sich her, Join Infrastructure 18,4 Millionen Euro. Join Expérience hat demnach negatives Firmenkapital in Höhe von 32,8 Millionen Euro angesammelt und außerdem 63,3 Millionen Euro Schulden. Join Infrastructure hat seinerseits negatives Firmenkapital von 20,8 Millionen bilanziert und 28,3 Millionen Euro Schulden. Angesichts dieser Finanzlage heißt es in den Bilanzen der beiden Firmen unter dem Titel „Going concern“: „The company has negative equity as well as negative working capital as of 31 December 2017. Management is currently assessing possible scenarios in order to strengthen the financial position of the company. In this context, the company has received a comfort letter from its parent company Post Capital SA as of April 2018 and consequently the financial statements as of 31 December 2017 have been prepared on a going concern basis.“ In der Bilanz der Post-Gruppe, die seit 2013 mit 50 Prozent an Join beteiligt war und ihren Anteil seither bereits auf 68,57 Prozent angehoben hatte, hatte das ehemalige Staatsunternehmen darüber informiert, dass man im Dezember 2017 eine Vereinbarung mit den anderen drei Aktionären Pascal Koster, Frank Fischer und Claude Lüscher unterzeichnet hatte, um deren Anteile für einen Euro zu übernehmen. Die Post, erklärten Generaldirektor Claude Strasser und Verwaltungsratspräsident

Serge Allegrezza bei der Vorstellung der Post-Ergebnisse im April, sei vor allem am wesentlich flexibleren Abrechnungssystem von Join interessiert. Strasser hatte Gerüchte, Join sei insolvent, energisch abgewiesen, mit dem Argument, wenn die Post Aktionär sei, könne von einer Insolvenz keine Rede sein. Unterzeichnet wurden „Comfort letters“, für die Join-Gesellschaften genau eine Woche vor dieser Aussage. [ms](#)

Salto mortale in Kirchberg

Die Europäische Zentralbank (EZB) verteidigte am Dienstag ihr Programm zum Ankauf von Staatsanleihen der Euro-Länder, im Zentralbanksprech auch *Quantative Easing* genannt, vor dem Europäischen Gerichtshof. Dorthin hatte sich das deutsche Verfassungsgerichts mit einem Fragenkatalog gewandt, da in Karlsruhe eine Klage von Euroskeptikern gegen das Programm anhängig ist. Darunter solche, die viel politisches Kapital aus ihrer EZB-Schelte geschlagen haben. Beispielsweise Bernd Lucke, der die Alternative für Deutschland (AfD) mitgründete und mittlerweile EU-Abgeordneter für die Liberal-konservativen Reformer (LKR) ist, der Unternehmer Heinrich Weiss, der die AfD finanziell unterstützte, oder auch Johann Heinrich von Stein, Wirtschaftsprofessor, und Peter Gauweiler, der es mit seiner EZB-Kritik bis zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der CSU schaffte. Sie sind der Meinung, dass EZB-Präsident Mario Draghi nicht befugt ist, „whatever it takes“ zu unternehmen, um den Euro zu retten, wie er das im Sommer 2012 angekündigt hatte. Dabei hatten Draghi und seine Mitarbeiter schon fast drei Jahre Vorbereitungszeit verstreichen lassen, bis sie im März 2015 endlich seine Drohung wahr machten, den Geldhahn aufzudrehen, indem sie Modalitäten für das Public sector purchase programme (PSPP) vorlegten, denen mit einiger Mühe auch die deutschen Vertreter zustimmten. Da sich das Mandat der EZB und dem System der ihr zugehörigen nationalen Zentralbanken (ESZB) auf die Gewährleistung der Preisstabilität beschränkt (bei einer Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent), sie laut Verträgen die Wirtschaftspolitik nur unterstützen; keine eigene Wirtschaftspolitik betreiben dürfen und schon gar keine Staatenfinanzierung, hatten sie

einige Kapriolen schlagen müssen, um die Bedingungen für den Aufkauf von Staatsanleihen in den engen Rahmen ihres geldpolitischen Auftrags zu zwingen. Die Kläger bemängeln, der EZB fehle es an demokratischer Legitimation, das PSPP „kollidiere mit dem Finanzierungsverbot“, lasse eine „rechtlich tragfähige Begründung vermissen“ und dass es „in Wirklichkeit darum [gehe], der EZB die Staatenfinanzierung auf Dauer zu ermöglichen“. Christoph Degenhart, der Anwalt von Heinrich Weiss, meinte am Dienstag in Kirchberg, das Programm begünstige „zwangsläufig hochverschuldete Staaten“ und „in Wirklichkeit geht es um Fiskalpolitik“. Eine der zentralen Fragen ist, ob über das Programm die Staats-schulden vergemeinschaftet werden oder nicht, etwa indem Verluste auf den Anleihen unter den nationalen Zentral-banken geteilt würden, und wenn die Zentralbanken aufgrund zu großer Verluste mit frischem Kapital ausgestattet werden müssten. Da das Volumen des Anleihekaufprogramms sich mittlerweile auf 2,6 Billionen Euro beläuft, plädierten am Dienstag nicht nur die Vertreter der EZB und der (ehemaligen) Euro-Krisenstaaten, das Programm sei rechtlich einwandfrei. Sondern sogar die Vertreter der deutschen Bundesregierung und der Bundesbank schlossen sich einer fragilen Allianz an, um die Krisenpolitik der EZB zu verteidigen. So fand Ulrich Soltézs, Anwalt der Bundesbank, zwar, das Mandat der EZB, die Wirtschaftspolitik zu unterstützen sei „eng auszulegen“ und Käufe von Staatsanleihen „sollten geldpolitischen Ausnahmesituationen vorbehalten sein“, aber das Programm schwäche weder die Anreize der Euroländer, solide Staatsfinanzen zu gewährleisten, noch sei der „Ausschluss der Verlustteilung“ in Gefahr, (das Programm sieht vor, dass sich die Zentralbanken höchstens zehn Prozent der Verluste auf Anleihen von internationalen Institutionen teilen, nicht die Verluste auf nationaler Anleihen) doch „Lockerungen [des Programms] scheinen weitgehend ausgeschöpft“. Ulrich Häde sagte für die deutsche Regierung, „dass dieser Beschluss und die Ausführungsmaßnahmen jedenfalls derzeit noch mit den Verträgen vereinbar sind.“ Er fand außerdem, das ESZB sei seiner Begründungspflicht „im Ergebnis ausreichend nachgekommen“ und stellte fest: „der bisher geltende

Verlustmechanismus sieht gerade keine unbegrenzte Umverteilung vor. Daher hält die Bundesregierung die bisherige Regelung mit Artikel 32.4 der ESZB-Satzung für vereinbar.“ Stundenlang dauerte die Verhandlung darüber, ob die EZB nun ihre Arbeit als Zentralbank für das gesamte Währungsgebiet machen darf oder nicht. Die Absurdität der Debatte hatte die französische Regierung in ihren Unterlagen gut zusammengefasst, indem sie bemerkte, aufgrund von „wirtschaftspolitischen Nebenwirkungen [ließe sich] nicht ausschließen, dass es sich um geldpolitische Maßnahmen handelt“. Dabei ist nicht ganz nachzuvollziehen, was die Kläger erreichen wollen, außer ihr eigenes Profil zu schärfen. Denn was sollte geschehen, wenn EuGH und Bundesverfassungsgericht ihnen Recht gäben? Müsste das ESZB die 2,6 Billionen Euro Anleihen wieder auf den Markt bringen? „Hiroshima und Nagasaki zusammen“ wäre das, so ein Bankier, gegenüber dem *Land* – alles nur, um zu verhindern, dass ein Grieche einen deutschen Euro bekommt... [ms](#)

CO₂-Ausgleich

Besonders stromintensive Luxemburger Industriebetriebe dürfen aus der Staatskasse einen Teil ihres Strompreises ausgeglichen erhalten. Dazu hat die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission die Genehmigung erteilt. Der Ausgleich ist Teil des europäischen CO₂-Emissionshandels und würde für „indirekte CO₂-Kosten“ gezahlt. Die entstehen, wenn Strom an den Energiebörsen eingekauft wird. Weil dieser Strom nach wie vor zum Teil aus fossilen Quellen stammt, müssen dessen Produzenten dafür CO₂-Quoten erwerben. Die Kosten legen sie auf den Strompreis um. Damit die Großverbraucher nicht zu weh tut, ist seit 2015 in der EU ein zeitlich begrenzter staatlicher Ausgleich gestattet. Luxemburg hat diese Möglichkeit bisher noch nicht genutzt. Nun können für die Jahre 2017 bis 2020 insgesamt bis zu 60 Millionen Euro an die Großverbraucher fließen. Da alle stromintensiven Luxemburger Industriebetriebe für ihre eigenen Aktivitäten ebenfalls CO₂-Quoten erwerben müssen, was auf Auktionen geschieht, deren Erlös in die Staatskasse fließt, entspricht der Ausgleich einer teilweisen Rückverteilung. Sie soll nach

für die Atomenergie. Das europäische Gericht erster Instanz hat die Klage Österreichs und Luxemburgs abgewiesen, mit der die beiden EU-Länder verhindern wollten, dass die britische Regierung den Bau eines neuen Atomkraftwerkes Hinkley Point C mit öffentlichen Geldern bezuschussen darf. Demnach gälten die EU-Staatsbeihilferegeln zwar auch im Bereich der Atomenergie, dabei müssten aber die Bestimmungen des Euroatom-Abkommens berücksichtigt werden. Großbritannien habe das Recht, die Weiterentwicklung der Atomenergie als öffentliches Interesse einzustufen, auch wenn diese Ansicht nicht alle Mitgliedstaaten teilen. Jeder Mitgliedstaat habe das Recht, seinen eigenen Energie-Mix zu bestimmen, und da es keine Versicherung gegen die Risiken im Zusammenhang mit Investitionen in die Nuklearenergie gebe, habe ein Land ebenfalls das Recht, mit Beihilfen einzuspringen. [ms](#)

EU-Lesart verhindern, dass es zu einem „carbon leakage“ kommt – und Industrien aus der EU in Länder abwandern, in denen die Klimaschutzvorschriften weniger streng sind. Wie hoch die Einnahmen des Luxemburger Staats aus der Quotenversteigerung an die Betriebe waren, war beim Wirtschaftsministerium nicht in Erfahrung zu bringen. 60 Millionen Euro Ausgleich über vier Jahre ist immerhin eine Stange Geld. [pf](#)

Gaston Reinesch



bleibt Präsident der Luxemburger Zentralbank (BCL). Der Regierungsrat hat vergangenen Freitag entschieden, sein Mandat mit Wirkung auf den 1. Januar 2019 zu verlängern. Der 60-jährige Reinesch ist erst der zweite Luxemburger Zentralbank-Präsident, nach Yves Mersch. Mischte sich Mersch gern in nationale Debatten ein, beispielsweise, indem er pikante Kommentare oder Stellungnahmen zu Themen wie der Indexregelung oder der öffentlichen Haushaltsführung, aber auch über die Bankenbranche abgab, hat sich die BCL unter Reinesch weitestgehend aus der öffentlichen Debatte zurückgezogen. So zurückhaltend und vorsichtig ist Reinesch, dass es in den vierteljährlichen *Bulletins* der BCL seit Jahren nicht einmal mehr ein Editorial gibt, das er mit seinem Namen unterschreiben würde. Pressekonferenzen hat er ganz abgeschafft, seit er nach einem Termin, bei dem er stundenlang redete, im Nachhinein alles für „off the record“ erklärte (was nicht alle Journalisten einhielten). Offensichtlich gefällt der Regierung, dass es kaum noch hörbare Kritik an ihrer Finanz- und Steuerpolitik gibt, sonst hätte sie kaum so kurz vor den Wahlen Reineschs Mandat verlängert. [ms](#)

Rifkin vorbereiten

Das Energieunternehmen Encevo übernimmt Paul Wagner & Fils,

führendes Unternehmen im Bereich der Gebäudetechnik. Die Firma soll ihren Namen behalten und die aktuelle Geschäftsführung sie auch in Zukunft leiten. Durch die Übernahme eröffnet sich Encevo ein drittes Geschäftsfeld im Bereich der Dienstleistungen, ein Schritt, der auch im Hinblick auf das Rifkin-Zeitalter zu sehen ist, wenn die Verbaucher ihren eigenen Strom herstellen sollen. Wie viel Encevo den Aktionären von Paul Wagner & Fils gezahlt hat, geht aus der Pressemitteilung nicht hervor. Die Firma hat 2017 einen Umsatz von 32,7 Millionen Euro und einen Gewinn von 2,7 Millionen Euro erzielt. [ms](#)

Die Banque internationale à Luxembourg ist in chinesischen Händen

A very big deal

Michèle Sinner

„Für die Kunden ändert sich nichts“, bemühte sich Verwaltungsratspräsident Luc Frieden am Mittwoch Ängste zu beschwichtigen. „Die Bil wird jetzt keine chinesische Bank.“ Vergangene Woche konnten die Banque internationale à Luxembourg und ihr neuer Mehrheitseigner, die chinesische Legend Holdings, nach zehn Monaten bekannt geben, dass die Europäische Zentralbank (EZB) und die CSSF den Aktionärswechsel nach zehn Monaten genehmigt haben. Demnach kauft Legend Holdings rund 90 Prozent der Bil-Anteile für 1,483 Milliarden Euro, ein Preis, demzufolge die Bank insgesamt 1,6 Milliarden Euro wert wäre und der den Verkäufern satte Gewinne beschert.

Denn Precision Capital, der Investment Fonds, der Mitgliedern der katarischen Herrscherfamilie gehört, stieg 2011 für im Endeffekt 648,7 Millionen Euro bei der Bil ein und verdient demnach 834,3 Millionen Euro am Verkauf, ein Gewinn, der, wie die Direktorin der Steuerverwaltung, Pascale Toussing, vergangenen Oktober der Finanz- und Wirtschaftscommission im Parlament erklärte, gemäß des Schachtelprinzips nicht besteuert würde (*d'Land*, 27.10.2017). Zählt man noch die Dividenden hinzu, die Bil in den vergangenen Jahren an Precision Capital auszahlte, 278,9 Millionen Euro Geschäftsjahr 2017 inklusive, hat die Familienholding an ihrer Bil-Beteiligung innerhalb von knapp sieben Jahren 1,113 Milliarden Euro verdient.

Dass die neuen chinesischen Aktionäre eine ähnliche Wertsteigerung erzielen, ist eher unwahrscheinlich. Wenn die Bil in den kommenden Jahren vergleichbare Gewinne erzielt und dem Mehrheitsaktionär Dividenden zahlt wie vergangenes Jahr (53,9 Millionen Euro), müssen die Chinesen ihre Beteiligung mindestens 27 Jahre halten, bis sie den Einkaufspreis wieder eingenommen haben. Da wundert es nicht, wenn Li Peng, der für Legend Holdings in den Bil-Verwaltungsrat einzieht, immer wieder betont, das Unternehmen engagiere sich langfristig.

Wieso Legend Holdings eine derart hohe Summe für eine Bank bezahlt, deren Kernmarkt das kleine Luxemburg ist, das Legend-Gründer Liu Chuanzhi bis vor kurzem auf keiner Landkarte lokalisieren konnte, und wo der Marktanteil der Bil nach Angaben des CEOs Hughes Delcourt je nach Segment zwischen zwölf und 25 Prozent beträgt, ist auch Branchenkennern nicht ganz klar. Denn obwohl Vertreter von Bil und Legend wiederholt unter-

Im Falle der Bil wird dem Technologie-Transfer zwischen Europa und Asien ebenfalls ein hoher Stellenwert beigemessen, allerdings in die umgekehrte Richtung

strichen, wie gut sich die Bank in den vergangenen Jahren entwickelt habe, ist das so eine Sache. Für vergangenes Jahr zum Beispiel meldete Bil einen Reingewinn nach Steuern von 117 Millionen Euro, ein Plus von 5,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Doch die Jahresergebnisse von 2017 stützen nur auf den ersten Blick die These, dass die Bank ihre Rentabilität rasant steigern würde. Denn das gute Nettoergebnis hat die Bil erreicht, indem sie auf ihrem Vorsteuerergebnis, das mit 136 Millionen Euro 13 Prozent unter dem von 2016 lag, alte Verluste geltend gemacht hat und so die Steuerlast auf 19 Millionen Euro gedrückt, beziehungsweise einen effektiven Steuersatz von 14,82 Prozent erreicht hat.

Von dem großen Jahresverlust von 1,9 Milliarden Euro 2011, den die Bil im Zuge der Zerschlagung von Dexia und dem Abzug des großen Wertpapierportfolios verbuchte, bleiben der Bil Ende 2017 noch rund 240 Millionen an Steuergutschriften, die sie in den kommenden Jahren nutzen kann. Außerdem wurde mit der Bil auch ihr Immobilienportfolio verkauft, wie Legend-Vertreter am Mittwoch bestätigten, wozu neben dem Firmensitz an der Route d'Esch beispielsweise auch noch fünf Bürogebäude in Esch Belval gehören. Das Investment Property Portfolio der Bank wurde von Immobilienexperten Ende 2017 auf 134 Millionen Euro geschätzt, der Wert der Immobilien, die die Bank für eigene Zwecke benutzt, ist in den Büchern mit 96 Millionen Euro eingetragen. Immobilienportfolio einerseits und Steuergutschriften wegen vergangener Verluste andererseits helfen hohen Kaufpreis

in Zeiten zu erklären, in denen sich um europäischen Bankwerte nicht gerade gerissen wird.

Doch Legend Holdings gelingt mit dem Kauf der Bil ein großer Coup, wodurch sie vielleicht gewillt war, einen Aufpreis zahlen: Bei der Bekanntgabe war es die bis dahin größte Beteiligung eines chinesischen Investors als Mehrheitseigner an einer europäischen Universalbank mit Schalterkundschaft. Die Übernahme ist nicht nur Legend Holdings eine große Sache, die mehr als ihren Jahresgewinn aus dem Vorjahr investiert. Sondern sie dürfte auch Signalwirkung in China selbst haben. Möglicherweise ist dies ein Ansporn für Legend, einen Erfolg aus der Beteiligung zu machen, um die europäischen Aufsichtsbehörden nicht zu verschrecken. Denn die Regierung in Peking hat in den vergangenen Jahren die Bremse eingelegt, was Auslandsinvestitionen chinesischer Konzerne angeht, die beispielsweise nicht in Immobilien und Sportvereine investieren dürfen. Doch Anlagen im Finanzbereich und solche, die den Aufbau der neuen Seidenstraße, der Belt and Road Initiative, unterstützen, also der Sicherung der Transportwege für Waren zwischen China und Europa. So gesehen, ist die Vorstellung der neuen Bil-Aktionäre, die parallel zum Aufmarsch einer 100-köpfigen chinesischen Handelsdelegation in der Handelskammer verlief, bei der ein neues Abkommen zwischen den Flughäfen Findel und Zhengzhou unterzeichnet wurde, symptomatisch für die aus Peking verordnete Außenhandelspolitik.

Dass es nicht immer ein gutes Ende nimmt, wenn ausländische Investoren bei Luxemburger Unternehmen einsteigen, zeigen die Erfahrungen mit Qatar Airways bei Cargolux. Doch die chinesischen Cargolux-Aktionäre von HNCA verhalten sich bisher sehr zurückhaltend, und auch bei der Bil ist man offensichtlich zuversichtlich, dass der Einstieg der chinesischen Aktionäre mehr Chancen als Risiken für die Bank birgt. Angesichts immer strenger regulatorischer Anforderungen an die europäischen Banken durch die Bankenunion – laut Luc Frieden wartet man derzeit auf Bestätigung, dass die Bil auch ohne Precision Capital mit der Filiale KBL in Zukunft eine direkt von der EZB beaufsichtigte signifikante Bank bleibt –, die höhere Kapitalanforderungen stellt, strenge Regeln zur Klassifikation notleidender Kredite und liquide Mittel im Rahmen der Resolutionspläne verlangt, sind künftige Kapitalerhöhungen nicht ausgeschlossen.

Li Peng beruhigte am Mittwoch, Legend Holding sei bereit, Kapital nachzuschießen, falls es aus aufsichtsrechtlichen Gründen erforderlich werde, oder um die Weiterentwicklung der Bank zu fördern und Investitionen zu finanzieren.

Denn sollte Legend in Zukunft weiter in die europäische Finanzbranche investieren, stellten die Vertreter der Holding am Mittwoch klar, würden solche Transaktionen künftig über die Bil abgewickelt. Die neuen Aktionäre versuchten auch sonst Vorbehalte auszuräumen, die in Europa gegenüber chinesischen Investitionen im Finanzbereich gelten. Gegenüber der EZB und der CSSF habe man im Rahmen des Genehmigungsprozesses versichert, die Bil solle kein „company financing“ für Legend machen, sondern ihren Geschäften nachgehen wie bisher und sich engagiert, die geltende Firmenstrategie zu respektieren. Diese kleine Bemerkung am Rande ist nicht unwichtig – in der EU ging in den vergangenen Jahren verstärkt die Sorge um, chinesische Firmen würden sich in Europa einkaufen, um deren Know-How und Technologie anzuzapfen, um danach billig in China zu produzieren. Die EU-Kommission hat daher eigens einen Vorschlag gemacht, um direkte Auslandsinvestitionen in europäische Firmen unter Aspekten der europäischen Sicherheit zu prüfen.

Im Falle der Bil wird dem Technologie-Transfer zwischen Europa und Asien ebenfalls ein hoher Stellenwert beigemessen, allerdings in die umgekehrte Richtung. Seit Jahren sucht die Bank nach Lösungen, um ihre IT auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Dass man sich von Legend Holdings, Muttergesellschaft des Computerherstellers Lenovo, die sich 2004 in IBM einkaufte, dabei Unterstützung erwartet, war einer von zwei Vorteilen der neuen Aktionärsstruktur, die Bil-CEO Hughes Delcourt am Mittwoch besonders hervorhob. Denn beim Umbau der IT hatte Precision Capital das Management bisher ausgebremst und bereits abgemachte Geschäftsvereinbarungen wieder abgesagt.

Dass der Einstieg beim Management für gute Laune sorgt, liegt allerdings auch daran, dass es sich vom neuen Eigentümer Unterstützung bei der Eroberung neuer Kundschaft fürs Private Banking in Asien erhofft. Delcourt schwärmte nicht nur davon, wie viele reiche und ultra-reiche Chinesen es mittlerweile gibt, sondern ließ durchblicken, dass man mit dem Management von Legend konkret eine potenzielle Kundschaft von chinesischen Un-

ternehmerfamilien identifiziert hat, denen man bei ihrer Expansion in Europa helfen möchte und deren Vermögen man verwalten will. Das ist wichtig, weil Precision Capital das unter CEO François Pauly gesteckte Ziel, in Asien zu wachsen für nichtig erklärt, die Filiale in Singapur auf Eis gelegt, den CEO ausgewechselt und die Strategie für die Vermögensverwaltung geografisch auf Osteuropa und den mittleren Osten beschränkt hatte. 2015 erklärte Delcourt dem *Land* dazu kurz nach Amtsantritt, der Bil fehle es in Asien an der kritischen Masse: „Ich bin überzeugt, dass man in Asien 20 Milliarden Kundenaktiva braucht, um eine Basis für eine gewisse Rentabilität zu haben und eine gewisse Qualität an Kundenservice gewährleisten zu können.“ Wie genau und über welche Firmeneinheiten der asiatische Markt demnächst in Angriff genommen werden soll, ist derzeit noch nicht festgelegt.

Legend Holdings hält aber seinerseits am aktuellen Management und an Verwaltungsratspräsident Luc Frieden fest, schickt lediglich zwei Vertreter in den Verwaltungsrat und hat dort ein unabhängiges Mitglied bestimmt. Die Bank solle unbedingt als unabhängige Einheit funktionieren, unterstrichen die Vertreter von Legend am Mittwoch, so mache man das auch mit anderen Beteiligungen, die man bis zum Börsengang gebracht habe. Für einen erneuten Börsengang der Bil gebe es derzeit keine konkreten Pläne, dass es in Zukunft dazu kommt, wollte aber auch niemand ausschließen. Legend Holding selbst ist an der Börse in Hongkong notiert, rund 16 Prozent der Aktien sind im freien Handel verfügbar. Rund 17 Prozent gehören den Beschäftigten der mittleren und oberen Gehaltsstufen, ein Drittel der Chinese Academy of Sciences, einer parastaatlichen Einrichtung, 16 Prozent der China Oceanwide Holdings, und 20 Prozent dem Aktienplan für Mitarbeiter Lian Chi Zhi Yuan.

Die Beteiligung der Mitarbeiter habe bei Legend bisher sehr gute Ergebnisse gebracht, erklärte Firmengründer Liu Chuanzhi, vielleicht könne man dies auch bei der Bil ins Auge fassen. Das ging Verwaltungsrat Luc Frieden alles ein bisschen zu schnell, der meinte: „Wir haben gerade erst die neuen Aktionäre begrüßt.“ Mit ihnen im Rücken, so Frieden, könne sich die Bank entwickeln und Zukäufe machen, weil die Bil für Legend eine strategische Investition darstelle. Woraus man schließen kann, dann man an der Route d'Esch nicht allzu traurig ist, von Precision Capital Abschied zu nehmen.



Unterzeichnung einer neuen Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen in Findel und Zhengzhou am Mittwoch in der Handelskammer (Mitte, oben), Legend-Gründer Liu Chuanzhi (Mitte, unten), dem die Chinese Academy of sciences 1984 umgerechnet 26 000 Euro Startkapital zur Verfügung stellte, um mit bescheidenen Mitteln eine Firma aufzubauen, wie er gerne erzählt, Infrastrukturminister François Bausch am Mittwoch in der Handelskammer (rechts)

Les méthodes de dénombrement en question



L'Allemagne figure parmi les plus vertueux avec seulement 3,7 pour cent de travailleurs pauvres, pas très loin de la Belgique (4,5 pour cent), mais bien mieux que le Luxembourg (7,6 pour cent), la France (7,1) ou la Suisse (7,1), des pays dotés d'un modèle social plutôt généreux et protecteur. Mais tout dépend de la méthode utilisée pour mesurer la pauvreté des travailleurs

Georges Canto

Au moment même où paraissent, comme c'est devenu la coutume depuis plusieurs années au début de l'été, de grandes études sur les *High Net Worth Individuals*, et où les magazines publient toutes sortes de palmarès et de classements des « riches », plusieurs documents bien moins médiatisés ont attiré l'attention sur un phénomène de plus en plus inquiétant : l'augmentation du nombre de « travailleurs pauvres » dans les pays développés.

Un travailleur est un actif occupé qui gagne moins de cinquante pour cent du revenu médian de son pays. Le 8 mai, l'Organisation de coopération et de

développement économiques (OCDE) a publié un graphique intitulé « Working, but still in poverty » qui montre l'ampleur du phénomène. Il s'agissait d'évaluer le pourcentage d'habitants vivant dans un ménage avec au moins une personne au travail, mais disposant néanmoins d'un revenu inférieur au seuil de pauvreté.

Pour les pays de l'OCDE, réputés les plus riches de la planète, la moyenne est de 8,2 pour cent, soit une personne sur onze ou douze, ce qui est déjà beaucoup. Mais elle est comprise entre douze et seize pour cent en Turquie, au Chili, au Mexique, en Israël

et au Japon, et en Europe l'Espagne, la Grèce et l'Italie sont aussi dans ce cas. Hors OCDE, les chiffres sont encore plus déprimants, avec seize pour cent de personnes concernées au Brésil, 18,5 pour cent en Inde et plus de 25 pour cent en Chine !

Ce graphique a soulevé une vive réaction dans plusieurs pays en raison de la place de l'Allemagne : ce pays figure parmi les plus vertueux avec seulement 3,7 pour cent de travailleurs pauvres, pas très loin de la Belgique (4,5 pour cent), mais bien mieux que le Luxembourg (7,6 pour cent), la France (7,1) ou la Suisse (7,1), des pays dotés d'un modèle social plutôt généreux et protecteur.

Une réaction d'autant plus compréhensible qu'à peu près au même moment, l'office statistique européen Eurostat indiquait que 9,5 pour cent des travailleurs allemands pouvaient être considérés comme pauvres en 2016, contre 7,9 pour cent des Français, ce qui correspond davantage au ressenti du public et à d'autres données qui montrent par exemple que de plus en plus de personnes en Allemagne sont contraintes d'exercer plusieurs emplois.

Selon Stefano Scarpetta, directeur de la division emploi à l'OCDE, les données ne mesurent pas exactement la même chose. Eurostat comptabilise les travailleurs pauvres individuellement, par rapport à l'ensemble des personnes en activité. L'OCDE prend en compte la composition du foyer, avec le nombre des adultes en emploi, et opère une pondération selon le nombre d'enfants, un critère qui pèse finalement assez lourd.

Si on revient au cas de la France et de l'Allemagne, on observe qu'il y a beaucoup plus de ménages allemands où les deux adultes travaillent (le taux d'emploi, c'est-à-dire la proportion de personnes disposant d'un emploi parmi celles en âge de travailler est de dix points supérieur à celui de la France, 75 pour cent contre 65, environ, et le taux de chômage est deux fois et demi plus faible), tandis que les Français ont davantage d'enfants (2,01 enfants par femme en France, contre 1,5 en Allemagne). Il y a donc en France plus de ménages avec un seul adulte au travail et avec deux ou trois enfants.

Selon Mathieu Plane, économiste à l'Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE) cette façon de mesurer la pauvreté est « assez atypique ». Un travailleur pauvre peut en effet vivre dans un ménage avec une autre personne qui perçoit un bon revenu. Dans ce cas-là, le ménage n'est pas compté comme un foyer en-dessous du seuil de pauvreté. Le choix de la méthodologie, qui n'est probablement pas dénué d'arrière-pensées, est donc crucial pour bien mesurer une tendance désormais répandue dans les pays développés, où se multiplient les emplois mal rémunérés.

Dans une autre étude, l'OCDE avait mesuré le pourcentage d'employés à plein temps gagnant moins des deux tiers du salaire horaire national brut médian. En 2016, la moyenne des pays membres de l'organisation était de seize pour cent environ, soit une personne sur six touchant un « bas salaire ». Mais dans onze pays, dont les États-Unis et le Canada, elle était nettement supérieure à vingt pour cent. Au Luxembourg elle s'établissait à 12,2 pour cent, tandis que la

Si la comparaison est souvent focalisée sur l'Allemagne et la France, c'est parce que ces deux pays ont fait des choix stratégiques opposés face à la croissance du chômage, surtout après la crise de 2008

France, l'Italie et la Belgique faisaient partie des six pays vertueux avec une proportion inférieure à dix pour cent. L'inquiétude vient du fait que les emplois « low cost » ne correspondent pas seulement à des postes de travail peu qualifiés, fréquents dans le tertiaire marchand par exemple. On les voit apparaître même dans des entreprises de haute technologie et à cet égard le monde des *start-ups* (voire certains membres éminents des Gafa) se fait régulièrement étriller sur les réseaux sociaux.

Si la comparaison est souvent focalisée sur l'Allemagne et la France, c'est parce que ces deux pays ont fait des choix stratégiques opposés face à la croissance du chômage, surtout après la crise de 2008.

L'Allemagne a fait le choix d'inclure un maximum de personnes dans l'emploi, quitte à ce que certains postes soient précaires. Pour encourager le retour à l'activité, certaines aides de l'État ont été conditionnées au fait d'avoir un emploi, à temps plein ou pas, bien rémunéré ou pas.

Cela se traduit aujourd'hui par une proportion élevée de salariés à temps partiel : 29,6 pour cent en 2017 selon Eurostat, un pourcentage qui monte

à 46,4 pour cent chez les femmes, soit pratiquement une sur deux.

Les réformes « Hartz », mises en œuvre dès 2003, ont favorisé le développement des mini-jobs, ces emplois offrant un faible nombre d'heures de travail hebdomadaires et peu rémunérés. Plus du tiers sont occupés par des femmes qui cherchent des revenus d'appoint, car pour celles qui sont mariées et mères de famille, il n'est souvent pas intéressant d'occuper un emploi à plein temps du fait de la fiscalité et des coûts élevés des solutions de garde d'enfants. Il ne s'agit donc pas, dans un nombre élevé de cas, de « temps partiel subi ».

La France a préféré jouer sur l'indemnisation, pour éviter aux chômeurs d'avoir à accepter n'importe quel emploi. Du coup seulement 18,1 pour cent des salariés sont à temps partiel, et 29,6 pour cent des femmes. Un choix qui s'est avéré pénalisant, avec davantage de personnes exclues du marché du travail (il est plus difficile d'y retrouver un emploi) et finalement une proportion plus élevée de ménages pauvres. Pour Stefano Scarpetta, il est plus facile d'être au-dessus du seuil de pauvreté avec, au sein d'un foyer, un temps plein et un temps partiel, qu'avec un temps plein et une personne qui ne travaille pas. D'autre part les « minima sociaux » accordés aux personnes sans travail, s'ils exercent un effet positif sur la consommation globale des ménages, peuvent aussi dissuader certaines personnes de reprendre un emploi mal payé, au risque, de surcroît, de perdre certains avantages.

La réduction du nombre de personnes confrontées au risque de pauvreté ou d'exclusion sociale est l'un des objectifs de la stratégie Europe 2020, mais les chiffres relatifs n'incitent pas à un grand optimisme. Selon Eurostat, la part des travailleurs pauvres en zone euro est passée de 7,3 pour cent en 2006 à 9,5 pour cent en 2016. L'amélioration de la conjoncture depuis deux ans laisse à penser qu'une réduction s'est produite depuis, insuffisante en tout état de cause pour éradiquer un sentiment de précarisation qui s'est manifesté dans les urnes un peu partout en Europe.



Chronique Internet

Redistribution des cartes dans le transport urbain

Jean Lasar

Les applications mobiles comme Uber et Lyft, qui se sont imposées comme acteurs du transport individuel urbain, sont engagées dans une course effrénée aux acquisitions pour se diversifier et ne rater sous aucun prétexte les mutations à venir. Avec l'avènement de nouveaux moyens de transport comme les scooters ou skate-boards électriques et les drones, conjugué à l'arrivée de l'intelligence artificielle, les frontières entre les mondes du transport de personnes et des services de livraison bougent. Google et Amazon sont également sur les rangs. Tous veulent se tailler une part de ce gâteau en pleine redéfinition.

Le plus grand concurrent américain de Uber, Lyft, a indiqué la semaine dernière avoir repris Motivate, la maison-mère de CitiBike et d'autres programmes de location de vélos aux États-Unis

Ainsi, Uber a annoncé il y a quelques jours avoir pris une participation dans Lime, une entreprise américaine en plein essor qui offre des trajets en scooter électrique. Le montant exact de l'investissement n'a pas été révélé, mais Lime a précisé qu'il s'agissait d'une participation « importante » dans le cadre d'une levée de fonds portant sur 335 millions de dollars, qui valorise la société à 1,1 milliard de dollars, et que les deux entreprises allaient collaborer. Uber, qui avait déjà surpris son monde il y a quelques mois en acquérant le fabricant de vélos électriques Jump, a de son côté annoncé vouloir intégrer l'option de déplacements en scooters de Lime dans son application. Uber a aussi frappé les esprits en annonçant récemment vouloir se positionner sur le marché des déplacements urbains en taxi aérien, en cherchant à imposer une norme partagée pour ce type d'engin.

Le plus grand concurrent américain de Uber, Lyft, n'est pas en reste : il a indiqué la semaine dernière avoir repris Motivate, la maison-mère de CitiBike et d'autres programmes de location de vélos aux États-Unis, une transaction estimée par la presse à 250 millions de dollars.

Google et sa maison-mère Alphabet misent sur la conduite autonome : la filiale Waymo, dont la presse spécialisée estime qu'elle a pris une longueur d'avance par rapport à ses principaux concurrents, Tesla notamment, à passé commande de quelque 62 000 véhicules destinés au déploiement de ce service à l'échelle commerciale. Souvent critiqué pour la façon dont il traite ses chauffeurs, qu'il s'obstine à considérer comme des entrepreneurs indépendants, Uber est lui aussi engagé dans des efforts pour les substituer par

des robots. Amazon a fait état de ses efforts pour repenser la livraison à domicile grâce à un recours massif aux drones qui seront déployés sur le dernier kilomètre.

De toutes ces stratégies qui en partie se recoupent et de l'autre témoignent de l'incertitude quant aux modalités de transport qui finiront par s'imposer, celle de Uber est peut-être, sous la férule de son nouveau CEO Dara Khosrowshahi, la plus diversifiée. En avril, la société avait annoncé s'étendre vers de nouveaux segments : à travers un partenariat avec Getaround, celui de la location de voitures, et par celui avec Masabi, celui de l'achat par les individus de titres de transport.

La mobilité de demain se redessine sous nos yeux, mais bien malin qui décrira avec précision quels modes s'imposeront. Les scooters électriques et engins apparentés, qui connaissent une croissance furieuse ces derniers temps grâce à leur coût, leur poids et leur encombrement réduits, semblent bien placés pour jouer un rôle non négligeable dans les modes de mobilité de ces prochaines années. L'absence de réglementation claire quant à leur usage – sont-ils appelés à circuler sur la route, les trottoirs, les voies cyclables, nécessitent-ils un permis ? – complique la tâche des stratèges des intervenants du secteur. Mais ce que l'incursion de Uber et Lyft dans les services de location de vélos et les scooters électriques démontre, c'est qu'ils s'attendent à une mobilité éminemment diversifiée, où le citoyen improvisera pratiquement à chaque instant son prochain déplacement, en fonction de ses envies et de considérations de coût, mais aussi des aléas de la circulation et de la météo.

Die kleine Zeitzeugin

Höhlen-Wunderkinder

Michèle Thoma

Früher nannte man so was Wunder. Wobei die wundersame Rettung in Thailand ja vor allem dem wunderbaren internationalen Zusammenspiel von Menschen mit unterschiedlichsten Kompetenzen zu verdanken ist. All den Menschenmöglichkeiten, die kompetent und weise eingesetzt wurden. Hochgerüstete Menschenwürmer wunden sich durch unterweltliche Finsternis. Es gibt ein Menschenopfer, archaische Bilder werden wach.

In den versteinerten Schoß von Mutter Erde dringt die Kamera. Lichtbilder, auf denen blasse, schmächtige Gestalten zu sehen sind, dringen ans Licht der Welt. Bilder, die in unserem kollektiven Gedächtnisalbum haften bleiben werden, ein Weilchen jedenfalls. Kinder im Dunkeln. Holt sie raus!, heult das Muttertier in so ziemlich jedem Menschen auf. Mit Sensationsgier hat das wenig zu tun. Hühnchen wollen sie essen, steht in den Zeitungen. Nach tagelangem „Hoffen und Bangen“, wie das in den Medien heißt, werden sie der steinernen Umklammerung entrisen. Schutzensengel operieren, geleiten durch Spalten und Schründe. Bilder aus dem Unterweltraum, Geburtsbilder, große, archaische Metaphern tauchen auf.

Dann ein Aufatmen im *World Wide Web*, eine Freude, die elementar und selbstverständlich ist. Mitten im Fußballwahn der WM mit seinem Starkult kursieren Fotos und Namen von Bürschchen des Fußballtrüppchens aus Thailand, Burschen, wie es sie überall gibt, Jungs, boys, auf den Fotos lachen sie oder schauen nachdenklich, selbstbewusst, schelmisch; wir lernen die bombastischen Thai-Namen kennen und erfahren die Spitznamen. Es gibt Dankbarkeit. Den Helden gegenüber, ja, Helden, was sonst? Dankbarkeit aber auch dafür, dass etwas sehr Kostbares, Prekäres wieder belebt wird. Der Glaube an oder eher das Wissen um das Gute im Menschen. Auch wenn es, klar, eine Show ist, die Welt glotzt. Aber diese Typen, die jeden Moment erbärmlich krepieren könnten, sind keine Exhibitionisten. Vermutlich nicht mal Desperados. Sie gehören übrigens jenem Geschlecht an, das in letzter Zeit vorwiegend als gleichermaßen bedrohliches wie bedrohtes Auslaufprojekt dargestellt wurde.

Ja, die Welt schaut zu. Das sagt man auch, wenn es um Syrien geht. Oder das Mittelmeer. Die Welt schaut zu. Oder weg. Was auf das gleiche hinaus läuft. Jetzt, bei dem Hype um die Thai-Buben wird es wieder gesagt. Und es werden Kinder mit Kindern verglichen, Kinder in Gefahr mit Kindern in Gefahr. Aufgetauchte mit Untergegangenen. Und die, die Freude empfinden, sollen sich schleunigst schämen, dass sie den Fernseher nicht mehr einschalten, wenn ganz am Ende der Nachrichten noch die Mittelmeertoten dran kommen.

Auch diese Bilder sind archaisch, große Oper, dramatisch die gespenstisch herum irrenden Schiffe mit ihrer menschlichen Fracht und Ohnmacht. Die Odysseen zwischen Skylla und Charybdis bieten unendlichen Stoff für Heldinnensagen. Der Stoff, aus dem das legendäre Europa gewebt, getextet ist. Auch hier gibt es Gute, als Gutmenschen geschmäht. Die zwar nicht ihr Leben riskieren, aber Reputation, Geld, und jetzt auch Freiheit.

Ja, warum klicken wir uns nicht jeden Tag durch die Liste toter Babys im Mare Nostrum, die es natürlich nicht gibt? Warum posten wir nicht Nachrufe an im brennenden Blau verschollene Jugendliche? Warum bringen „die Medien“ „es“ nicht mehr. Den Kindstod im Meer, überhaupt das Sterben im Meer. Als die Flucht noch spannend und neu war und noch nicht eine chronische Tragödie, hockten Journalist_innen in Kähnen und Gummibooten, embedded inmitten von Flüchtlingen. Ja, es ist wahr, wen interessieren noch diese Geschichten? Und wer legt sich noch mit un-rechten Regierungen an?

Ja, wir sind abgestumpft, das große Epos ist zur Alltagsgeschichte geworden, die keiner mehr hören will. Sie bietet kein schnelles Happy End. Das Boot ist voll, das ist das Leitwolfmotiv. Wer zu viel ist, geht über Bord. Die, die die Folgen tödlicher Politik zu lindern suchen, werden zu Verursacher_innen umgedeutet. Empathie ist einem Realismus genannten Überdross gewichen.

Es gibt kein Happy End wie jetzt in Thailand bei der Geschichte von den 12 Freunden. Hollywood wartet schon, aber wer braucht es noch? Hollywood war gerade. Es hat uns lächelnd entlassen.



Ein Schiff der irischen Marine rettet im Juni 2015 im Mittelmeer Flüchtlinge

Fußball-Weltmeisterschaft 2018

Europäer unter sich

Charles Wey

Fußball wird zwar weltweit gespielt, den WM-Pokal gewinnen am Ende jedoch stets Nationalmannschaften aus Europa oder Südamerika. In Russland stand mit Japan nur ein Vertreter aus Asien im Achtelfinale, während sich alle afrikanischen Teams schon nach der Vorrunde aus dem Turnier verabschieden mussten. Im Viertelfinale schieden mit Uruguay und Brasilien auch die letzten südamerikanischen Vertreter aus. So steht die Weltmeisterschaft 2018 ganz im Zeichen der Europäer. Diese Dominanz erklärt sich durch historische, kulturelle, wirtschaftliche, politische und strukturelle Entwicklungen.

Im Zuge des Kolonialismus wurde das Fußballspiel im 19. und 20. Jahrhundert weltweit verbreitet, allerdings in ganz unterschiedlichen Kontexten und Geschwindigkeiten. In Lateinamerika, wo der durch die Kolonisatoren verübte Genozid an der indigenen Bevölkerung und der europäische Imperialismus sowie die Massenmigration eine durch europäische Nachfahren dominierte Hegemonialgesellschaft hervorbrachten, wurde Fußball schnell adaptiert. Die Wahl Uruguays zum ersten Gastgeber einer WM-Endrunde 1930 beschleunigte diesen Prozess.

In Afrika dagegen hatten die Kolonialherrscher lange Zeit kaum Interesse, die entrechteten Bevölkerungen an der europäischen Kultur teilhaben zu lassen. Erst nach dem Ersten Weltkrieg unterstützen die französischen Kolonisatoren die Verbreitung des Fußballs auf dem Kontinent. Dementsprechend etablierte sich das Spiel in Afrika vergleichsweise spät und erst im Zuge der Unabhängigkeitsbewegungen mit zunehmender Intensität.

In Asien wiederum konnte der Fußball sich lange nicht wirklich durchsetzen. In Indien und Pakistan übernahm die Bevölkerung Cricket von den Kolonialherren. In China wurden Tischtennis und Federball populär, in Japan entwickelte sich der amerikanische Baseball zur dominanten Sportart. Mittlerweile hat sich Fußball aber auch in Asien als Massensport durchgesetzt.

Während in Europa und Lateinamerika die historische Entwicklung des Fußballspiels auch durch die früh gegründeten Landesverbände geprägt wurde, mussten sich die im Zuge der Dekolonialisierung gegründeten Nationalverbände in Asien und Afrika in ein bestehendes System integrieren und sich den Machtverhältnissen im Weltfußballverband Fifa anfangs unterordnen. So erklärt sich auch, dass die europäischen Verbände sich trotz ihrer numerischen Minderheit in der Fifa ihre überproportionale Repräsentation an den WM-Endrunden sichern konnten. In Russland stellt Europa 14 Teams und somit mit

Trotz ihrer numerischen Minderheit in der Fifa sind die europäischen Verbände in den WM-Endrunden überproportional vertreten

Abstand die meisten Teilnehmer. Afrika, Asien und Südamerika wurden von je fünf, Nord- und Mittelamerika von drei Mannschaften vertreten.

Die Verteilung der Startplätze, die über die wichtigen Kontinentalverbände, wie etwa die Uefa, abgewickelt wird, entspricht allerdings auch den sportlichen Kräfteverhältnissen im Weltfußball. Spieler mit internationalem Format kommen immer noch aus Europa und Lateinamerika. Zudem ist der Spitzenfußball auf Vereinsebene ausgesprochen eurozentrisch. Ein Spieler, der eine große Karriere anstrebt, muss zwangsläufig ein Engagement in einer der fünf stärksten Ligen in Europa zum Ziel haben. Die besten Fußballer der brasilianischen Seleção spielen ebenso für europäische Topvereine wie jene aus Senegal oder Japan. Entsprechend international zusammengesetzt sind denn auch die Kader von Topvereinen wie Paris Saint-Germain, FC Chelsea oder Inter Mailand. Während die WM von europäischen und südameri-

kanischen Nationalmannschaften dominiert wird, ist der europäische Fußball in hohem Maße globalisiert. Dies bezieht sich nicht ausschließlich auf die Herkunft der Spieler, sondern darüber hinaus auch auf die Besitzverhältnisse und die Tätigkeiten im Bereich Marketing und Sponsoring.

Besitzer von Paris Saint-Germain ist Qatar Sports Investments, die Investment-Sparte des Staatsfonds Qatar Investment Authority, zuständig für strategische und direkte Investitionen des Emirats Katar. Geopolitische und wirtschaftliche Interessen der katarischen Al-Thani-Dynastie ermöglichen es dem Pariser Verein, die besten Spieler aus Brasilien, Deutschland oder Uruguay zu verpflichten. Der FC Chelsea wiederum gehört dem russischen Unternehmer Roman Abramowitsch, der den Verein als eine Art persönliches Hobby leitet. Die Mailänder Traditionsklubs AC und Inter befinden sich im Besitz chinesischer Investoren, die über den Fußball einen Zugang zu den europäischen Märkten suchen. Seitdem europäische Fußballvereine zu beliebten Investitionsobjekten internationaler Geschäftsleute geworden sind, verfügen die Klubs über nie dagewesene finanzielle Ressourcen, von denen auch die nationalen Verbände direkt oder indirekt profitieren.

Der europäische Klubfußball hat sich im Zuge der neoliberalen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten zunehmend für ausländische Spieler und ausländisches Kapital geöffnet. Während sich die europäische Vereinslandschaft so sichtbar globalisiert hat, steht der Weltfußball mehr denn je im Zeichen der Dominanz und der Zentralität Europas.



Guillermo Subiabre bei seinem Siegestor für Chile gegen Frankreich bei der WM 1930 in Uruguay

Zu Gast

Verstärkung für den Samu

Carlo Feiereisen

Mit der Reform der Rettungsdienste wurde der Service d'aide médicale urgente, kurz Samu, in das neue Corps grand-ducal d'incendie et de secours (CGDIS) integriert. Grundsätzlich ändert sich an der Funktionsweise des Samu nichts. Dagegen ist eine Verbesserung bei der Erstversorgung der Patienten durch den allgemeinen Ambulanzdienst spürbar, seit dieser von professionellen Rettungsdienstlern unterstützt wird. In den vergangenen Jahren war es zu bestimmten Zeiten oft schwierig, genügend Freiwillige zu finden, um diesen Dienst zu gewährleisten. Ihrem außerordentlichen Verantwortungsgefühl und ihrer Hilfsbereitschaft ist es zu verdanken, dass der Notdienst bisher dennoch flächendeckend funktionierte. Die Verstärkung des Samu durch professionelle Rettungsdienstler bringt eine gewisse Erleichterung mit sich und nimmt ein wenig Druck von den Schultern der Freiwilligen.

Carlo Feiereisen ist Anästhesie-Krankenpfleger und kandidiert bei den Parlamentswahlen für die LSAP

In diesem Sinne ist die Initiative von Innenminister Dan Kersch, jährlich 50 angehende Berufsfeuerwehrleute zu rekrutieren, die gemeinsam eine solide, anerkannte Ausbildung erhalten werden, nur zu begrüßen. Damit wird endlich anerkannt, dass mit dem rapiden Bevölkerungswachstum in Luxemburg auch die Zahl und die Komplexität der Einsätze zunehmen, wogegen die Zahl der Freiwilligen zurückgeht.

Positiv zu bewerten ist sicher auch die Tatsache, dass die Reform die Freiwilligen weiterhin in den Mittelpunkt stellt. Die Aus- und Weiterbildung wird so gestaltet, dass die Freiwilligen nach ihren eigenen Verfügbarkeiten an den Schulungen teilnehmen können. Sie können sich hierfür auch zum Teil von der Arbeit freistellen lassen. Das Gesetz sieht darüber hinaus kleine Vergünstigungen vor, die Freiwillige als Dank und Anerkennung für ihr Engagement erhalten sollen.

All das hilft jedoch nur wenig, wenn die Wertschätzung dieser Arbeit nicht von der allgemeinen Bevölkerung getragen wird. Es ist eine traurige Tatsache, dass Rettungsdienstler immer häufiger zur Zielscheibe von Beschimpfungen und manchmal auch Gewalt werden, obwohl sie nur helfen wollen. Es ist zu hoffen, dass ein auf Initiative von LSAP-Minister Dan Kersch ausgearbeiteter Gesetzentwurf, der hohe

Strafen für diese Art von Verhalten vorsieht, schnell in Kraft tritt und Wirkung zeigt.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die neue Organisationsstruktur und die Aufstockung des Personals zu einer erhöhten Effizienz der Rettungsdienste führen werden. Es sollte besser möglich sein als bisher, flächendeckend innerhalb von kürzester Zeit einen Notarzt zum Einsatzort zu bringen.

Es ist wohl wahr, dass es momentan noch Diskussionen über die Verträge gibt, die zwischen dem CGDIS und den Krankenhäusern, beziehungsweise den Notärzten abgeschlossen werden sollen. Auch hatte der Staatsrat im Rahmen der Ausarbeitung des Gesetzes angemerkt, eine Struktur wie das CGDIS sollte eigentlich über eigene Notärzte verfügen. Der Gesetzgeber hat sich jedoch dafür entschieden, das bestehende System, das gut funktioniert, weitgehend beizubehalten. Dass es im Detail noch Klärungsbedarf und vereinzelt unterschiedliche Positionen gibt, ist nicht verwunderlich.

Ich habe jedoch keinen Zweifel daran, dass die Reform auch in diesem Punkt schnell umgesetzt werden kann. Am Ende haben alle Akteure dasselbe Ziel: einen verlässlichen ärztlichen Notfalldienst, der schnell zur Stelle ist und eine hochwertige medizinische Erstversorgung garantieren kann.

Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung sollten zum Wahlkampfthema werden

Dieses ganz spezielle Luxemburger System

Peter Feist

Wer meint, es herrsche wieder Frieden zwischen dem Ärzteverband AMMD auf der einen Seite und der CNS und LSAP-Sozialminister Romain Schneider auf der anderen, der irrt. Nachdem beide Seiten sich im Mai in der Krankenkassen-Quadripartite trafen, zog Ruhe ein. Vergangene Woche aber legte die AMMD-Spitze im Leitartikel der neuesten Ausgabe ihres Verbandsorgans *Le Corps médical* nach: Die Ärzte und Zahnärzte fänden sich im aktuellen Gesundheitssystem „nicht mehr wieder“. Die CNS als Finanzier schränke die Therapiefreiheit der Ärzte ein, indem sie nur bezahle, was sie für „nützlich und notwendig“ halte. Der Minister habe sogar durch eine Gesetzesänderung die Kontrollen verschärft, während Patienten, die sich das zu leisten vermögen, im Ausland nachfragen könnten, was sie wollen, und dafür zumindest den Luxemburger Kassentarif erstattet erhielten. So dass „zwei Welten“ sich gegenüberstünden: hier die medizinische Praxis, dort die Finanzierung der Medizin.

Am gestrigen Donnerstagvormittag reagierte die CNS zum ersten Mal nach den monatelangen Anschuldigungen der AMMD mit einer Presseerklärung. Die Behauptung, die Kasse bremse den medizinischen Fortschritt, sei falsch. Die Kontrollen seien weder übertrieben, noch missbräuchlich, sondern angebracht in einem öffentlich finanzierten System. Für Verbesserungen des Leistungsumfangs sei die CNS „immer offen“ gewesen, auch für die Anpassung der Gebührenordnung. Der Ärzteverband aber sei gar nicht gewillt, „konstruktiv und in Verhandlungen voranzukommen“, nicht einmal in „technischen Fragen“. Es scheine der AMMD mehr darum zu gehen, „die Debatte zu politisieren und dafür zu sorgen, dass dabei immer mehr auf dem Spiel steht“ – in der Hoffnung, dass die nächste Regierung eher geneigt sei, ihrem „Lobbying“ nachzugeben.

Bemerkenswert an der Erklärung der CNS ist nicht nur ihre Unverblümtheit. Sondern auch, dass sie von den Gewerkschafts- und den Unternehmervvertretern im Kassenvorstand verabschiedet wurde, wie einer Fußnote zum Text zu entnehmen ist. Demnach muss der CNS-Präsident als Staatsvertreter sich seiner Stimme enthalten haben, weil sein Minister die Erklärung nicht mittrug. Romain Schneider scheint es entweder vorzuziehen, den Konflikt auszusitzen, oder seine Partei nicht in Erklärungsnot bringen zu wollen, ehe der Wahlkampf voll eingesetzt hat.

Dass Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung zum Wahlkampfthema werden, ist allerdings wünschenswert – auch falls die Klagen des



Der medizinische Fortschritt ermöglicht, aber verlangt auch eine Dezentralisierung aus dem Klinikbereich in den ambulanten

Ärzteverbands weniger berechtigt sind, als er sagt. Denn die Frage stellt sich, wie das sehr spezielle Luxemburger System weiterentwickelt werden soll. Dass es eine einzige große Krankenversicherung gibt, in die quasi alle einzahlen müssen, die aber im Gegenzug im Schnitt 95 Prozent aller Kosten rückerstattet und jedem Versicherten die gleichen Leistungen garantiert, gibt es auf der Welt so schnell nicht noch mal. Dass sogar per Gesetz den Patienten die freie Arztwahl garantiert ist und den Medizinnern die Verschreibungsfreiheit, gibt es ebenfalls so schnell nicht noch mal. Die öffentliche Versorgung hierzulande ist nicht weit weg von dem, was anderswo nur die Privatmedizin bietet.

Doch im „besten System der Galaxis“, wie es der frühere LSAP-Minister Mars Di Bartolomeo gerne nannte, gibt es Widersprüche, für die unter anderem die Klagen der AMMD Ausdruck sind. Deshalb dürfen sie nicht ignoriert oder ausgesessen werden.

Eine Frage, die sich stellt, ist die nach der *Regulierung* dieses ziemlich einzigartigen Systems. Reguliert wird überall. Auch in den USA, wo die Versorgung eine weitgehend marktbasierter ist. Auch in Deutschland, wo ein „duales System“ aus öffentlicher und privater Krankenversicherung besteht und nicht nur eine Gebührenordnung für die Abrechnung mit den öffentlichen Kassen, sondern eine zweite für die Abrechnung mit Privatversicherungen. Kein Arzt kann dort aufschreiben, was er will.

Die Besonderheit in Luxemburg besteht aber darin, dass alle Ärzte automatisch und obligatorisch Kassenärzte sind, was unter anderem die Regulation erleichtern soll. Doch die allermeisten Mediziner sind Freiberufler, als Unternehmer sind sie logischerweise an Umsatz und Gewinn interessiert. Auch die allermeisten Krankenhausärzte sind Freiberufler, und wenn sie es nicht sind, wie im CHL, dann rechnen sie dennoch ihre Leistungen nach dem „Akt“ oder dem Prinzip *fee for service* ab.

Die Klagen der AMMD drücken Widersprüche aus, die sich aus der liberalen Medizin in einem sozialistisch ausgestatteten System ergeben

Das hat verschiedene Konsequenzen. Etwa die, dass die AMMD als Berufsverband im Grunde immer Grund zur Klage haben kann, dass das System den Ärzten nicht genug Einkünfte biete. Andererseits, und dass ist für die Patienten entscheidender, honoriert das Akte-Prinzip den Arzt als den

alleinigen Vertragspartner seines „Kunden“ Patient – dagegen so gut wie nicht als Teamarbeiter oder als Dienstleister an der öffentlichen Gesundheit über den bloßen Akt hinaus. Vor allem im Krankenhaus setzt dieses System falsche Anreize zum Geldverdienen und kann die Kosten für die Spitäler in die Höhe treiben: Denn es ist der Arzt, der verschreibt. Dabei aber besteht die Gefahr, dass das „beste System der Galaxis“ finanziell aus den Fugen gerät – falls nicht weiterhin viele junge Grenzpendler wesentlich mehr Kassenbeiträge zahlen, als an Rückerstattungen für sie fällig wird. Oder anlässlich der nächsten Wirtschaftskrise.

Apropos Spitäler: Viel zu viel an Versorgung werde ihnen übertragen, die Notafnahmen seien überfüllt, die IRM-Apparate mehr als ausgelastet und ein „virage ambulatoire“ müsse her, heißt es immer wieder. Die CSV-Fraktion meinte während der Debatten zum neuen Krankenhausgesetz und dem neuen Spitalplan, ein „Gesundheitsplan“ müsse her, der über das Klinikwesen hinausreichte. Zu den Besonderheiten des Luxemburger Systems zählt aber, dass es die nicht festangestellten Ärzte – und das sind die meisten – an die Krankenhäuser zu binden und damit eine Krankenhausversorgung sicherzustellen versucht, indem diesen Ärzten die schwere Krankenhaustechnik kostenlos zur Verfügung gestellt wird und das Pflegepersonal obendrein. Selbstverständlich ist das nicht: In Belgien, wo in den Kliniken ebenfalls viele freiberufliche Belegärzte tätig sind, geben diese 30 bis 60 Prozent ihrer Honorar Masse an ihre Klinik ab. Für Luxemburg heißt das: Die Versorgung von den Spitälern weg zu dezentralisieren, hätte komplexe Auswirkungen. Gäbe es dann zum Beispiel in allen Spitälern genug Ärzte der verschiedenen Fachrichtungen, um nicht nur einen reibungslosen Betrieb, sondern auch Bereitschaftsdienste zu garantieren?

Doch wenn der medizinische Fortschritt weitergeht, bis hin zur „personalisierten Medizin“, und wenn gleichzeitig die Einwohnerzahl im Land immer weiter wächst, dann kann der Frage, „wer macht was wo?“ nicht ausgewichen, dann muss die Versorgung dezentralisierter werden. Aller Erfahrung nach aber löst jedes neue Angebot eine hohe Nachfrage aus – was im ambulanten Bereich die Regulierung schwieriger macht als im stationären. Wie diese sehr spezielle „Staatsmedizin“, die in Wirklichkeit keine ist, weiter ausgestaltet werden soll, ist deshalb eine Frage, die in diesen Wahlkampf gehört. Andernfalls könnte es eines vielleicht nicht allzu fernen Tages eine staatlich garantierte Grundversorgung geben, zu der man sich privat hinzukaufen muss, was nötig ist.

Zu den neuesten Zahlen des Groupement pétrolier luxembourgeois

Der Tanktourismus lebt. Und wie!

Michel Cames

Die jährlich vorgestellte Umsatzbilanz des Groupement pétrolier hatte in den letzten Jahren etwas Gewohntes an sich. Die Kerosin-Verkäufe gingen durch den gestiegenen Flugbetrieb am Findel kontinuierlich in die Höhe. Der Umsatz an den Tankstellen dagegen konnte, wenn auch nicht den Tankstellenbetreibern, so doch der mit Klimaschutzziele geplagten Luxemburger Regierung Entlastung verschaffen. Seit 2012 gingen die Spritverkäufe gemächlich zurück, und man konnte gar hoffen, die EU-Vorgabe noch einzuhalten und die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gegenüber 2005 zu senken.

Ob das nun noch möglich ist, ist höchst fraglich. Letztes Jahr gingen die Verkäufe an Benzin und Diesel nämlich wieder um 3,6 Prozent in die Höhe. Das Groupement pétrolier führt diese Trendwende nichtssagend auf eine „gute Konjunktur“ zurück. Die Ursachenforschung scheint eher in den Hintergrund zu treten. Dabei ist es offensichtlich, weshalb die Verkäufe von Diesel und Benzin zunehmen.

Der Zuwachs um 4,1 Prozent bei Benzin ist leicht zu begründen. Bedingt durch den Dieselskandal haben viele Autofahrer auf Benzinmodelle umgesattelt. Ihr Anteil an den PKW-Zulassungen stieg stark an, während der Dieselanteil letztes Jahr hierzulande auf 53,9 Prozent sank, in Frankreich und Belgien auf 47,3 beziehungsweise 46,3 Prozent und in Deutschland gar auf 38,8 Prozent. Umso schwerer einsichtig ist auf den ersten Blick der Zuwachs um 3,5 Prozent oder 57 500 Tonnen bei den Dieselspritverkäufen, was fast der fünffachen Menge des Zuwachses bei Benzin entspricht. Wohl ist es der Schwerlastverkehr, auf den der Löwenanteil des Dieselumsatzes entfällt, doch kann hier die Trendwende von einer fallenden hin zu einer gestiegenen Nachfrage nur an veränderten Marktbedingungen festgemacht werden.

Belgien und Frankreich schaffen den Akzisenbonus auf Diesel schrittweise ab. Luxemburg unternimmt nichts

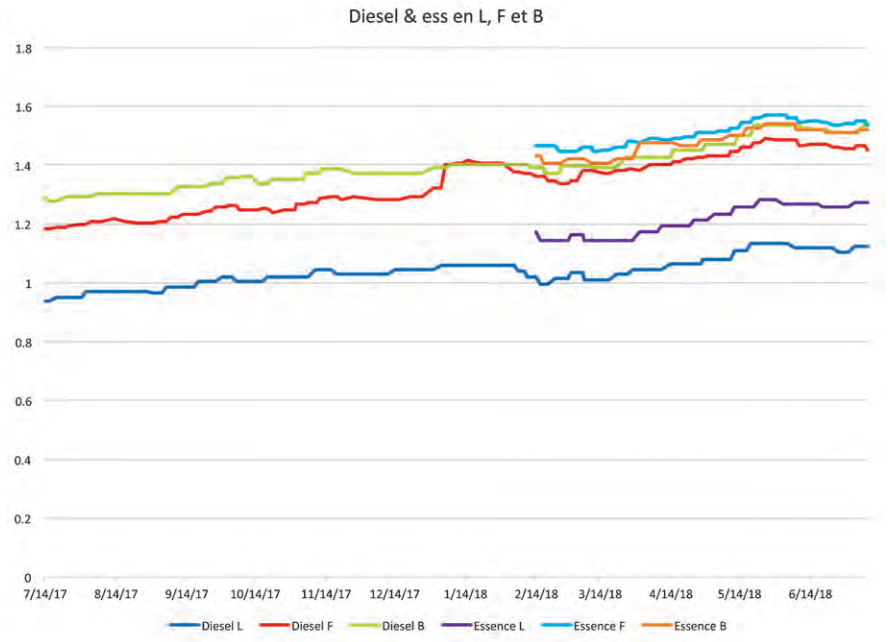
Und die sind rasch ausgemacht. Unseren beiden frankophonen Nachbarländer, die wie Luxemburg mit einem hohen Dieselflottenanteil im Fuhrpark und den daraus resultierenden Luftverschmutzungsproblemen geplagt sind, haben den Akzisenbonus auf Dieselskraftstoff schrittweise herabgesetzt, um ihn schließlich ganz abzuschaffen. An belgischen Tankstellen ist der Liter Diesel schon derzeit zwei Cent teurer als Benzin. Erreicht wurde das mit einem dieses Jahr bereits sechs Mal angewandten „Ratschensystem“ (*système cliquet*): Es sieht eine Erhöhung der Akzisen vor, falls der Marktpreis sinkt. Dabei wird der Preisrückgang bei sich verbilligender Marktlage begrenzt, so dass der Steueraufschlag nicht unmittelbar beim Verbraucher ankommt. In Frankreich ist Benzin zwar noch bis zu zehn Cent pro Liter teurer als Diesel, doch soll auch dort bis zur gänzlichen Steuerneutralität unter den Kraftstoffen jeden ersten Januar die Steuerschraube auf Diesel um einen Cent angezogen und bei Benzin um einen Cent gelockert werden.

Diese veränderte Marktlage vergrößert augenfällig die Anziehungskraft des Luxemburger Treibstoffexportgeschäfts und erfreut die hiesigen Tankstellenbetreiber wie den Finanzminister, der sich über zusätzliche Akziseinnahmen freuen darf. Dass die höheren Verkaufszahlen diametral den Aussagen der so genannten Tanktourismusstudie widersprechen, wird billigend in Kauf genommen, zumal die Regierung angekündigt hat, in der Angelegenheit bis zum Ende der Legislaturperiode nichts mehr zu unternehmen. Die Attraktivität des in Luxemburg um 15 Cents pro Liter staatlich verbilligten Dieseltreibstoffs wird künftig sogar noch durch weitere, der Luftqualität geschuldete Steueranpassungen im Ausland gesteigert.

Dabei gibt es durchaus andere Systemblockaden im hiesigen Transport- und Umweltbereich. Gerade in Luxemburg mit seinem hohen Verkehrs- und Stauaufkommen verschläft man es, das zu lasche, nicht selektive Eurovignetten-Mautsystem für Lastkraftwagen durch geeignetere Systeme zu ersetzen. In Belgien dagegen wurde ein nach der Abgasnorm gestaffeltes System eingeführt, wodurch binnen eines Jahres der Anteil der viel saubereren Euro-VI-Lastwagen auf belgischen Autobahnen um fast 50 Prozent wuchs. In Deutschland wurde gerade die Mautpflicht auf das Bundesstraßennetz ausgedehnt, was deutliche Anreize auf Verkehrsverlagerungen setzt. Doch auch wenn in

Luxemburg zurzeit die Maxime des „ökologischen Wachstums“ in aller Munde ist, so wird sich dennoch aus Rücksicht auf Nischensektoren wie Treibstoffexport und Schwerlastgewerbe nicht an maßgebliche Stellschrauben herangewagt.

So dürfen sich denn weiterhin nicht nur die Autofahrer der Nachbarregionen freuen über die hiesigen Spritpreise, auch wenn man in weiter entfernten Hauptstädten sich mit Gewissheit seine Gedanken macht, wie man fortan der Luxemburger Nischenpolitik begegnen sollte. Man sollte also nicht zu lange abwarten.



In Frankreich und Belgien kovergieren Diesel- und Benzinpreis. Daten laut Groupement pétrolier und *carbu.com*. Preise inklusive Mehrwertsteuer



On pourra y aller en vélo, ce dimanche, 15 juillet, parce que le *Summerdag vun der Literatur* du Centre national de littérature de Mersch se déroulera en parallèle au *Alles op de Velo am Mamerdall*, pour lequel la route reliant Mersch à Mamer est fermée au trafic routier. Et, promet le communiqué du CNL, ce sera terminé avant la finale de la Coupe du monde de football de dimanche soir, qui verra s'affronter la France et la Croatie. Entre 11 et 17 heures, le parc bucolique de la maison Servais offrira un cadre agréable pour écouter Susanne Jaspers, Maryse Krier, Marc Graas, Henri Losch, Carla Lucarelli et Jérôme Netgen lire des extraits de leurs nouveaux livres, puis être interviewés sur place par des critiques littéraires et animateurs de *RTL*, de *100,7* ou du *Tageblatt*. La librairie Ernster offrira les livres en question à la vente, et bien sûr, *fir lessen a Gedréns ass gesuergt*. jh

Politique



Of Mice and men

Parce que le Luxembourg mise désormais sur le tourisme de conférences (secteur Mice), le Service des sites et monuments vient de réaménager le deuxième étage du Château de Bourglinster en centre de conférences haut de gamme. Réalisés dans le plus grand respect du patrimoine bâti – remontant au XII^e siècle, la château est en possession de l'État depuis 1968 –, les travaux ont été accompagnés par des designers et artistes luxembourgeois, qui ont fourni un mobilier élégant et moderne à la fois : comptoir d'accueil par Norbert Brakonier, fauteuils colorés par Olaf Recht, grande peinture paysagère par Chantal Maquet et surtout luminaires et tables créés sur mesure par Georges Zigrand : un pied en bois de hêtre surmonté de lumières LED modulables ou des tables avec socle en pierre de Erzen (photos : GZ). Le chantier aura coûté 1,5 million d'euros (!), le centre pourra accueillir 80 personnes et il sera inauguré jeudi prochain, 19 juillet. jh

Politique



Enfin un cadré légal

Il aura fallu toute une législature au DP pour faire passer la loi sur l'archivage, mais rétrospectivement, ce sera peut-être son plus grand achèvement en matière culturelle. Ce mardi, 57 députés sur soixante (l'ADR s'étant abstenu) ont adopté la première loi qui dresse enfin un cadre à l'archivage des documents publics au Luxembourg, mais aussi le traitement de ces archives par les ministères et les Archives nationales. Qui auront d'urgence besoin de ce nouveau bâtiment promis depuis deux décennies, soulignèrent les orateurs mardi. La loi fixe les procédures pour savoir quels documents garder et comment, imposant toutefois une très longue période d'un siècle de secret pour les documents fiscaux et excluant les communes des obligations légales. jh



Est-ce bien un plan ?

C'est un grand « oui mais... » que poussent les associations Forum Culture(s), Alta (les techniciens), Actors (les acteurs) et Aspro (les indépendants du spectacle vivant) dans un communiqué commun prenant position par rapport au *Plan de développement culturel* présenté le 29 juin par Guy Arendt (DP) et Jo Kox. Oui, disent-ils, c'est un « travail de fond, bien structuré et plein d'ambitions ». Mais quelle est sa légitimité politique ? Et « à quand l'action » ? demandent les acteurs culturels, qui promettent qu'ils vont s'investir dans le processus participatif pour compléter le plan, processus qui s'étend jusqu'à la fin du mois. Ils aimeraient surtout que soient pris au sérieux leurs soucis quant au statut matériel et social des artistes, auxquels le plan ne donne pas de réponse concrète. jh

Politique



L'incroyable remonarchisation via le culture

Le week-end dernier avait lieu le vernissage du pavillon luxembourgeois aux Rencontres photographiques d'Arles, organisé pour la deuxième fois consécutive par l'asbl présidée par Florence Reckinger LëtZArles – et toute la scène politico-artistique nationale y accourut pour célébrer ce succès de *nation branding* avec *Mettwurst* et moutarde luxembourgeoises. Et surtout avec le couple grand-ducal héritier Guillaume et Stéphanie (sur la photo de David Nivière avec le secrétaire d'État à la Culture Guy Arendt, DP, et les artistes Laurianne Bixhain et Pasha Rafiy). Même la réputée sérieuse *Radio 100,7* s'intéressa dans son reportage sur l'événement à la manière dont la princesse avait ressenti le match de foot entre le Brésil et son pays natal, la Belgique. Ce lundi avait lieu une *Artists' Party* au Mudam, avec là aussi force saucisses grillées, et toute la scène artistique, même ceux qui aiment à s'afficher d'extrême-gauche, fit courbette devant le couple grand-ducal héritier, les photos officielles sont assez parlantes. Deux semaines plus tôt, d'autres artistes et intellectuels accoururent au château de Colmar-Berg pour eux aussi faire révérence cette fois au monarque et à son épouse. Avec vue sur son CDI de dans quelques années – le grand-duc Henri aura 65 ans l'année prochaine – le couple grand-ducal héritier a bien compris que la culture est un excellent moyen pour générer des sympathies. En règle générale, la scène artistique autochtone se sent tellement mal aimée que la moindre attention publique, a fortiori si noble et précieuse, la fait tomber en pâmoison. Elle s'affiche donc volontiers en si illustre compagnie, le tout « aux frais de la princesse » – qui sont en réalité les frais du contribuable. L'État débourse 7,1 millions d'euros pour le Mudam (dont Xavier Bettel a confié la présidence à la princesse), 10,7 millions pour la Maison du grand-duc (dont 160 206 euros de frais de représentation du couple héritier) et 276 000 euros pour le pavillon à Arles. Tout se passe comme si, bien que le gouvernement Bettel/Schneider/Braz ait voulu dépoussiérer les institutions, la monarchie n'en faisait pas partie. Au contraire, on assiste à une véritable remonarchisation. C'était Jean-Claude Juncker, CSV, qui avait réduit les pouvoirs du grand-duc. jh



Politique



Musek op Lëtzebuergesch

Du peu d'éléments que le DP a publiés de son programme électoral lors de son congrès dimanche dernier, la culture est la plus déconcertante. Premièrement, parce que, pour les libéraux, la culture semble se réduire principalement à la langue (qu'il faut soutenir et choyer) et à la musique. Deuxièmement, parce que l'accès à l'apprentissage de cette musique devra être... gratuit. La promesse de la gratuité de l'enseignement musical constitue ainsi un revirement aussi spectaculaire que celle du transport public gratuit (voir p. 2-3). Parce que, bien sûr, il n'y a pas plus d'enseignement gratuit qu'il n'y a de diner gratuit. Ce que promet donc le DP, afin, comme il l'affirme, d'encourager la cohésion sociale, ce serait que la main publique garantisse le financement entier de cet enseignement, que ce soit l'État ou les communes. Aujourd'hui, le Commissariat à l'enseignement musical a un budget de quinze millions d'euros, soit dix pour cent du budget du ministère. Et la Ville de Luxembourg à elle seule dépense plus de 22 millions d'euros pour son Conservatoire, le plus grand du pays. Dans l'histoire récente de la politique culturelle, les querelles Ville-État sur le financement de cette infrastructures furent épiques. jh

Politique



Musée de l'Europe

Le vent semble avoir (encore une fois) tourné pour le bâtiment Schuman, place de l'Europe, le deuxième à avoir été construit sur le plateau du Kirchberg, dessiné par le Luxembourgeois Laurent Schmit et inauguré en 1973 (voir *d'Land* du 15.12.17). Il devait accueillir les services ainsi que les réunions plénières du Parlement européen, mais, suite aux élargissements successifs, s'avéra trop petit dès la fin des années 1970. Depuis, le bâtiment aux allures structuralistes, toujours occupé par les services du Parlement (mais dont la salle plénière est abandonnée ; photo : pg), est le mal aimé du Kirchberg. Les architectes Bolles & Wilson avaient, il y a quinze ans, voulu l'intégrer dans leur premier projet pour la Bibliothèque nationale. Et en décembre dernier, la commission du Développement durable de la Chambre des députés proposa de simplement démolir le bâtiment Schuman, une fois le nouvel immeuble du PE terminé. Lundi, le ministre du Développement durable et des Infrastructures François Bausch (Déi Gréng) confirma pourtant, lors de la conférence de presse de bilan du Fonds Kirchberg (voir p.5), qu'un concours d'architecture pour une nouvelle construction sur le site sera organisé, qui imposera la préservation et l'intégration de la salle plénière historique en vue d'y installer un « musée de l'Europe ». jh



Exposition

Le mythe de l'artiste complet

josée hansen

Davantage que d'un déficit de financement public ou de support étatique à l'export, qui sont régulièrement stigmatisés comme les grands maux de la scène culturelle autochtone, elle souffre d'un manque de confrontations, de mise en perspective et de mémoire. Ainsi, il demeure assez incroyable que les différentes disciplines artistiques et les institutions publiques et parapubliques qui les défendent soient si hermétiquement cloisonnées que le moindre regard jeté vers le voisin, le moindre croisement entre arts visuels et littérature, arts du spectacle et musique ou entre cinéma et arts vivants doivent immédiatement être soulignés – voire, souvent aussi, comme le prouve la tentative d'associer le cinéma au stand luxembourgeois à la foire du livre de Francfort cet automne, ressenti comme un blasphème impardonnable. Que donc Claude D. Conter, le très dynamique directeur du Centre national de littérature (CNL) à Mersch, et Myriam Sunnen, collaboratrice scientifique du CNL, continuent leurs explorations des lisières entre littérature et arts visuels, avec *Texte & image. Dialog/ues*, vaut donc déjà d'être salué pour son approche holistique. L'exposition s'inscrit dans la lignée de celles dédies, par exemple, à Jean Delvaux, Anne Weyer ou

Robert Brandy, mais surtout, celle consacrée à Roger Manderscheid (2009), qui fut un phénomène non seulement par sa précision et son humour en tant qu'auteur, mais aussi sa dextérité de dessinateur ou sa curiosité de cinéaste (génération *Consdorfer Scheier*). Mais cette exposition-ci, qui s'est ouverte fin juin et dure presque un an, manque de cohérence et de fil rouge. Claude Conter aime à considérer ses expositions comme des déclarations d'intention en direction des auteurs, des pouvoirs publics ou des héritiers détenteurs d'un fonds à valeur patrimoniale, mais ici, les ficelles sont un peu grosses. Alors l'exposition et le catalogue s'éparpillent dans trop de directions, en montrant huit positions très différentes dans cinq salles thématiques (que des hommes, il faut le faire en 2018, soit dit en passant). Où on découvre certes des choses, mais où on se demande aussi quel est le lien entre les différentes salles, à l'exception du mélange des disciplines ?

Alors il y a des découvertes, comme, dans la dernière salle, où sont montrés très discrètement (mais beaucoup plus compréhensibles dans le catalogue), ces dessins du poète Jean-Paul Jacobs (1941-2016) que

Trop fragmentaire par ses choix arbitraires, l'exposition *Dialog/ues* du CNL pêche par son absence de mise en perspective

les chercheurs du CNL ont eu la surprise de découvrir en cataloguant le fonds qui leur a été transmis et que seuls quelques très proches amis connaissaient. Au trait léger, parfois hésitant, parfois épigonal (ce minotaure érotique de 1975 n'est pas sans rappeler Picasso), souvent aussi ironiques que ses poésies, ils racontent une quête de dire le monde, intime souvent, mais aussi les peurs et les égarements de l'auteur.

Il y a des rappels aussi, comme une salle en hommage au dessinateur François Didier (1931-2016), qui signa Diti et illustra longtemps les *Cahiers luxembourgeois* (ses portraits de Nic Weber sont désopilants) ou des livres de ses amis (Josy Braun, Jhemp Hoscheit ou Jacques Wirion), notamment ceux parus chez Phi. Il chercha la réduction maximale des moyens et ce n'est pas un hasard que Carlo Schmitz, qui le considère comme son mentor et ami, lui rende hommage dans l'exposition et dans le catalogue, tellement leurs styles se ressemblent. *Kritik Kritik Kritik Kritik !* semble crier cet homme cassant un stylo (1988) affiché en grand dans l'entrée de la salle, le dessin symbolisant son engagement pour la liberté d'expression. Mais pourquoi fallait-il tomber à nouveau dans la sacralisation de l'auteur en reproduisant une partie de son bureau dans une des vitrines ?

Les nouvelles mises en scène des expositions du CNL, avec leurs meubles multifonctions (avec tiroirs ouvrables encastrés dans les socles) semblent d'ailleurs toujours encourager les grands gestes de scénographie, comme ces reproductions de textes et photos en très grand format sur les murs et qui font parfois impression d'un trop plein (surtout avec en plus des tablettes encastrées, qui ne marchaient pas lors de notre passage). Les ponts entre arts visuels et littérature semblent évidents dans les activités des éditeurs Jean Vodaïne (qui était également imprimeur et artiste plasticien) ou André Simoncini (qui est également hôtelier, poète et galeriste), mais on se demande quel est leur lien avec des auteurs comme Lambert Schlechter, Jean Back ou Georges Hausemer ? Le plasticien Théo Kerg, lui, intégra régulièrement les poésies de ses amis auteurs dans ses peintures tactilistes. Or, Kerg justement est un bon exemple pour la principale critique (outre celle d'un éclectisme à tout va) que l'on puisse adresser à l'exposition à Mersch : l'artiste, toujours contesté pour son attitude durant l'occupation (il fut même emprisonné durant quinze mois), vient de se voir consacrer une grande exposition monographique au Musée national d'histoire et d'art en 2013. Pourquoi le ressortir encore une fois dans un autre contexte ? Et pourquoi ne pas chercher la collaboration avec d'autres instituts culturels, spécialisés dans les domaines afférents, lorsque le CNL travaille sur le *crossover*, le mélange des genres : Jean Back et Georges Hausemer par exemple s'expriment aussi par la photographie, une collaboration avec le CNA pour ce volet, ou avec le MNHA pour analyser et classer leurs dessins et peintures, les mettre en perspective avec des mouvements artistiques nationaux et internationaux (sont-ils à l'avant-garde ou de pâles suiveurs ? sont-ils originaux ou de vulgaires épigones ?) permettrait d'ouvrir de nouveaux champs d'analyse. Dans ces *Dialog/ues*, leurs expressions restent des monologues, mis en valeur de manière dithyrambique en plus. Cela ne fait pas avancer le schmilblick.

L'exposition *Texte & images. Dialog/ues* dure encore jusqu'au 3 avril 2019 au Centre national de littérature à Mersch; ouvert du lundi au vendredi de 9 à 17 heures ; le catalogue de 304 pages très richement illustré et documenté est en vente à 35 euros en librairie et sur le site du CNL; <https://cnl.public.lu>.

Photographie

La vraie vie est ailleurs



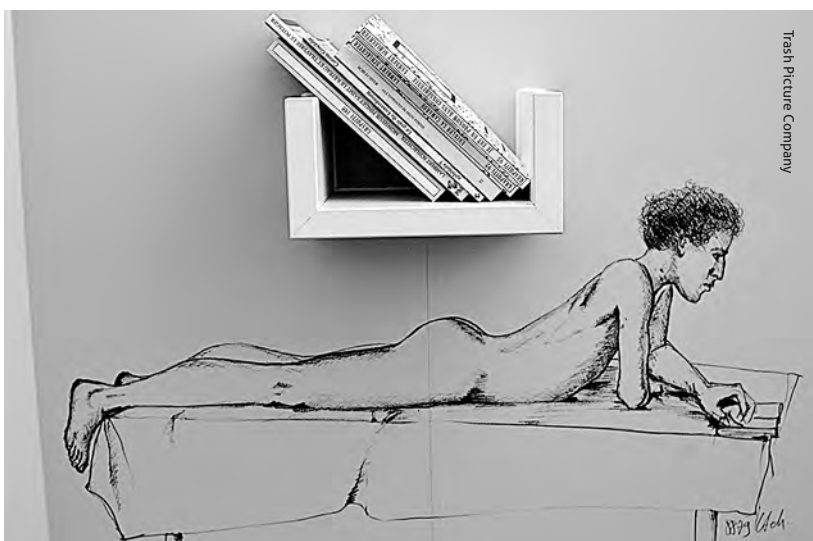
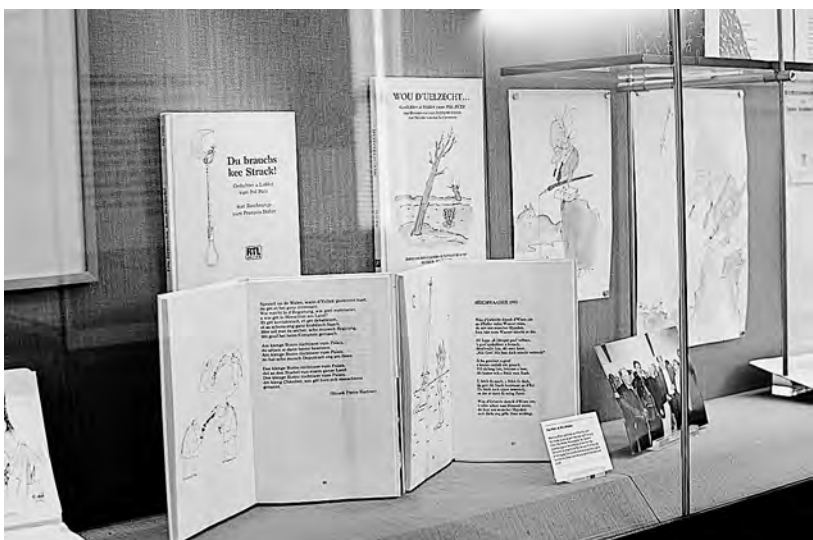
Les photos de Roger Wagner à l'étage et de Romain Girtgen (et Andrés Lejona) au sous-sol

josée hansen

Quand il s'est établi en tant que galeriste, il y a moins d'un an, Gérard Valérius, jusque-là trublion de la vie nocturne et de RTL, avait pour principale ambition de se faire plaisir – et de faciliter l'accès à l'art pour ceux qui sont persuadés qu'ils « n'y connaissent rien » et ont peur de passer la porte d'un de ces temples de l'art que sont les musées et les galeries. Alors lui a mis des fauteuils colorés, même devant la porte par beau temps, et accueille les gens avec un sourire – et un café s'ils le désirent. Raillé par ses confrères et consœurs pour le supposé manque de sérieux de son approche – il vend des œuvres de second marché et a recours au système D pour la présentation (ah, les sculptures africaines posées autour de l'arbre à spots pour en cacher l'esthétique très Baumarkt...) –, le succès populaire lui donne raison : ses vernissages ressemblent davantage à des fêtes de quartier qu'à un événement mondain type Mudam, des gens de tous horizons y viennent par curiosité et il ne ferme que lorsque le dernier visiteur est parti, même à minuit s'il le faut. Comme lors du vernissage, fin juin, de *The power of positive transformation* des photographes Roger Wagner, Andrés Lejona et Romain Girtgen – qui sont parmi les meilleurs de leur génération.

Cette exposition commune fait sens parce que ces trois photographes partagent plusieurs choses : Sensiblement du même âge, soit avant l'avènement de la photographie numérique et des réseaux sociaux, ils ont en commun la passion pour la perfection technique de leurs photos et tirages. Et, surtout, une insatiable curiosité pour le monde qui les entoure. Alors que tous les trois travaillent aussi sur commande, ils montrent ici principalement des photos de voyages datant des quinze dernières années. Des plans larges surtout, de paysages, souvent européens, chez Roger Wagner par exemple, qui a sélectionné des montagnes enneigées et des plages prises au loin, en Suisse, en Italie ou en Grèce souvent, des ciels bleu clair avec quelques rares nuages bourgeonnants. Romain Girtgen, lui, nous emmène sur le continent africain, en Namibie et en Afrique du Sud, dont il montre surtout une nature majestueuse, alors que Andrés Lejona capte les lieux désaffectés bien de chez nous – postes-frontières ne servant plus ou ces bureaux du Centre Hamilius avant démolition. Comme si tous les trois nous invectivaient : Mais levez donc les yeux de vos écrans et regardez comme le monde est grand ! Gérard sert le verre de gin qui va avec ce moment de philosophie.

L'exposition *The power of positive transformation*, avec des photos de Roger Wagner, Andrés Lejona et Romain Girtgen dure encore jusqu'à la fin du mois de juillet à la Valerius Art Gallery, 2a, rue de Wiltheim à Luxembourg; ouvert du mercredi au samedi de 11 à 18 heures ; valeriusartgallery.com.



Les espaces dédiés à Jean Vodaïne, François Didier et Lambert Schlechter

Cinémasteak

Paradise lost

Giorgio Bassani (1916-2000) fait partie de ces écrivains qui ont fait discrètement rayonner le cinéma italien. Outre ses nombreuses contributions scénaristiques au début des années 1950, c'est à Giorgio Bassani que l'on doit la découverte et la publication retentissante du *Guépard* (*Il Gattopardo*, 1958), l'unique roman du prince Giuseppe Tomasi di Lampedusa. La fresque réalisée quatre années plus tard par Luchino Visconti – et la Palme d'or que celui-ci remporte au Festival de Cannes – feront briller à travers le monde ce chef-d'œuvre de la littérature nationale-populaire. C'est également grâce à Bassani que Pier Paolo Pasolini, son compatriote de Bologne, a pu entamer une carrière de scénariste auprès de Mario Soldati (*La Donna del Fiume*, 1954). Trois de ses romans seront adaptés au grand écran : *Une nuit de 43* (1948), où l'on retrouve la main de Pasolini au scénario (*La Lunga Notte del' 43*, 1960), *Les lunettes d'or* (1958), mis en scène en 1987 par Giuliano Montaldo, et enfin *Le Jardin des Finzi-Contini* (1962), recueil de souvenirs et de réflexions sur l'histoire des Juifs italiens lors de l'entre-deux-guerres fasciste.

Après le désistement de Valerio Zurlini, la réalisation du *Jardin des Finzi-Contini* (1970) est finalement confiée au maître du néoréalisme italien Vittorio De Sica (1901-1974), l'auteur du *Voleur de bicyclette* (1948) et de *Umberto D.* (1952). Ce sera son dernier grand film, un testament entièrement habité par la coexistence de la mort et du vivant. Des feuilles rousses, au générique, nimbent tout d'abord d'une aura crépusculaire la jeunesse dorée de Ferrare. L'automne 1938 semble toucher à sa fin, nous dit la lumière d'Ennio Guarnieri. Le parc où se retrouvent Giorgio, Micòl et leurs amis, tient du paradis perdu. Car déjà percent, çà et là, les symptômes du mal à venir : à travers la complexion maladive d'Alfredo (Helmut Berger), dont on devine la mort prochaine, ou au détour d'une remarque sur le fascisme faite par Bruno (Fabio Testi), l'unique communiste du groupe (« Je ne crois pas beaucoup dans la bourgeoisie. Tous sont plus ou moins fascistes [...]. Mais au moins les ouvriers sont presque tous antifascistes... »). Avec la promulgation des lois raciales (1938), puis l'avènement de la Seconde Guerre mondiale, les tonalités blanches et vertes présentes dans les premières séquences édéniques s'assombrissent brusquement. Parce qu'il est Juif, Giorgio (Lino Capolicchio) se voit refusé l'accès à la bibliothèque de la ville. L'hiver avance à grand pas. L'obscurité de l'antisémitisme se diffuse dans chaque plan, jusqu'à se répandre sur la vieille cité de Ferrare, autrefois le foyer liturgique de la communauté juive en Italie. Jusqu'à atteindre enfin la belle Micòl, principale source de Lumière de ce film interprétée par Dominique Sanda.

Les dernières images de la jeune femme jouant au tennis arrachent à l'Enfer de la déportation quelques images de Paradis. Seul l'art a le pouvoir de faire exister une telle promesse. Loïc Millot

Il Giardino dei Finzi-Contini de Vittorio De Sica (1970, 95 mn., vostang) sera projeté mercredi 18 juillet à 20h30 à la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg, place du Théâtre.



Le film est un testament habité par la coexistence de la mort et du vivant

Luxemburgensia

Einer, der es weiß

Ines Kurschat

Er habe „einfach mol geschriwwen“: auf dem Smartphone, beim Fußballspiel seines Sohnes, in der Limousine im Stau oder sonntags im Bett, schreibt Claude Meisch in der Einleitung zu *Staark Kanner – Eng Häerzenssaach*. Und böse ließe sich hinzufügen: Man merkt es dem Buch an. Schon im Inhaltsverzeichnis häufen sich ärgerliche Rechtschreibfehler, die vermeidbar gewesen wären, hätte das Buch ein gründliches Lektorat gehabt. Es war wohl der Zeitdruck, weil der DP-Kandidat im Süden die 220 Seiten unbedingt für den Wahlkampf fertig haben wollte.

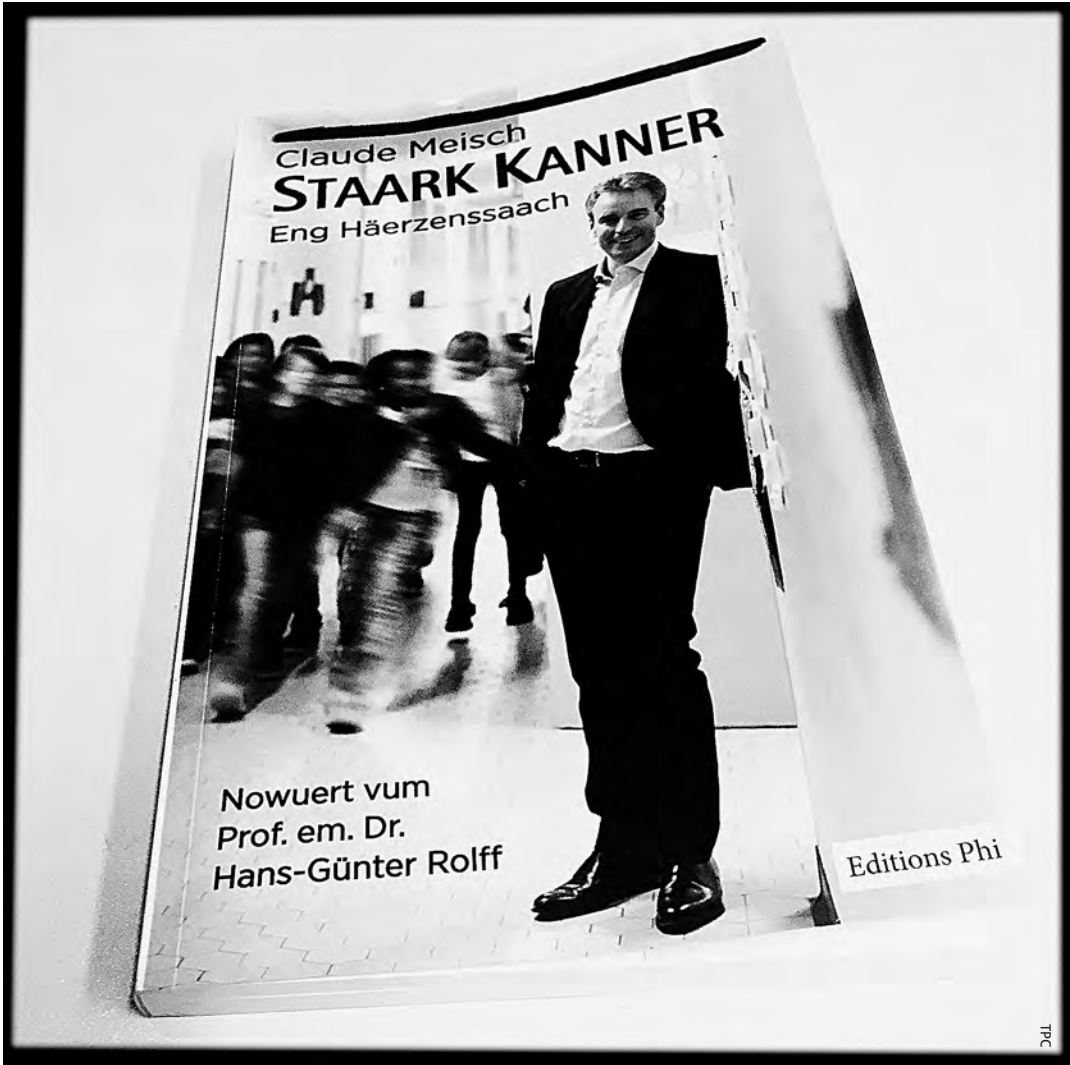
Was ein interessanter Exkurs über bildungspolitische Prämissen des DP-Ministers für Erziehung, Kindheit und Jugend hätte sein können, ist am Ende eine locker-flockige Zusammenstellung persönlicher Überzeugungen geworden. Über weite Strecken erweckt Meisch den Anschein, erst mit ihm habe fundierte Bildungspolitik stattgefunden, dabei basiert seine Vorgehensweise auf Grundsätzen, die andere vor ihm gedacht haben. Deren Beitrag bleibt im Dunkeln. Meisch verweist dann vage auf „vill Bildungsetuden“, die seine Konzepte und Tipps angeblich untermauern. Fußnoten und Literaturliste gibt es keine.

Selbstkritik oder Zweifel auch so gut wie nicht. Das hätte im Wahlkampf schwach ausgesehen – und das ist Meischs Sache nicht. Er ist ein Macher ... mit Herz. Einer, der Ungerechtigkeit nicht leiden kann und etwas dagegen unternimmt. Weshalb er sich bis heute über die *School-Leaks*-Affäre empört. Leidenschaftlich ist der Mensch hinter dem Politiker. Beziehungsweise so will er gesehen werden. Wer seine öffentlichen Auftritte kennt, weiß: Alles ist bei Meisch durchchoreografiert, bis zur Schmerzgrenze, wenn zum hundertsten Mal das Bildungs-Bonmot fällt, Kinder da abzuholen, wo sie stehen. Auch das berühmte Dorf, das es braucht, um zu erziehen, fehlt im Buch nicht. Und anekdotische Beispiele mit Philippe, Pablo, Claire, Helena und anderen (Wahl-)Luxemburgern, die der volksnahe Politiker Meisch getroffen haben will und die zeigen sollen, wie richtig er mit seinen über 100 Maßnahmen liegt. Wie kalkulierend der DP-Mann vorgeht, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass er auf Luxemburgisch geschrieben hat, also für genau eine Zielgruppe: potenzielle Wählerinnen und Wähler. Die anderen braucht er nicht.

Nicht dass er mit allen Ansätzen falsch läge: Dass eine hochwertige Betreuung förderlich für die kindliche Entwicklung sein kann, ist eine bildungspolitische Binsenweisheit. Ebenso belegt ist allerdings, dass Frühförderung allein keine Wunder wirkt: Wie die Schule läuft auch sie Gefahr, soziale Ungerechtigkeiten zu reproduzieren. Von 20-Stunden-Gratissprachförderung und kostenlosen Schulbüchern profitieren alle, ungeachtet der Herkunft.

Das Buch hat das Verdienst, dass deutlich wird, wie Meisch sich die Bildungslandschaft vorstellt – und was er glaubt, zu deren Modernisierung beigetragen zu haben: der beendete Streit um die Einführung des Wertefachs, das den Religionsunterricht ablöst; die ausgebaute luxemburgisch-französische Betreuung als Vorbereitung auf die öffentliche Schule; I-Pad-Klassen, mehr Autonomie für Sekundarschulen, wobei dem Ex-Banker die Vergrößerung des englischsprachigen Angebots besonders am Herzen liegt.

Bemerkenswerterweise offenbart der Minister mitunter ein erstaunlich mechanistisches Bildungsverständnis: Ginge es nach ihm, genügte es wohl, wenn Eltern ihrem Kind mehr vorläsen, wenn es eine zweisprachige Krippe besuchte, wenn das Schulangebot vielfältiger würde. Da muss eine Schülerin, respek-



Claude Meisch äußert im Buch weder Selbstkritik noch Zweifel

Der Schulminister offenbart ein erstaunlich mechanistisches Bildungsverständnis

tive müssen ihre Eltern nur etwas Passendes finden, sich anstrengen und alles wird gut. Von selektiven Mechanismen, die dem Schulsystem inhärent sind, ist keine Rede. Im Gegenteil, der Minister tut so, als sei es ein weiterhin ungelöstes Rätsel, wie soziale Segregation entsteht. *Pisa* habe keine Ursachen benannt, klagt er, und stellt deshalb Luxemburgs Teilnahme an der OECD-Studie in Frage. Dabei handelt es sich bei *Pisa* um Lernstandtests, die ausgewählte Kompetenzen prüfen, und nicht um eine Ursachenanalyse für ungleiche Bildungschancen.

Studien, wie die Meta-Studie der Bildungsforscher Kai Maaz, Ulrich Trautheim und Franz Baeriswyl von 2012, belegen indes, dass das Benotungs- und Versetzungssystem, das von Meisch gestärkt wird, sozial ungleich wirkt. Verantwortlich dafür ist, und das blendet er aus, sozial selektives Bewertungs- und Empfehlungsverhalten von Lehrern, die meist selbst aus besseren Schichten stammen – und fehlende Ressourcen auf Seiten von Eltern, die sich eben nicht so für die Bildungskarriere ihres Kinds einsetzen können wie Bessersituierte, selbst wenn sie es wollten. Meischs Politik hat sie teilweise im Blick beim Ausbau der Frühförderung und der Erziehungshilfen, sowie mit zusätzlichen Ressourcen für Kinder mit Schwierigkeiten. Aber im Bereich der Unterrichtsqualität, der Lehrplangestaltung und der Lehrerausbildung ist dem Minister wenig eingefallen, wenn man vom von der Vorgängerregierung veranlassten dreijährigen *Stage* absieht, den er aber opportunistisch wieder auf zwei Jahre verkürzt hat, um die Beamten nicht zu verprellen. Davon steht nichts im Buch; dafür gibt es zum Abschluss zwölf Prinzipien für eine, wie Meisch es ausdrückt, „gesellschaftsrelevante Bildungspolitik im 21. Jahrhundert“.

Claude Meisch: *Staark Kanner – Eng Häerzenssaach*, Editions Phi, Juni 2018; 230 Seiten, ISBN 978-99959-37-65-2; 19 Euro



L'immigration dans le football luxembourgeois

Influence du football de rue et du football en club sur l'inclusion des immigrés

Le mémoire du jeune historien Jean Ketter, dirigé par Denis Scuto à l'Université du Luxembourg et primé meilleur mémoire de Master 2 par la Fondation Robert Krieps, analyse en détail les différentes vagues d'immigration au Luxembourg à partir de la fin du XIX^e siècle, en particulier dans le Bassin minier. Il revisite le mythe de l'intégration soi-disant facile des premiers Italiens par le sport, alors que cette intégration a été plutôt le résultat d'un faisceau d'éléments dont la scolarisation au Luxembourg, la vie professionnelle ou le mariage.

Le livre de 260 pages richement illustré est disponible en librairie au prix de 25 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

Dans ce contexte le football de rue a permis aux jeunes immigrés d'entrer en contact quotidien avec leurs camarades luxembourgeois. Quant à l'immigration portugaise, déjà férue de football au pays d'origine, elle a dû faire le détour difficile par un championnat propre pour s'intégrer ensuite pleinement au monde sportif et dans la société luxembourgeoise. L'étude de joueurs originaires d'ex-Yougoslavie et d'autres joueurs étrangers engagés par des clubs luxembourgeois complète le tableau.

Cinéma

Sans foi, ni loi

Fränk Grotz

En 2015, Denis Villeneuve et le chef-opérateur Roger Deakins signaient avec *Sicario* un thriller époustouflant. Kate Macer, une jeune agente du FBI, interprétée par Emily Blunt, s’y faisait instrumentaliser par l’agent Matt Raver (Josh Brolin) de la CIA et par Alejandro (Benicio Del Toro), un ancien procureur devenu justicier sans loi, pour une mission visant un des plus grands chefs de cartels du Mexique. Dans une des dernières séquences, Alejandro commettait l’irréparable en tuant non seulement le caïd en question, mais aussi sa femme et ses enfants, avant de disparaître à nouveau dans la clandestinité.

Il était alors difficile d’imaginer une suite à cette histoire pleine d’ambiguïté morale et surtout à ce personnage d’Alejandro, peu vivable d’un point de vue éthique.

Sicario: Day of the Soldado est cette suite inattendue qui se veut pourtant davantage un film valant pour lui-même qu’un véritable *sequel*. En l’absence du duo Villeneuve/Deakins, occupé à tourner *Bladerunner 2049*, le réalisateur Stefano Sollima (*Su-burra*, 2015) et le chef-opérateur Dariusz Wolski (*Prometheus*, 2012) ont repris les rênes. Le personnage d’Emily Blunt ne figure plus dans cette nouvelle intrigue dont le début semble un *best of* de la paranoïa trumpienne, heureusement démontée par la suite, où l’on voit des cartels mexicains aidant des

djihadistes à se mêler à des immigrants illégaux afin de commettre un attentat sur le territoire américain.

Matt Raver et Alejandro reçoivent alors le feu vert pour provoquer une guerre entre les cartels en kidnappant la fille adolescente d’un de leurs chefs. Mais l’idée de créer une situation instable afin de mieux pouvoir combattre les trafiquants de drogues finit dans un fiasco, obligeant Raver à couper les ponts avec son protégé.

Le scénariste Taylor Sheridan, également auteur du premier volet, attaque frontalement des sujets d’actualité et continue son exploration des limites morales là où il l’avait arrêtée. Au vu de leur aide apporté aux terroristes, les cartels sont déclarés organisations terroristes, rendant légitime bien d’autres moyens pour les combattre. Ainsi, lorsque Matt interroge un détenu hors territoire américain, il lui annonce que les bidons d’eau entreposés dans sa cellule ne serviront pas au *waterboarding*, méthode qu’il utiliserait uniquement dans les pays où la torture est interdite.

Avec Alejandro vidant son chargeur sur un des hauts dignitaires d’un cartel, ils forment un duo encore plus sinistre que dans le premier volet. L’absence de Kate Macer représentant la conscience dans le *Sicario* de 2015, crée un vide emphatique que l’intrigue essaye un peu maladroitement à combler par une attitude

Sicario: Day of the Soldado* de Stefano Sollima se veut davantage un film valant pour lui-même qu’un véritable *sequel

protectrice des deux anti-héros envers la fille qu’ils enlèvent au cours de leur nouvelle mission.

Sicario : Day of the Soldado, techniquement très bien exécuté, finit par se trouver une conclusion acceptable, uniquement pour la reprendre quelques minutes après. La voie vers un autre volet s’ouvre alors, mais avec elle aussi la forte possibilité que l’ambiguïté morale ne soit plus un sujet à réflexion, mais une simple figure de style.



Benicio Del Toro

Luxemburgensia

Über kurz oder lang

Elise Schmit

Die „Smart“-Hefchen von Kremart haben es vorgemacht: Lektüre im kleinen, leichten Format, perfekte Bücher für zwischendurch, gerade für Leser, die sich mit dem Luxemburgischen schwertun und sich umfangreiche Romane nicht zutrauen. Mit zwei Neuerscheinungen knüpft Editions Schortgen offenbar an dieses Konzept an und erfüllt zudem eine Voraussetzung, die mit einer langjährigen Forderung von Autoren und anderen Mitwirkenden des Literaturbetriebs einhergeht: dass mehr Bücher von Luxemburger Autoren in den Schulen gelesen werden müssten. Zwar richtet sich lediglich Cathy Clements *De Fäert-Uasch* ausdrücklich an ein junges Publikum, doch auch Jos Kayser's Erzählung *D'Bomi ass dout* wird aus der Perspektive eines jungen Protagonisten erzählt und könnte ohne Weiteres von älteren Grundschulkindern gelesen werden. Die Bücher bestechen durch ein gepflegtes Layout, die Texte sind nahezu tipffehlerfrei. Alles richtiggemacht, möchte man schon meinen. Während aber die Optik den Eindruck erweckt, solche kurzen Texte würden eigens für Kleinformate verfasst, lässt die Lektüre eher Zweifel aufkommen. Beide Erzählungen wirken wie verhinderte Romane. Sie zeigen, dass es im Luxemburger Verlagswesen nach wie vor am meisten an einem vernünftigen Lektorat fehlt.

De Fäert-Uasch erzählt die Geschichte einer ängstlichen Schülerin, die sich mit allerlei vorpubertären Unannehmlichkeiten wie Verliebtheit, Sportunterricht und Geschwisterzwist herumschlägt. Ihre Angst konkretisiert sich in einem flauschigen Monster, das sie immer bei sich trägt und das mit dem Angstpegel wächst – bis es entgegen seiner Bestimmung anfängt, Partei für das Mädchen zu ergreifen und ihm Mut zuzusprechen. Dass sich diese vielleicht nicht übermäßig originelle, aber leidliche Idee in der Umsetzung nicht zu einer kohärenten Geschichte zusammenfügt, liegt vor allem an der fahrigen Erzählweise, die einen Einfall um den anderen – quasi „on the go“ – ins Spiel bringt,

ohne dass diese Einfälle irgendeinen Impact auf den Verlauf der Geschichte hätten. So ärgert sich das Monster auf der ersten Seite über seinen Spitznamen, wird aber im weiteren Verlauf überhaupt nicht mehr beim Namen genannt. Die Hauptfigur wünscht sich sehnlichst eine Ameisenkolonie im Schlafzimmer, vergisst diesen wunderbar konflikt- und katastrophenträchtigen Plan dann aber wieder. Bei aller Unmittelbarkeit, mit der Clement vornehmlich die für das Mädchen unangenehmen Momente beschreibt, bleibt am Ende der Eindruck des Unfertigen.

D'Bomi ass dout von Jos Kayser ist zwar keine Novelle, wie der Untertitel glauben macht, dafür aber über die ersten zwei Drittel des Textes eine amüsante Geschichte über den typischen Strandurlaub Anfang der siebziger Jahre. Die Familie fährt auf Einladung der „Bomi“ nach Ostend, wo der neunjährige Julien, als Schachspieler und Brillenträger in seiner Schule eher unbeliebt, zwar nicht schwimmen lernt, aber immerhin einen Freund findet, mit dem er Sandburgen verwüsten und abends ausbüxen kann. Daraus hätte ein unterhaltsamer Entwicklungsroman in der Tradition eines *Perl oder Pica* werden können, doch während Kayser die kleinen Kläglichkeiten und Missgeschicke dieses Urlaubs mit einer sympathischen Ironie beschreibt, weiß der Leser durch den Titel längst, auf welches Unglück die Geschichte hinauslaufen soll. Seltsam allerdings, wie verhalten die Familie auf das plötzliche Ableben der Großmutter reagiert und wie umstandslos sich die Situation in die urbane Legende verwandelt, nach der in Luxemburg ungefähr jede dritte Familie in der Zeit *ante Schengen* eine tote Großmutter über die Landesgrenzen schmuggelte, um Geld und Formalitäten zu sparen. Wozu es darüber hinaus der unglaublichen Affäre des Vaters mit einer Urlaubsbekanntschaft bedarf (sie trug immerhin bei der ersten Begegnung ein enges rotes Kleid), bleibt offen.

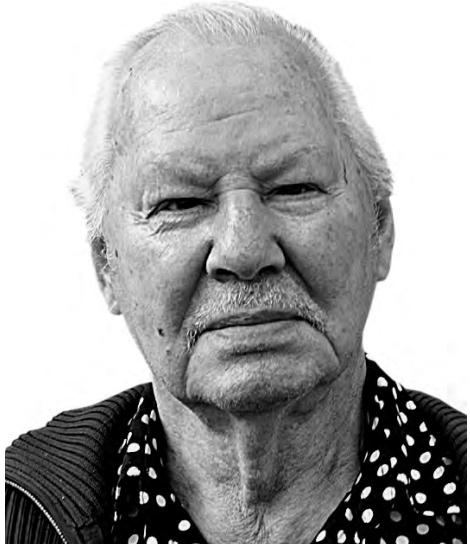
Disparition

Le pinceau, la plume, l’archet

Lucien Kayser

Combien un fardeau pris sur soi dans l'enfance peut peser toute une vie durant, pas d'exemple plus fort que l'artiste néerlandais Armando. En même temps, paradoxalement ou non, combien pareil fardeau peut s'avérer libérateur, à l'origine d'un incessant élan créateur. Et dans le cas d'Armando, l'œuvre en est on ne peut plus multiple, d'une extrême richesse dans toutes les directions. Il a été, il reste pour toujours peintre, sculpteur, poète, romancier, et musicien, les sons du violoniste au milieu de son groupe sont dans nos oreilles.

Après une première mort, en 2007, avec l'incendie de son musée, Armando est mort lui-même ce 1^{er} juillet 2018



Armando

Passé par les groupes Informel et Nul (équivalent néerlandais de Zero), par les Situationnistes, Armando qui avait vu les prisonniers « peiner et trimer », est allé loin, très loin, dans son art monochrome, en noir ou en rouge, dans ce qu'il appelait ses peintures criminelles, espaces, paysages, arbres, drapeaux, etc. Une sorte de culpabilité étendue largement, généralisée, voilà le moteur de cet art, oui, il allait jusqu'à considérer « le bois coupable de s'être laissé envahir de baraques ». À côté de la peinture, de la sculpture, cela a donné *De straat en het struikgewas*, paquet de notes qu'on peut traduire par « la rue et le maquis », prix Multatuli, Goncourt néerlandais, en 1988 (d'après un autre pseudonyme, d'un auteur du XIXe, significatif en l'occurrence, « j'ai beaucoup souffert »).

Au Festival d'automne, à Paris, c'était en 2007, Josse De Pauw avec le chœur de Philippe Herreweghe donnait des lieder de Schubert ; interrompus d'un coup par deux acteurs, leurs monologues disant les témoignages d'engagés volontaires dans les SS recueillis par Armando et Hans Sleutelaar. Pour Armando, au-delà de la *Documenta* (1982), de la Biennale de Venise (1984), il ne pouvait y avoir d'art sans ce rappel. Sans la musique tzigane et sa douleur lancinante.

À Amersfoort, de 1998 à 2007, l'Elleboogkerk abritait le musée Armando ; un incendie détruisit l'église, l'exposition du moment, et il y figurait des œuvres de Kiefer, dont les terres brûlées, inondées, leurs interrogations, vont dans un même sens que l'œuvre d'Armando (avec une différence d'âge et de vécu). En 2014, l'artiste déménagea au Museum Oud Amelisweerd, à Bunnik, après des passages au Mondriaanhuis et au Rietveldpaviljoen. S'il est mort l'autre jour à Potsdam, c'est qu'il était allé vivre en Allemagne, une façon peut-être aussi de rejeter une fatalité à laquelle il avait semblé voué.

Während die Optik den Eindruck erweckt, solche kurzen Texte würden für Kleinformate verfasst, lässt die Lektüre Zweifel aufkommen

Ebenso rätselhaft erscheinen die zahlreichen Anspielungen auf die *Schachnovelle* („Schach spilt een am Kapp!“), die Stefan Zweig 1942 wenige Tage vor seinem Selbstmord fertigstellte. Wo Zweig sich mit der Verzweiflung befasste, in die ihn die Vertreibung aus dem besetzten Österreich und das Exil in Südamerika gestürzt hatten, beschreibt Kayser einen betulichen Familienurlaub. Während das Schachspiel Dr. B. dabei hilft, in der Isolationshaft nicht den Verstand zu verlieren, ist das Schach für Kayser's Julien von einer existentiellen Bedeutung meilenweit entfernt. Julien erspielt sich mit seinen Fähigkeiten zwar den Respekt der Erwachsenen, die Sympathien seines Spielkameraden Pol gewinnt er aber eher durchs Go-Kart-Fahren auf der Strandpromenade. Unabhängig davon, dass die literaturgeschichtlichen Verweise keinen Mehrwert für das Verständnis der Handlung erzeugen, bleibt zu bedauern, dass Kayser das Potential der Figurenkonstellation nicht nutzt und eine gefällige, unterhaltsame Geschichte zu einem albernem Kalauer vermurkst.

Cathy Clement: *De Fäert-Uasch. Ze léif fir dës Welt?* 103 S. ISBN 978-99959-36-58-7. Editions Schortgen, Esch-sur-Alzette 2018.
Joseph Kayser: *D'Bomi ass dout. Eng Schachnovell.* 86 S. ISBN 978-99959-36-57-0. Editions Schortgen, Esch-sur-Alzette 2018.

Postes vacants

L'Administration de la nature et des forêts

se propose d'engager à partir du 1^{er} décembre 2018 ou à une date à convenir :

Des salariés de la nature et des forêts (m/f),

degré d'occupation : 100 %, sous le statut de la convention collective des salariés de l'État – groupe de salaire B.

Les candidats sont invités à adresser leur demande avec les pièces à l'appui jusqu'au 03 août 2018 au plus tard à l'adresse suivante :
Direction de la nature et des forêts
81, avenue de la Gare
L-9233 Diekirch

Les formulaires officiels ainsi que des informations supplémentaires se trouvent sur la page :
<http://www.environnement.public.lu/fr/recrutement.html>

Des renseignements supplémentaires peuvent également être obtenus auprès de la Direction de l'Administration de la nature et des forêts, tél. : 402201-635.

Le ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

lance un appel à candidatures pour

étudiants et enseignants

souhaitant assurer des cours de rattrapage en septembre 2018 dans les disciplines suivantes :

- Allemand ;
- Anglais ;
- Français ;
- Mathématiques ;
- Biologie ;
- Chimie ;
- Physique ;
- Comptabilité et informatique.

Les étudiants doivent impérativement être détenteurs d'un diplôme de fin d'études secondaires classiques ou de fin d'études secondaires générales et suivre des études universitaires.

L'inscription des candidats se fait avant le 19 juillet 2018 et uniquement par voie électronique via le lien :
public.men.lu/rattrapage/titulaires

Pour plus de renseignements, voir :
<http://avis.men.lu/>

Poste vacant

L'Ambassade du Grand-Duché de Luxembourg à Pékin

désire recruter

1 employé(e) (m/f) recruté(e) sur place

Ressortissant(e) de l'Union européenne
Poste à temps plein à raison de 40h/semaine

Profil demandé :

d'LëtzebuengerLand

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32 ; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

- Études universitaires et expérience professionnelle d'au moins 10 ans ;
- Excellente connaissance des langues française, anglaise et chinoise ;
- Personnalité engagée et motivée, rigoureuse et précise ;
- Bonnes capacités rédactionnelles avec respect des délais ;
- Esprit d'initiative et d'analyse ;
- Sens de l'organisation, du détail et des responsabilités ;
- Sens de l'éthique, de l'intégrité et de la discrétion ;
- Maîtrise parfaite de Microsoft Office.

Fonctions et responsabilités :

- Travail quotidien en collaboration directe avec l'Ambassadeur, Chef de poste ;
- Suivi du développement actuel de la Chine, représentation aux et suivi des réunions de l'UE ;
- Analyse et rapport sur divers sujets notamment macroéconomiques et sectoriels ;
- Activités protocolaires et logistiques dans le cadre de missions officielles ;
- Aide et appui aux tâches diverses en fonction des besoins de l'Ambassade.

Les candidatures sous forme de lettre de motivation, munies d'un curriculum vitae, de copies des diplômes et d'une photo d'identité sont à adresser pour le 18 août 2018 au plus tard au
Ministère des Affaires étrangères et européennes
Direction des finances et des ressources humaines
9, rue du Palais de Justice
L-1841 Luxembourg
ou à envoyer à l'adresse e-mail :
tina.herber@mae.etat.lu

Pour tout renseignement supplémentaire, les candidat(e)s intéressé(e)s voudront prendre contact au numéro de téléphone : 247-72418 (Tina Herber).

Ministère du Développement durable et des Infrastructures

Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 30.08.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de parachèvement (partie 1) (Travaux de chapes, de carrelages et d'enduits de ciment) à exécuter dans l'intérêt du Lycée technique agricole à Gilsdorf.

Description succincte du marché :
Type du bâtiment : Lycée / Lycée 800 étudiants
– Travaux de chapes
– Pré chapes env. 5 800 m²
– Chapes adhérentes env. 22 000 m²
– Chapes ciment flottantes env. 470 m²
– Travaux de carrelages

- Revêtement de sol en carrelages env. 15 600 m²
- Revêtements muraux en carrelages env. 3 700 m²
- Marches d'escalier env. 860 ml
- Travaux d'enduits ciments
- Enduit au mortier ciment env. 6 800 m²

La mission est adjudée en entreprise générale à prix unitaires.
La durée prévisible des travaux est de 315 jours.
Début prévisionnel des travaux : 1^{er} trimestre 2019

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux de parachèvement dans l'intérêt du Lycée technique agricole à Gilsdorf » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
09.07.2018

La version intégrale de l'avis n° 1801062 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Avis

Élections législatives du 14 octobre 2018

Avis de dépôt des listes électorales à l'inspection du public

À l'occasion des élections législatives du 14 octobre 2018, les listes électorales provisoirement arrêtées par le collège des bourgmestre et échevins le 19 juillet 2018 à 17.00 heures, sont déposées à l'inspection du public dans chaque commune du 20 au 27 juillet 2018.

Ce dépôt ainsi que les modalités pratiques y relatives sont portées à la connaissance du public par un avis publié par voie d'affiches à apposer à la maison communale ainsi qu'aux lieux usuels dans chaque localité de vote le 20 juillet 2018.

Jusqu'au 27 juillet 2018 au plus tard, tout citoyen peut adresser au collège des bourgmestre et échevins, séparément pour chaque électeur, toutes réclamations auxquelles les listes électorales pourraient donner lieu, ou produire, contre réceptionné, les titres de ceux, qui n'étant pas inscrits sur les listes en vigueur, ont le droit d'y figurer.

Toute réclamation tendant à l'inscription d'un électeur, pour être recevable devant la Cour administrative, doit avoir été soumise au préalable au collège des bourgmestre et échevins avec toutes les pièces justificatives.

Ministère du Développement durable et des Infrastructures

Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 06.09.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'installations HVAC et sanitaires à exécuter dans l'intérêt de la construction d'une nouvelle tribune du Stade National d'Athlétisme sur le site de l'INS à Luxembourg

Description succincte du marché :
– Installation d'une pompe à chaleur air/eau réversible avec une puissance de 40 kW ;
– Installation d'une centrale de traitement d'air (pulsion 2 600m³/h, extraction 2 600m³/h) ;
– 28 pièces sanitaires
La durée des travaux sur le chantier est de 100 jours ouvrables à débiter au 1^{er} trimestre 2019.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux d'installations HVAC et sanitaires à exécuter dans l'intérêt de la construction d'une nouvelle tribune du Stade National d'Athlétisme » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
11.07.2018

La version intégrale de l'avis n° 1801080 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Poste vacant

Il est porté à la connaissance des intéressé(e)s que le

Ministère de la Sécurité sociale

se propose d'engager à plein temps

un Président (m/f) de la Caisse nationale de santé

Missions :
– Assumer les fonctions et responsabilités de président de la Caisse nationale de santé (CNS) ;
– Proposer les orientations stratégiques ainsi que les objectifs généraux de la CNS en accord avec les missions légales et les orientations définies et veiller à leur déploiement ;
– Assurer la gestion administrative, financière et budgétaire de la CNS ;
– Superviser et garantir l'amélioration continue de l'ensemble des missions et des processus de la CNS ;
– Assurer la mise en œuvre des mesures et actions identifiées pour réduire les risques ;
– Siéger, dans sa fonction de Président de la CNS, dans différents organes et institutions.

De plus amples informations, ainsi que le détail du profil recherché, sont consultables sur le portail internet www.govjobs.public.lu.

Les candidatures écrites motivées et accompagnées d'un curriculum vitae détaillé sont à remettre au plus tard le 27 juillet 2018.

Ministère du Développement durable et des Infrastructures

Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Fournitures

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 07.09.2018
Heure : 10.00 heures

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Fourniture et installation d'équipements mobiliers dans l'intérêt du Lycée technique pour professions de santé à Ettelbruck.

Description succincte du marché :
– Fourniture et installation de mobilier (scolaire, bureaux, divers) pour un lycée de 430 élèves
Début prévisionnel des travaux : 1^{er} semestre 2019
La durée prévisible des travaux sur site 20 jours ouvrables

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les équipements mobiliers dans l'intérêt du Lycée technique pour professions de santé à Ettelbruck » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
11.07.2018

La version intégrale de l'avis n° 1801070 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures

Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 08.08.2018 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Intitulé :
Travaux d'installation photovoltaïque à exécuter dans l'intérêt de la caserne Grand-Duc Jean au Herrenberg à Diekirch Hall de stationnement pavillon 45

Description :
– 1 350 modules photovoltaïques
– 15 onduleurs
– 15 500 m câbles
– installation parafourdre
Les travaux sont adjudgés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible du marché est de 35 jours ouvrables à débiter au 4^e trimestre 2018.

Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :

Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée pour cette soumission.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour l'installation photovoltaïque dans l'intérêt de la caserne Grand-Duc Jean au Herrenberg à Diekirch Hall de stationnement pavillon 45 » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date de publication de l'avis 1801082 sur www.marches-publics.lu :
11.07.2018

Postes vacants

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

Le Service national de la jeunesse se propose d'engager

un(e) employe(e) A1
à 40 heures/semaine et à durée indéterminée.
Le poste se situe dans le cadre de la promotion du programme *Erasmus+*.

un(e) employé(e) A2
à 40 heures/semaine et à durée indéterminée.
Le poste se situe dans le contexte de la mise en œuvre des ateliers pratiques au niveau régional à l'antenne locale pour jeunes à Belval.

un(e) employe(e) A2
à 30 heures/semaine et à durée indéterminée.
Le poste se situe dans le contexte la coordination de la « Nuit du sport », de la coordination de la « Freestyle tour » annuelle et de l'encadrement d'activités et formations sportives à la base nautique de Lultzhausen.

Les détails concernant les missions, le profil, le dossier de candidature et l'adresse d'envoi sont disponibles sur le site du ministère :
<http://postes-vacants.men.lu/>

Une première sélection sera faite sur base des dossiers qui sont à envoyer pour le 20 juillet 2018 au plus tard.

Le ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

organise des

Cours de rattrapage en septembre 2018

pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et secondaire général fréquentant les lycées de la Ville de Luxembourg et de ses alentours qui ont un ajournement et qui souhaitent combler des lacunes dans les disciplines suivantes : allemand, anglais, français, mathématiques, biologie, chimie, physique, comptabilité et informatique.

L'inscription des élèves se fait exclusivement en ligne moyennant les formulaires d'inscription ci-après :

- Enseignement secondaire classique : public.men.lu/rattrapage/esc
- Enseignement secondaire général : public.men.lu/rattrapage/esg

La date limite d'inscription est fixée au 19 juillet 2018.

Ces cours de rattrapage ont lieu du 3 septembre 2018 au 12 septembre 2018 inclus au Lycée Michel Rodange, Luxembourg.

Pour plus de renseignements, veuillez contacter le service de l'enseignement secondaire au (+352) 247-75951 ou par courriel à l'adresse rattrapage@men.lu.

Photographie

Après David Goldblatt

Sophie Feyder

Lundi, 25 juin 2018, 14h16. Je reçois un SMS de mon amie Annie : « David Goldblatt vient de mourir ». Je contemple mon téléphone, incrédule, la main portée aux lèvres. « Il aura eu une longue vie bien remplie, ce sacré gaillard », dit mon compagnon en me serrant l'épaule. Je le fusille du regard, indignée contre sa tentative bien maladroite de me consoler. C'est vrai qu'il avait 87 ans. Mais c'était David Goldblatt. Simplement le meilleur, le plus intègre photographe au monde. Ce qu'il représente pour moi – que dis-je, pour toute une génération de photographes et bien au-delà ! – est difficile à résumer. J'écris à Annie : « C'est comme si Dieu venait de mourir ». « Je sais », me répond-elle.

Un point tournant

Je me souviens de la première fois que j'ai vu les images de Goldblatt. J'avais vingt ans et quelques, je commençais tout juste la photographie, dans un cours du soir à Berlin. La série s'appelait *The Transported of Kwandebele* (1989), qui documentait le long voyage épuisant que les mineurs sud-africains noirs effectuaient au quotidien pour se rendre au travail. Ils devaient souvent partir de chez eux à 3 heures du matin, et ne rentraient que très tard le soir. Goldblatt nous embarque dans ce bus, nous montre des corps exténués, qui tentaient tant bien que mal d'arracher quelques heures de sommeil à ce rodéo infernal. Ses photos à fois humanisent ces mineurs et apportent une puissante compréhension de ce que le mot « apartheid » voulait dire, comment ses *Pass Laws* oppressantes affectaient concrètement la vie quotidienne des gens noirs.

Après cette découverte, je visitais toutes les bibliothèques de Berlin pour essayer de mettre ma main sur ses livres. Je trouvais sa publication *The Structures of Things Then* (1998) tout simplement époustouflant. Le sujet du livre ? Les structures de l'apartheid, rien que ça. Essayer de comprendre un système raciste par son infrastructure et le paysage. Comment l'idéologie de la suprématie des Blancs se manifeste-elle en termes d'architecture et d'aménagement de l'espace ? Comment lire les traces d'une longue histoire de dépossession des terres extrêmement violente dans le paysage d'aujourd'hui ?

Pour moi, son travail était une collision sublime entre une analyse politique et une profonde préoccupation pour l'esthétique. Je pouvais contempler ses photos pendant des heures, savourant ses belles palettes de gris, la temporalité très particulière de ses images, reflétant la lenteur du travail en grand format. C'était radicalement à l'opposé du photojournalisme, le régime de l'urgence et l'immédiateté. Goldblatt, lui, baignait dans le temps de l'analyse, de la longue durée. Et pour moi, qui à ce moment-là vivait anxieusement le passage au digital, son travail était comme une bouée de sauvetage, un ralentissement victorieux.

Rencontrer son héros

Découvrir David Goldblatt a été un moment déterminant dans ma vie. Je dis cela sans exagération. Je finis par passer beaucoup de temps à Johannesburg, à faire toute une recherche sur la photographie po-

pulaire dans les *townships* pour mon doctorat. Mes collègues me demandaient souvent pourquoi j'avais choisi l'Afrique du Sud pour ma recherche. Je justifiais savamment mon choix avec des explications sophistiquées d'ordre idéologique. En vérité, je voulais simplement rencontrer David.

Et ça a marché.

Je lui écris, affichant ma recherche comme prétexte. À ma grande surprise, il me répondit le lendemain, me donnant même son numéro de portable pour fixer un rendez-vous. Je trouvais ça extraordinaire, étant habituée à la France, où les « gens connus » passent par des secrétaires pour gérer ce genre de demandes. Il m'accueillit chez lui, dans un quartier résidentiel de classe moyenne située à proximité du centre-ville de Johannesburg. Son quartier était certes surveillé et clôturé, mais loin des villas dans les banlieues vertes bien plus au nord, là où beaucoup de Blancs ont fui au lendemain de 1994. Jusqu'à la fin, il resta dans la même modeste maison, en dépit des nombreux cambriolages que sa femme Lilly et lui auront subis.

Loyal est peut-être un adjectif qui le définit le mieux. Loyauté envers sa ville, son pays natal, ses gens. En soixante ans de carrière, il se concentra presque exclusivement sur la société sud-africaine. Il expliquait qu'il n'était tout simplement pas intéressé à travailler ailleurs, qu'il n'avait pas de connaissances sur d'autres réalités sociales assez développées comme pour s'y atteler.

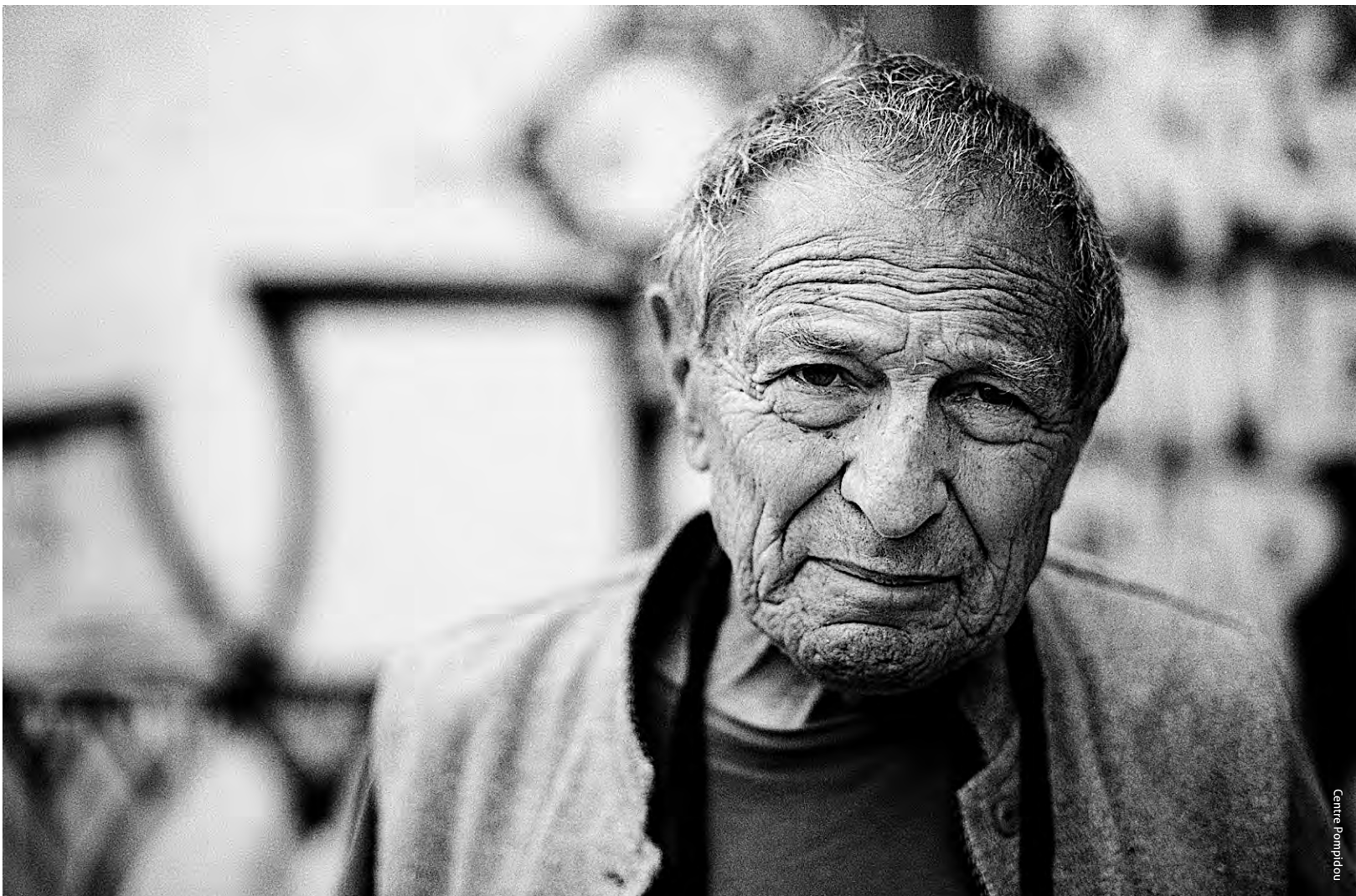
Je l'intervie dans son bureau, qui était comme je me l'imaginais, rempli de livres d'art et de photographies, de classeurs et de piles de papier – ainsi qu'un coffre-fort contenant ses négatifs et tirages originaux. « Mon plan de retraite », dit-il simplement, un sourire au coin des lèvres.

Il parla de façon lente et succincte, avec beaucoup de sérieux, allant droit au fait. J'essayai d'être attentive, mais étais constamment ébahie par ce moment tant attendu. Je savourai des détails comme la façon dont la cordelette de ses lunettes s'accrochait à ses grandes oreilles. Dès qu'il les enlevait, ses oreilles battaient comme des ailes de papillon.

Au-delà de la renommée

Nous avons eu l'opportunité de nous rencontrer de nombreuses fois par après, y compris à Amsterdam, pour son exposition à Huis Marseille. Il m'invita au vernissage et même au dîner organisé en honneur des sponsors et invités de marque. Sa générosité envers moi n'était pas atypique. Il se dévoua à aider les jeunes photographes, notamment en mettant en place une école de photographie de qualité pour les photographes noirs issues des *townships*. En 1989, le *Market Photo Workshop* vit le jour. La plupart des photographes sud-africains qui ont récemment « percé » sont passés par cette école, la seule d'ailleurs en Afrique à offrir des bourses d'études.

Ce que j'ai le plus aimé chez lui, c'est l'intégrité avec laquelle il vivait sa mission de photographe. Il était complètement désintéressé par la mondanité de la



David Goldblatt par Warren van Rensburg

gloire, le statut social. Alors que le reste du monde découvrirait son œuvre, et que les expositions solos et les rétrospectives dans les musées les plus prestigieux du monde commençaient à pleuvoir (du Moma en 1998 au Centre Pompidou en 2018), lui ne changea pas d'un poil. Par exemple, Goldblatt continua à arborer inlassablement le même uniforme de travail, que ce soit à ses *shootings* en brousse ou à ses vernissages dans les galeries chics : T-shirt couleur unie (dans les tons gris ou bleus), pantalon de camping ou jeans, point-barre. Je ne l'ai jamais vu sans sa veste de photographe, avec ses milliers de poches.

Sa sobriété était peut-être un héritage de sa génération, étant fils de réfugiés juifs fuyant les pogroms en Lituanie de la fin du XIX^e siècle. Ou peut-être était-ce dû au fait que la renommée internationale ne lui vint que tardivement, après quarante ans de carrière, longtemps après que l'Afrique du Sud l'acclamât déjà. Avant la notoriété, sa vocation de photographe était marquée de plusieurs obligations pas très « glamour », y compris de faire vivre sa famille de son travail. Avant que ses images ne soient vendues sur le marché de l'art international fin des années 90, son revenu dépendait de commandes d'entreprises, notamment de la Anglo-American, le géant minier.

Photographier les complexités et les nuances

Cette longue collaboration avec Anglo-American lui coûta la condamnation de la branche londonienne de l'ANC, qui appela à boycotter son exposition ambulante en Angleterre de 1989. Goldblatt était trop difficile à placer pour eux : il était de gauche et progressiste, mais refusait de s'affilier à l'un ou l'autre parti politique. Ses photographies ne furent jamais utilisées à des fins de propagandes. Pour lui, la photographie n'était pas tant un « outil de combat » contre l'apartheid qu'un appel à creuser plus loin. Pour citer Goldblatt : « J'étais très intéressé par les événements du pays à titre de citoyen, mais pas en tant que photographe. Je me penche plutôt sur les conditions qui donnent lieu à ces événements ».

Il nous est aujourd'hui facile d'applaudir Goldblatt pour sa perspicacité, maintenant que son travail est si célébré. Mais ce dernier avait plus de mal à justifier sa position dans les années 80, dans un contexte politique où l'urgence de vaincre l'apartheid primait sur le reste. Alors que ses collègues prenaient de grands risques pour photographier les violences policières, Goldblatt photographiait, lui, les Afrikaners de classe moyenne dans leur salon et leur gazon bien entretenus. Rien ne se passe sur ces photos. Goldblatt scrute les éléments qui composent la vie ordinaire, bien rangée et banale de ces

« C'est vrai qu'il avait 87 ans. Mais c'était David Goldblatt. Simplement le meilleur, le plus intègre photographe au monde. » Souvenirs personnels du photographe sud-africain mort le 25 juin

gens. Peu comprenaient ce qu'il essayait de faire : de disséquer la psychologie du régime des Blancs, mettre le doigt sur leurs valeurs sous-jacentes, exprimées au travers des pratiques du quotidien, les décorations et ornements, l'architecture...

Goldblatt restait bien loin du spectacle de la violence. Il était plus intéressé par la violence silencieuse, celle qui reste bien après que les affrontements soient passés et que tous les observateurs soient rentrés chez eux. Il photographiait la violence des déplacements forcés au travers de détails parlants – une pile de roubles, un trou dans une rangée de maisons, un graffiti... La photo d'un lit devenu trop grand pour la nouvelle maison allouée par le gouvernement (surnommée « boîte-à-chaussure » pour sa taille minuscule) traduit toute la violence de l'humiliation de la descendance sociale.

Une de mes photos préférées de Goldblatt est le portrait d'une nounou noire et du petit garçon blanc, de sept ou huit ans, dont elle s'occupait. La nounou est assise sur un petit muret, le garçon se tient debout derrière elle, les mains posées sur ses épaules. Le punctum de cette image, pour moi, est la main noire de la nounou enveloppée autour du talon du petit garçon. Ce geste exprime une telle proximité, familiarité et même affection entre les deux sujets. Cette photo évoque toute l'ambivalence des relations interraciales au pays, l'ironie amère de d'avoir des enfants blancs élevés par des nounous noires, mais qui finissent par grandir et par voter pour le National Party.

L'intégrité, avant tout

Goldblatt m'apprit l'importance des légendes. Il est connu pour faire recours à des légendes de longueur quasi biblique. Dans sa série *Ex-Offenders at the Scene of Crime* (2016), par exemple, chaque photo de criminel est accompagnée d'une longue biographie et description du crime. Je le trouvai un jour à la galerie de la *Market Photo Workshop*, où j'étais en train de préparer une exposition intitulée *Sidetracks*. L'exposition présentait des photos personnelles d'une famille blanche et d'une famille noire, toutes banales à première vue, mais qui, ensemble, donnent à voir une perspective plus nuancée de l'histoire sud-africaine. Une thématique très « goldblattienne », somme toute. Quand je lui ai demandé son avis, il hochait lentement de la tête et marmonna : « Des photos incroyables. Mais pas assez de légendes ».

Les légendes étaient importantes pour lui, non seulement pour fournir le contexte historique essentiel à la compréhension de l'image, mais également pour honnêteté envers ses sujets photographiques. Quand on lui posa la question à savoir s'il regrettrait l'une ou l'autre image, il évoqua une de ses photos les plus connues montrant trois Afrikaners montant trois chevaux blancs (de la série *Some Afrikaners Photographed*, 1975). Il sentait que cette photo n'était pas juste envers eux, qu'elle les faisait tomber dans la caricature. Ce sens d'éthique demeurerait également avec moi. De nombreux photographes d'aujourd'hui ne sont concernés que par l'impératif de produire l'image la plus percutante (Goldblatt dirait « efficacité »), peu importe à quel coût. L'intérêt que Goldblatt portait à ses sujets – que ce soient des criminels, des vendeurs ambulants, des scouts, des femmes au foyer, des mineurs, des bureaucrates, des prostituées, etc. était vrai, découlant d'une empathie profonde pour l'humanité. Dans tous ses portraits, on sent que le sujet est à égalité avec le photographe, que le portrait a été produit avec sa pleine collaboration.

Mon seul regret est de n'avoir pas eu le temps de lui donner une copie de mon livre *Commonplace*¹. Pas dans l'espoir d'obtenir des compliments, mais pour lui montrer à quel point il a eu une influence profonde sur ma compréhension de l'histoire, de la photographie et bien au-delà. Je voulais le remercier pour tout ça. Je ne sais pas ce qu'il aurait pensé de mon livre, mais je suis sûre qu'il aurait dit au moins une chose : « Pas assez des légendes ».

L'auteure est photographe

¹ *Commonplace*, par Tamsyn Adams et Sophie Feyder, Fourthwall Books, 2016. Avec le soutien du CNA et de l'Œuvre nationale de solidarité Grande Duchesse Charlotte.



David Goldblatt : *A farmer's son with his nursemaid, on the farm Heimweberg, near Nietverdiend in the Marico Bushveld ; Transvaal, Afrique du Sud, décembre 1964*

STIL

Culture shock, culture acclimation, culture void

Jeffrey Palms

It's all about dosage. When you first move abroad you can't handle any part of it, like when you're fourteen and vanish your first vodka shot. Americans get to Europe and are instantly drunk on accents, traffic signs, rogue urban layouts, and the

unaccountable roundness of everything. I recall, during my first visit to Europe (age thirteen), finding the bus rear-view mirrors hilarious for some reason. Judging from the photos I took, they impressed me at least as much as the Acropolis did.

But then some time elapses and, as with anything new, your mind adjusts and these aesthetic tics become largely invisible. Next, it takes an actual foreign person to shock you. Making new friends is easy because of the end-

less fields of observational ground at your feet: "In America you put all your recycling into one bin! They sort it for you!!! IT'S DIFFERENT THAN HERE," I remember screaming once at a German guy in a noisy pub.

And after a while these "this, not that" ponds of conversations also become boring. You outgrow their simplicity and crave observations with more depth: for example, there is a whole sea underneath the observation that two British strangers will often treat each other with a familiar sarcasm, whereas two American strangers rarely do. What does that imply about Brits and Americans? Which counterexamples challenge this conclusion? How does irony permeate each culture?

Mind you, none of these stages of immersion is ever fully surpassed. I still, after nine years in the Old World, sometimes find myself in tiny, cryptlike toilets with wonky ceilings and sixteenth century floors and think to myself, "Ah, Europe, what is this utter bullshit you're trying to pass off as a room?" Or I'll see a bag of chips boasting a glossy picture of a bell pepper and make fun of my Luxembourgish fiancée for coming from a place where advertisers juxtapose vegetables with junk food. Or I'll notice how, in emails at my expat-ridden workplace, passive aggression is pulled off with a fabulous drunken punch that I know I'll never master.

But, such exceptions notwithstanding, once you have waded deep into all of these cultural waters you do feel something like acclimation. There is certainly a little jolt of achievement when you first realise that you have swum through a conversation without bringing up homelands, travelling, or foreignness. All along, this ease has sort of felt like the goal.

And then the pendulum swings back the other way.

Bored with acclimation, you look to outfit yourself with exoticisms, and where better to source them than your now-foreign-seeming homeland? In my case, I rediscovered a childhood obsession with ice hockey, started preaching about American jam bands, and casually started dropping outrageous assumptions ("Sure I'd love a snack! Girl Scout Cookies with maple syrup would be amazing, thanks.")

Going back in this direction unearths the realisation that you've been away for possibly a long time, because your authority on your mother country has aged. What used to be a thick painting of culture is more like a cartoon, now, as you lack the texture of fresh observations.

Times were, every zip and lining in my life was American, to such a degree that it didn't even seem that way. How could it? But now, that country seems made up of guns and Brooklyn Lager, fake news and Ranch dressing, and baseball and 20 per cent tips and morons from Silicon Valley. These items get filtered through my American cultural markers, which are old but evermore confident, into a saturated and stylised image. Like an Instagram filter of my own design.

Nine years in Europe is not a lifetime, but it's enough that people recognise me as being no longer fresh off the tarmac. You can be obviously a foreigner without being obviously American, and this is a sweet spot because control of the imagery flips completely in my favour. In stage one of expat living, by contrast, you're an oozing conclusion for others. During an Erasmus year in Dublin, I once—and it takes a lot for me to admit this—ate a bun on which a square of butter (which I had put there) was pretty much still wholly intact. See, the butter had been too cold and hard to spread, really, so I just went for it. I didn't care. I was going wild that year. And a French classmate saw me and asked if this was common in the States. "Oh my god, no! Ha ha ha!" I shouted, so nervously that a pimple on my forehead popped.

But nowadays, perhaps also because my friends tend to be older and wiser than Erasmus students, these conversations occur less and less. If they do, there are two modes of response. In the first, I will spontaneously invent a grandiose, philosophical backdrop based on what it was like to be an American in America in 2009, a backdrop that seems to get more pronounced and more simplistic all the time, and use that to explain the phenomenon. In the second, I'll just lie my ass off and claim that indeed Americans do eat whole butter squares, because they (no longer "we") are a monstrous people too preoccupied with cryptocurrencies and student loans to bother with the viscosity of milk fat. Sometimes I feel that I'm losing my grip on knowing which tack, if either, churns up a more accurate answer. Other times I feel that I see the States more clearly than I ever have.

I fully expect to enter a new phase of culture shock sooner or later. Maybe crossing the language hump and getting conversationally cosy with Luxembourgers (don't worry, Luxembourgers, you still have a few years of peace before this happens) will send me down the wires of a new crisis. I certainly hope so, because too much comfort with life again is making me crave an even stronger cultural drink.



Why does everything in North America seem so boxy? When expats first arrive, they're immediately drunk on little differences like cars, houses, and street signs



L'endroit

Angélique, qui vendait jusque-là des fringues à Thionville, avait depuis belle lurette envie de proposer ses marques aux client(e)s luxembourgeois(es) en y rajoutant la dimension *concept-store*, avec des objets de déco insolites, des bijoux de mode et surtout des vinyles. Car Angélique est super-fan de musique et a trouvé une excellente maison allemande pour l'approvisionner en richesses musicales de niche. Il ne lui restait plus qu'à rencontrer un partenaire pour partager le poids de l'investissement et à trouver le lieu. C'est la maison Knopes qui accepta le *deal*, dont la renommée en matière de nobles cafés est faite depuis plus d'un demi-siècle. Ensemble, ils ont déniché ce super espace de la rue Dicks, où jadis on proposait des cuisines et dont la profondeur a donné à Angélique la possibilité de bien mettre en évidence ses produits (photo : GD). Si le choix pour hommes est encore limité au **Bagatelle X Knopes**, la renommée des chemises Ben Sherman n'est plus à faire et la gamme de caleçons « Le slip français » est marrante, pour le privé comme pour la piscine. Côté comptoir, à part l'espresso et le cappuccino, les « latte » glacés devraient très bien marcher en période de canicule. On peut évidemment aussi y acheter son arabe préféré et les ustensiles pour se faire un bon filtre chez soi. Quant aux noctambules de la dernière heure, ils peuvent aller y prendre leur premier kawa bien serré en sortant à l'aube du Saumur Crystal Club den face. GD



Le produit

Depuis la création de son premier parfum en 2002, Pierre Guillaume n'a cessé d'étonner les nez qui aiment retrouver un peu d'audace dans la création des jus les plus subtils. Ses flacons, eux, se présentent comme sa boutique parisienne côte Palais Royal : minimalistes et sobres. Mais le contenu prime sur le contenant, tout étant fait pour marier les plus belles fragrances de façon souvent osée. Raison pour laquelle des grandes maisons privilégiant la fabrication industrielle tentent régulièrement de copier ce créateur hors normes. À noter par exemple que son esprit inventif a mené Pierre Guillaume à créer « le musc et la peau », un parfum caméléon auquel vous pouvez superposer n'importe quelle autre de vos eaux de toilette. Autre trouvaille découverte à l'Institut François du City Concorde (qui propose un bel éventail des produits Pierre Guillaume) : un petit flacon bleu appelé **Reboot the loo**, qui vous aidera à donner une odeur fraîche permanente à vos WC (photo : GD). Ce « neutraliseur d'odeurs pour lieux d'aisance », comme le le créateur l'appelle élégamment, contient une pipette dont vous déposez le contenu directement dans la cuvette avant le début des hostilités. Grâce à ses fonctions filmogène et hydrosdispersible, un film protecteur empêche les mauvaises odeurs de se disperser. Une seconde diffusion avant de quitter les lieux est destinée au confort des successeurs au trône. À souligner qu'il ne s'agit pas d'un parfum d'intérieur, mais d'un purificateur dont le bienfait reste entièrement sous le couvercle des WC (prix : 25 euros). GD



L'endroit

Le parc de Merl et la maison Goeres, troisième partie. Après fermeture du pavillon pour travaux, l'hôtelier a eu droit à une parcelle de terrasse proche de son hôtel, en face du bac à sable. Espace qu'il a dû abandonner après réouverture du pavillon, confié à une équipe plus jeune (mais pas vraiment plus performante). Et voilà qu'il ouvre un nouveau lieu, mais cette fois juste derrière le grillage du parc, en face du parking de l'hôtel et de son service administratif. On ne réinventera pas la roue à **La Biscuiterie by Goeres**, car côté salé, ça se limite à un buffet de salades minimaliste, à du croque-monsieur et un club-sandwich tout à fait basique en trois versions (volaille-bacon, jambon-fromage ou saumon). Là où ça devient plus intéressant, c'est côté sucré, les glaces étant faites maison et la forêt noire un régal avec son sorbet au yaourt, ses griottes et des éclats de brownie. À tester aussi : le mojito glacé. Nous resterons toutefois aussi partagés côté déco. L'intérieur d'un ancien garage ressemble toujours et encore à un dépôt, et ce ne sont ni les fauteuils en cuir, ni l'écran de projection qui donneront de la chaleur aux murs blancs et stériles (photo : GD). Le jardin, par contre, est croquignolet, bien protégé par des arbres et arbustes denses et sent presque la campagne douillette. Le petit guichet de vente en bois propage une ambiance de vacances comme dans les alpes suisses. Si on pouvait nous préserver du mix sono des dessins animés projetés à l'intérieur avec la musique diffusée dans le jardin, ce serait presque parfait. GD

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

